

Zeitgeschichte in Hamburg



2005

*Zeitgeschichte in Hamburg
Nachrichten aus der Forschungsstelle
für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
2005*

Zeitgeschichte in Hamburg 2005

Abbildungen

Titel und S. 28: Stadtarchiv Wedel

S. 36: unbekannter Herkunft

S. 42: Stadtarchiv Pinneberg

Impressum

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Hamburg, 2006

Redaktion: Frank Bajohr, Dorothee Wierling, Claudia Kemper

Gestaltung: Andrea Orth Grafik, Hamburg

Druck: Druckerei Schierhorn, Hamburg

1. Auflage

März 2006

Inhalt

Vorwort	7
<i>Beate Meyer</i>	
Woher wir kommen, wohin wir gehen	
Die „Werkstatt der Erinnerung“ 1990–1995	11
<i>Meik Woyke</i>	
„Wohnen im Grünen“?	22
<i>Christiaan F. Rüter</i>	
Täter vor Gericht	
Ost- und Westdeutsche Prozesse gegen die Verantwortlichen für die Deportationen	50
<i>Karl Christian Führer</i>	
Guckfenster in die Welt	
Das „Waterloo“-Kino in Hamburg in den Jahren der NS-Herrschaft	65
<i>Dorothee Wierling</i>	
Tagungsbericht „Generationen in der Geschichte“	74
<i>Meik Woyke</i>	
Suburbane Erfahrungsräume	78
<i>Angelika Voss</i>	
Das Beate-Uhse-Archiv in der FZH	81
Tätigkeitsbericht der FZH	87

Vorwort

Zum dritten Mal legt die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg ihren Jahresbericht in Form einer Publikation vor, wie immer ergänzt um einige zeitgeschichtliche Beiträge, die auf die Geschichte des Instituts zurückblicken, im Rahmen von Kolloquien und Vortragsreihen der Forschungsstelle entstanden sind oder einzelne Institutsprojekte ausführlicher vorstellen.

In dieser Ausgabe beschäftigt sich Dr. Beate Meyer, die von 1990–1995 die „Werkstatt der Erinnerung“ in der Forschungsstelle aufgebaut und geleitet hat, mit den schwierigen und bewegten Anfangsjahren dieses Projektes, das sich im Laufe der Zeit zu einem der größten oral-history-Archive in Deutschland entwickelt hat.

Dr. Meik Woyke untersucht in seinem Projekt die „suburbanen“ Lebensstile im Hamburger „Speckgürtel“, einem Konglomerat unterschiedlicher Siedlungen und Ortsteile, die sich teilweise organisch in bestehende Gemeinden eingliederten, teilweise zusammenhanglos aufs Feld gesetzt wurden. Sein Projektbericht und sein Aufsatz über „Wohnen im Grünen“ fassen erste Ergebnisse seiner Forschungen prägnant zusammen.

Im Wintersemester 2004/05 organisierte die Forschungsstelle zusammen mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden ein gemeinsames Forschungskolloquium zur Deportation der Juden aus Deutschland. Aus dieser Veranstaltungsreihe präsentieren wir den Vortrag des bekannten niederländischen Strafrechtslehrers Prof. Dr. Christiaan F. Rüter (Universität Amsterdam), der seit vielen Jahren das Projekt „Justiz und NS-Verbrechen“ über deutsche Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen leitet. Er wirft in seinem Vortrag einen kritischen Rückblick auf die unzureichende strafrechtliche Verfolgungspraxis, die die Verantwortlichen für die Deportationen in der Regel verschonte.

In unserem derzeitigen Institutskolloquium befassen wir uns mit einem gänzlich anderen, atmosphärisch „leichteren“, wenngleich keineswegs „leichtgewichtigen“ Thema: „Versuchung, Verführung und andere Vergnügungen“. In diesem Zusammenhang hat unser ehemaliger Mitarbeiter Prof. Dr. Karl-Christian Führer über Hollywood-Filme im „Dritten Reich“ referiert. Sein Aufsatz über das „Waterloo“-Kino in Hamburg nimmt darauf Bezug, war es doch eines von zwei Kinos in Deutschland, in denen amerikanische Spielfilme in der NS-Zeit in Originalversion zu sehen waren.

Zum Arbeitsprofil der Forschungsstelle gehören mittlerweile kleine Tagungen, auf denen methodologische Fragen in kompakter Form in Kurzreferaten aufgegriffen und anschließend diskutiert werden. Eine solche Tagung beschäftigte sich 2005 mit „Generationen in der Geschichte“. Die dort diskutierten Ansätze und Thesen fasst Prof. Dr. Dorothee Wierling in ihrem Tätigkeitsbericht zusammen.

Wie schon in den Vorjahren, wurden auch 2005 unsere Archivbestände laufend erweitert. So hat die Forschungsstelle 2005 das Beate-Uhse-Archiv übernommen, deren Bestände Angelika Voss näher beschreibt. Damit verfügt die FZH über die bedeutendste Sammlung zur Nachkriegsgeschichte der Sexualität in Deutschland.

Rückblickend wurde 2005 auf spektakuläre Weise das Ondit bestätigt, dass die Zeitgeschichte jener Teil der Geschichte sei, der noch qualmt. Dabei war das diesbezüglich einschneidendste Ereignis im Leben unseres Instituts im zurückliegenden Jahr zweifellos außerwissenschaftlicher Natur. Am frühen Morgen des 18. Oktober entwickelte sich in der Teeküche aufgrund eines defekten Kühlschranks ein Schwelbrand, der zum Glück relativ zeitig bemerkt wurde. Zudem war die Brandschutztür verschlossen, so dass eine Katastrophe, insbesondere ein Übergreifen des Brandes auf unsere Bibliothek, ausblieb. Aber für den Rest des Jahres mussten wir – zusammengedrängt im nicht betroffenen zweiten Stockwerk – unter erschwerten Bedingungen arbeiten und häufig improvisieren, weil ein gesamtes Stockwerk saniert werden musste. Darüber hinaus war ein Teil des Buchbestandes sorgfältig von Rußpartikeln zu säubern. Nach dem Abschluss der umfangreichen Malerarbeiten konnten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Jahresende dann wieder in ihre angestammten Büros einziehen. Auch die Bibliothek und der Leseraum stehen der Öffentlichkeit wieder uneingeschränkt zur Verfügung –

lediglich die Reinigung der verfilmten Bestände wird sich noch in das Jahr 2006 hineinziehen.

Bilanzieren können wir für 2005 dennoch eine erfolgreiche Arbeit, die vor allem im Zeichen von Publikationen und Veranstaltungen im Rahmen des Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 60 Jahren stand. An erster Stelle steht die Herausgabe des Bandes „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“, der während einer gemeinsamen Veranstaltung mit Bürgerschaft und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg im Rathaus vorgestellt wurde. Mit dieser rund 800-seitigen Darstellung, an der nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Forschungsstelle beteiligt waren, liegt die bislang umfassendste Studie über eine Großstadt in der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft vor.

Auch die Vorhaben in den anderen Forschungsschwerpunkten wurden weiter vorangetrieben. Einen erfolgreichen Abschluss fanden 2005 die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekte zur Jugendkultur der 1960er Jahre und zur Hamburger Mediengeschichte 1930–1960, deren Ergebnisse in den Reihen der FZH veröffentlicht werden (s. u. Punkt 2 des Tätigkeitsberichts). Neu bewilligt wurde von der DFG ein Projekt, das sich mit dem Kaffeehandel am Beispiel von Hamburg und Bremen im 20. Jahrhundert befasst. Bei Redaktionsschluss noch nicht entschieden war ein Antrag bei der DFG zur Förderung eines Projektes über Chinesenviertel in den westeuropäischen Städten Hamburg, London und Rotterdam in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dieses Projekt soll die transnationale Ausrichtung der regionalen Zeitgeschichte befördern (alles Nähere über die Forschungsprojekte s. u. Punkt 2 des Tätigkeitsberichts).

Die Arbeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der FZH spiegelte sich 2005 in über 50 Veröffentlichungen und mehr als 70 Vorträgen wider, die im In- und Ausland gehalten wurden (s. Punkt 10 und 11 des Tätigkeitsberichts). Daneben erstellten unsere Mitarbeiter Expertisen für städtische Behörden, arbeiteten in zahlreichen Gremien mit, lehrten an der Universität Hamburg und fungierten als Prüfer bei Dissertationen, Magisterarbeiten und Staatsexamensarbeiten. Die Kooperation mit der Universität, vor allem mit dem Historischen Seminar, ist weiterhin sehr intensiv, und die FZH erfreut sich bei Studierenden steigender Bekanntheit und Wertschätzung, eine Chance der Nachwuchsgewinnung auch für das Institut.

Durch den Umzug der FZH in das ehemalige Finanzamt Schlump, in das wir voraussichtlich Anfang 2007 ziehen können, gemeinsam mit dem Institut

für die Geschichte der deutschen Juden und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, werden wir auch räumlich näher am Campus sein, so dass die Verbindung zu den Studierenden und insgesamt zur Universität noch enger werden wird. Die Planung des Umzugs beschäftigt uns schon seit geraumer Zeit (s. den Tätigkeitsbericht für 2004). Während des gesamten Jahres 2005 haben wir, in enger Abstimmung mit der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG) und den anderen beteiligten Instituten, die Verlagerung in das ehemalige Finanzamt Schlump durchdacht und geplant, bei dem die Unterbringung des Archivs und der Bibliothek besondere Probleme aufwerfen.

Der Tätigkeitsbericht (Punkte 6–8) weist weitere Zuwächse im Bestand der Bibliothek (nunmehr 76 822 Bände), des Archivs und der Sammlung lebensgeschichtlicher Interviews in der Werkstatt der Erinnerung (WdE) auf. Trotz des Brandes im Oktober können wir eine positive Entwicklung bei der Zahl der Nutzerinnen und Nutzer der Bibliothek nachweisen.

Im Jahre 2005 organisierte die FZH in Kooperation mit anderen Institutionen eine besonders große Zahl von Tagungen, Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen (s. Punkt 4 des Tätigkeitsberichts). Der weiteren Verankerung in der städtischen Öffentlichkeit dienen Treffen eines Freundes- und Fördererkräses der FZH. Dieser Kreis von Persönlichkeiten aus Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft traf sich auch 2005, wobei insbesondere die Planungen der FZH zur Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus in Hamburg und zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit erörtert wurden.

Wir können für 2005 eine gesteigerte Präsenz der FZH in der Öffentlichkeit feststellen. Durch eine neue Internetadresse seit Mai 2005 hat sich die Zahl der Interessierten, die unsere Homepage besucht haben, verdreifacht (von ca. 900 auf bis zu 3000 im Monat): www.zeitgeschichte-hamburg.de. Eine Radiosendung des NDR über unser Institut im Oktober und ein Bericht im Hamburger Abendblatt über das Buch „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“, sowie die Ankündigung unserer Veranstaltungen in der Presse haben dazu beigetragen. Nachdem die Werkstatt der Erinnerung bereits im letzten Jahr einen neuen Internet-Auftritt präsentierte, wird die FZH insgesamt künftig ihre Öffentlichkeitsarbeit weiter intensivieren.

Prof. Dr. Axel Schildt

Prof. Dr. Dorothee Wierling

Woher wir kommen, wohin wir gehen –

Die „Werkstatt der Erinnerung“ (1990–1995)

Die Gründung des Projektes „Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung“ per Bürgerschaftsbeschluss im Jahr 1989 stand zweifellos im Kontext des geschichtspolitischen Aufbruchs, der in den 1980er Jahren (nicht nur) Hamburg erfasste. Die neue Geschichtsbewegung fand ihren Ausdruck in den Aktivitäten der aus dem Boden sprießenden Geschichtswerkstätten, Stadtteilinitiativen, Theatergruppen oder künstlerischen Initiativen. Ende 1984 hatte Klaus von Dohnanyi, damals Erster Bürgermeister, öffentlich verkündet: „Es ist Zeit für die ganze Wahrheit“. Wie auch immer diese konkrete Initiative zu bewerten sein mag, in ihrer Folge stellte eine neue Generation neue Fragen an die Geschichte, vorwiegend konzentriert auf die Zeit des Nationalsozialismus und hier auf den Schwerpunkt „Widerstand und Verfolgung“. Im Kontext dieser Neuorientierung konzipierten die sozialdemokratischen Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Dorothee Stapelfeldt, Jan Jallass und Jan Klarmann zusammen mit Detlev Peukert, dem gerade berufenen Leiter der damaligen Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, einen Antrag, aus Sondermitteln der Bürgerschaft ein zunächst auf fünf Jahre befristetes oral-history-Projekt einzurichten, um lebensgeschichtliche Interviews mit Hamburgern zu führen, die (aus politischen Gründen) während der NS-Zeit verfolgt worden waren. Peukert argumentierte in seiner Vorlage zum einen mit der Möglichkeit, selbst neue Quellen zu erschließen, vor allem jedoch mit der identitätsstiftenden Dimension, die eine solche Erinnerungsarbeit erlangen könnte: „Weite Teile der Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und der ver-

zweiten Geschichte jener, die für Demokratie und Sozialismus gelitten haben und in alle Teile der Welt ins Exil getrieben worden sind, können ... nur rekonstruiert werden, wenn man sich des Gedächtnisses Überlebender vergewissert. Diese Erinnerungsarbeit ... hat aber nicht nur Nutzwert für die Geschichtswissenschaft. Vielmehr hat sie auch für das demokratische Bewusstsein und die Traditionsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg einen Wert in sich.“¹ Die geschichtspolitische Dimension eines wissenschaftlichen Forschungsprojektes würde vermutlich in dieser Zuspitzung im Jahre 2006 nicht mehr so formuliert: „Zum einen Geschichte als Rekonstruktion mit den Mitteln der Wissenschaft, damit wir wissen, wo wir herkommen; zum anderen Geschichte als öffentliche Aufgabe lebendiger Erinnerung, damit wir wissen, wohin wir gehen wollen. Das ... Projekt ... versucht, diesen beiden Zielsetzungen von geschichtlicher Rekonstruktion und demokratischer Erinnerungsarbeit gerecht zu werden. Es will fachlich qualifiziert dokumentieren und zugleich demokratisch engagiert das öffentliche Bemühen um Vergangenheitsbewältigung unterstützen.“² Detlev Peukert wollte die bis dahin eher methodisch und inhaltlich traditionell ausgerichtete Forschungsstelle innovativen Fragestellungen öffnen, andere Formen der Vermittlung (beispielsweise Ausstellungen oder Filme) finden und neue Kooperationspartner in der Stadt gewinnen. Die „Werkstatt“ hätte eine thematische, methodische und personelle Gelenkstelle einer solchen Neuorientierung sein können und sollen. Doch die Konkretisierung dieser Vorstellungen scheiterte an Peukerts Tod. Er starb einen Monat, nachdem ich am 1. April 1990 die Arbeit in der „Werkstatt der Erinnerung“ aufgenommen hatte. Ohne seinen gestaltenden Einfluss war die „Werkstatt“ zunächst ein lediglich an der Forschungsstelle angesiedeltes Projekt, ein exotischer Fremdkörper, dessen Gegenstand erst genauer bestimmt werden musste, dessen Stellenwert innerhalb der Institution noch nicht geklärt war, dessen gute materielle Ausstattung jedoch mancherlei Begehrlichkeiten weckte.

Bei meinem Arbeitsantritt brachte ich, selbst aus der Geschichtswerkstättenbewegung kommend, Erfahrung in der Interviewarbeit, Kontakte zu Zeitzeugen und Multiplikatoren mit. Dagegen hatte ich wenig Ahnung von der Arbeit in einer Behördendienststelle, die die Forschungsstelle vor ihrer Umwandlung in eine Stiftung noch war, mit ihren Hierarchien, zeitlichen Abläufen und Empfindlichkeiten. Einarbeiten musste ich mich auch in Aspekte des Datenschutzes, die das Projekt betrafen. Es entpuppte sich als nicht so einfach,

Vertragskonstruktionen zu überlegen, die die Interviewten schützten, ihnen jederzeit gestatteten, Einverständniserklärungen zu widerrufen, und die dennoch die künftige Arbeit mit den erhobenen Quellen ermöglichten und außerdem den Beifall des Hamburger Datenschützers fanden. Vorbilder für eine benutzerorientierte, computergestützte Archivierung von Transkripten existierten ebenso wenig. Kurzum: Es galt zunächst, sich hier Wissen anzueignen und Hürden zu überwinden, beispielsweise das Anfangsdiktum des Datenschutzbeauftragten, der die Auflage machen wollte, alle gesammelten Informationen spätestens nach zehn Jahren zu löschen, sich dann aber mit der Archivierung auf getrennten Festplatten und besonderen Sicherheitsvorkehrungen in der Software zufrieden gab.

Parallel zu der oral history, die in außeruniversitären Zusammenhängen praktiziert wurde, hatten Historiker um Lutz Niethammer, Alexander von Plato und Dorothee Wierling in den 1980er Jahren erste methodische Überlegungen publiziert, die sie unter anderem im Rahmen des großangelegten LUSIR-Projekts (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960) gewonnen hatten.³ Interviews sollten danach sinnvollerweise in drei Phasen ablaufen: Zunächst erzählt der Zeitzeuge seine Lebensgeschichte, ohne unterbrochen zu werden, dann werden Nachfragen gestellt, die aus dieser geschlossenen Erzählung resultierten, und schließlich im dritten Teil weitergehende Fragen, die der Interviewer aus seiner Kenntnis der Literatur oder Quellen stellt. Allein, so hilfreich diese Überlegungen generell waren, so fanden sich dort doch kaum Hinweise, welche Besonderheiten bei Interviews mit Verfolgten berücksichtigt werden mussten. Gerade sie, die ihre Identität wohlweislich jahrelang verborgen hatten, wann immer es ging, oder mit dem „Makel“ der Verfolgung lebten, zögerten oft, in einer ersten Interviewphase ihr Leben in einer selbstbestimmten Erzählung darzustellen. Sie verlangten im Gegenteil Fragen und Hilfestellungen bei der zögernden Annäherung an die schwierigen Phasen ihrer Lebensgeschichte. Bei manchen ehemals Verfolgten musste sogar die Angst vor einer Art Verhör abgebaut werden. Zwar fanden die meisten Interviews bei den Zeitzeugen zu Hause statt, doch wenn dies nicht möglich war, bat ich sie in die Forschungsstelle. Das erste Büro, das die Forschungsstelle mir zugewiesen hatte, beherbergte deutlich sichtbar das umfangreiche Archiv des KZ Neuen-gamme in den Regalen. Es diente zudem als Durchgangsbereich zum Archiv.

Diese Umgebung erleichterte es den Zeitzeugen nicht gerade, ein Interview zu geben.⁴

Ich betrat also in vielerlei Hinsicht Neuland. Der Arbeitskreis oral history, den ich zusammen mit Kollegen aus den Geschichtswerkstätten und anderen gründete, die mit Interviews arbeiteten, erwies sich über Jahre als ein geeigneter Ort, methodische und praktische Probleme zu erörtern, zumal die Kolleginnen eines großangelegten oral-history-Projektes an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme vor ähnlichen Problemen standen.⁵

Im Projektalltag ging es zunächst sehr pragmatisch darum, Interviewtermine zu verabreden und das Projekt in den Medien und Institutionen vorzustellen, deren Mitarbeiter vielleicht Kontakte herstellen konnten. Dabei (miss)verstand ich den Auftrag bewusst so, dass nicht nur politisch Verfolgte interviewt werden sollten, sondern alle, die während des Nationalsozialismus ausgegrenzt, diskriminiert oder verfolgt worden waren. Eine Schreibkraft (Manuela Kürten) hielt die Stellung im Büro und transkribierte die Tonbandkassetten, eine studentische Hilfskraft (Andrea Hübner) von der Hochschule für bildende Künste arbeitete sich in die Mysterien der Videokamera ein, um Interviews aufzunehmen und später zu kurzen Dokumentarfilmen verarbeiten zu können.⁶ Eine ihrer ersten Arbeiten war ein Demonstrationsvideo mit kurzen, aber eindrucksvollen Interviewauszügen, das vielerorts eingesetzt wurde, wo ich die „Werkstatt“ vorstellte.⁷ Damals konnte die Technik des „Offenen Kanals“ für solche Anliegen kostenlos genutzt werden. Das Projekt verfügte über Mittel, Fotos und Dokumente reproduzieren zu lassen, die Zeitzeugen uns überließen.

Für mich begann eine Zeit des „learning by doing“. Die erste Projektphase von 1990 bis 1995 stand unter dem starken Eindruck, die Interviews im Wettlauf gegen die Zeit führen zu müssen: Viele Zeitzeugen waren bereits verstorben, andere hochbetagt. Weniger drängende Arbeiten wurden zunächst zurückgestellt. Ich interviewte zunächst vorwiegend politisch und „rassisch“ Verfolgte sowie vereinzelt Personen, die zu den „vergessenen Opfern“ zählten. Im November 1992 kam eine halbe Stelle für die computergestützte Archivierung hinzu, die Sybille Baumbach einnahm. Unsere ersten Überlegungen zu einem Thesaurus erwiesen sich später als viel zu arbeitsaufwendig und benutzerunfreundlich, wengleich für mich die Faszination unseres Vorhabens bis heute darin liegt, dass jedes Interview in eine Vielzahl von Kategorien eingeord-

net wurde, die dem neuesten Forschungsstand entstammten. Auch war die Archivierung von unserer festen Überzeugung geleitet, der lebensgeschichtliche Zusammenhang des Interviewtranskripts dürfe nicht zerrissen werden, indem einfache Verschlagwortungen mit Seitenangaben vorgenommen wurden. Um die Nutzung der Interviews als bloße Steinbrüche zu vermeiden, sollte jeder Benutzer den Gesamttext von Anfang bis Ende lesen, auch wenn nur eine Passage für ihn oder sie thematisch interessant war. Sybille Baumbach übernahm neben der Archivierung bald die Interviews mit den ehemaligen Hamburger Juden, die auf Senatseinladung Hamburg besuchten. Im Juli 1993 konnte eine weitere Dreiviertelstelle mit Alfons Kenkmann besetzt werden, der sich auf Personen konzentrierte, die politisch verfolgt worden waren oder einem eher diffusen Bereich gesellschaftlicher „Resistenz“ zugehörten.⁸ Als Alfons Kenkmann 1994 in Münster die Leitung des Gedenkortes „Villa Ten Hompel“ übernahm, folgten ihm für das Jahr, in dem die Mittel noch zur Verfügung standen, etliche Interviewer auf Honorarbasis. Sie befragten mit Unterstützung der Hamburger Landesstiftung für NS-Verfolgte und der Projektgruppe für „Vergessene Opfer“ vorwiegend Personen, die aus Gründen abweichenden Verhaltens oder – weil sie nicht in das NS-Weltbild passten – ins Visier des NS-Staates geraten waren.⁹

Im Jahr 1994 wurde also ein Großteil der Interviews bereits von externen Mitarbeitern geführt, und innerhalb der Forschungsstelle zeichnete sich ab, dass die in dem Projekt tätigen Historikerinnen und Historiker – selbst wenn die politischen Initiatoren für eine Verstetigung des Projektes sorgen würden – nicht über fünf Jahre hinaus beschäftigt werden sollten. So trat die Notwendigkeit deutlich zu Tage, die Quellen so aufzubereiten und zu archivieren, dass Nachfolger damit arbeiten konnten, die die Interviews selbst nicht geführt hatten. Nun verfassten die Interviewer regelmäßig sowohl einen kurzen Lebenslauf der Interviewten und hielten ihre Eindrücke zwar nicht in Form eines ausführlichen Tagebuchs, aber doch zumindest als Notizen fest.

Von 1990 bis 1992 führte ich drei bis fünf Interviews in jeder Woche, die meist drei Stunden plus eine Stunde Einführung und Verabschiedung umfassten. Die Interviewten zeigten sich freundlich und entgegenkommend und wussten es sehr wohl zu schätzen, dass die Stadt Hamburg ihre Leidenserfahrungen würdigte und ihre Erinnerungen bewahren wollte. Trotz Interviewerfahrung war

ich auf die geballte Konfrontation mit Verfolgung, Leid, mit der intensiven Trauer um ermordete Angehörige, aber auch der ohnmächtigen Wut, hilflosen Aggression, Verbitterung oder Leere und Einsamkeit in keiner Weise vorbereitet. Ich verließ so manche Wohnung deprimiert, wütend oder mit heftigen Kopfschmerzen. An die Notwendigkeit einer Supervision hatte bei der Einrichtung des Projektes niemand gedacht. Mein Ausweg bestand zunächst darin, an den Wochenenden eine anderthalb Jahre dauernde Ausbildung in personenzentrierter Gesprächsführung zu absolvieren. In der Supervision dort lernte ich viel über meinen Umgang mit Gefühlen und dem meiner Gesprächspartner. Als später die beiden Kollegen Baumbach und Kenkmann in dem Projekt mitarbeiteten, verbesserte sich die Situation insofern, als wir uns austauschen konnten und zudem einer Gruppe beitraten, die die Psychoanalytikerin Judith Kestenbergl gegründet hatte. Hier diskutierten wir mit Psychologen, die ebenfalls Interviews führten, und wurden zusätzlich mehrfach im Jahr von der israelischen Psychologin Ilany Kogan supervidiert. Sybille Baumbach und Alfons Kenkmann erhielten später die Möglichkeit, an einer Supervision im Michael-Balint-Institut teilzunehmen.

In unserem Auswertungsband „Rückblenden“, der in der zweiten Projektphase (1995–2000) entstand, konnte ich einige der Interviewerfahrungen etwas ausführlicher beschreiben.¹⁰ Hier will ich nur einen kurzen Eindruck davon geben. „Wir sind alle beschädigte Menschen“, sagte mir Anfang der 1990er Jahre die Schriftstellerin Ingeborg Hecht, von den Nationalsozialisten als „Mischling ersten Grades“ stigmatisiert. In der Tat, die Verfolgung war an keinem unserer Gesprächspartner spurlos vorübergegangen, auch wenn deren Folgen nicht auf den ersten Blick sichtbar waren.

In der Regel empfingen uns die Interviewpartner freundlich, bewirteten uns großzügig und hatten oftmals Fotos und Dokumente bereitgelegt, die ihre Erzählung ergänzten.

Politisch Verfolgte wie Sozialdemokraten oder Kommunisten begriffen uns prinzipiell als ihre Verbündeten, die die Geschichte des Leidens und des Widerstandes bewahren und an die nachfolgenden Generationen weitergeben sollten. Etliche von ihnen hatten ihre Geschichte in Schulen, bei Rundgängen oder auf Veranstaltungen bereits mehrfach öffentlich dargestellt und dabei eine Erzählkonstruktion für sich entwickelt, die Persönliches und Politisches, Leid und

einen direkt aus diesem folgenden Sinn miteinander verknüpfte. Diese vielfach erprobte Konstruktion änderten sie äußerst ungern, vor allem, wenn die Fragen vom politischen Geschehen weg zum persönlichen Erleben hin führten. Weniger verfestigt waren die Erzählstrukturen derjenigen, die als Kinder oder Jugendliche als Teil eines kommunistischen oder sozialdemokratischen Milieus stigmatisiert und ausgegrenzt worden waren, während die Härte der Verfolgung einen Elternteil betraf, dessen Geschichte sie mit dem Interview erhalten wissen wollten. Nicht nur das gesprochene Wort, sondern auch nonverbale Inszenierungen und das Verhalten in der Kommunikation enthalten Hinweise auf den Umgang mit dem einst Erlebten. Um ein Beispiel zu geben: Eine Interviewpartnerin, die die Widerstandstätigkeit ihres Vaters würdigen und von den Misshandlungen berichten wollte, die sie mitangesehen hatte, geriet in zunehmende Erregung. Sie bewegte sich an den für sie problematischen Stellen immer wieder vom Tisch mit dem Mikrofon weg, um Fotos und Dokumente aus einer anderen Ecke des Zimmers zu holen. Diese sollten die Erzählung belegen, wurden jedoch nie ausgepackt. Ebenso unausgepackt blieben Vorwürfe an einen geliebten Vater, der die Widerstandsarbeit über das Wohl der Familie gestellt hatte. Eine andere Zeitzeugin, die sich für ihre Partei sehr eingesetzt hatte, berichtete von Undank und sozialer Kälte – und ließ mich im Winter neben der geöffneten Terrassentür sitzen, so dass ich ihr Erleben im wahrsten Sinne am eigenen Leib spürte.

Wie jedes Interview, enthalten auch die in unserer Werkstatt archivierten zeitgenössische Diskurse oder Überlegungen, die von politischen Ereignissen der Zeit ausgelöst werden. In der ersten Projektphase der „Werkstatt“ waren dies gerade bei ehemals Verfolgten die Umwälzungen durch den Zerfall der DDR. Wir bemerkten, dass etliche der interviewten Kommunisten, die wenige Jahre zuvor noch an festen Erzählschemata festgehalten hatten, ihre Erzählkonstruktion überprüften und teilweise revidierten. Aber auch andere ehemals Verfolgte überlegten, welche Erfahrungen sie nach dem Krieg mit ehemaligen Nazis gemacht hatten, wie die Entnazifizierung verlaufen war etc. Der Golfkrieg 1991 wiederum mobilisierte Kriegserinnerungen. Solche Bezüge finden sich in vielen Interviews.

Auch die aus Hamburg emigrierten Juden gaben uns eher selten einen Korb, wenn wir sie im Rahmen des Besuchsprogramms – das auf Einladung des Senats stattfindet – um ein Interview baten, zumal die Senatskanzlei die Arbeit

der „Werkstatt“ unterstützte. Oft spiegeln die Tonkassetten die heftigen Gefühle bei der Wiederbegegnung mit der Stadt, aus der sie vor 50–60 Jahren vertrieben worden waren. Manche scheuten die Enge des Hotelzimmers und bestanden darauf, das Interview an belebten Orten zu führen. So erinnere ich mich an ein Treffen in einer Bar oder an ein anderes in einer vornehmen Hotelhalle, in der das Gespräch von einer Pianistin im rückenfreien Abendkleid untermalt wurde. Der Zeitzeuge berichtete dabei von stundenlangen winterlichen Appellen im KZ Sachsenhausen, bei denen sein Vater sich vor ihn stellte und er seine Hände unter dessen Achseln wärmen durfte. Der Vater hatte die NS-Herrschaft nicht überlebt.

Als weniger einfach erwies es sich, ehemals als „Mischlinge ersten Grades“ Verfolgte zu einem Interview zu bewegen, die wegen ihres jüdischen Vaters bzw. der jüdischen Mutter unter Sonderrecht gelebt hatten. Sie begriffen die eigene Geschichte meist als wenig erzählenswert angesichts des Grauens von Auschwitz, das ihre jüdischen Verwandten nicht überlebt hatten. Sie selbst, die nicht deportiert worden waren und vielfach noch in ihren alten Stadtteilen lebten, hatten während der 12-jährigen NS-Herrschaft vor allem eines gelernt: möglichst wenig von sich preiszugeben. Das starke Bedürfnis, sich bedeckt zu halten, kollidierte aber mit dem ebenfalls tiefverwurzelten Bemühen, kooperativ und hilfsbereit zu sein. Inzwischen – mehr als zehn Jahre nach den damaligen Interviews – hat sich der Umgang dieses Personenkreises mit seiner Geschichte stark verändert. Immer mehr Betroffene publizieren ihre Lebens- oder Familiengeschichte, sie treten in Dokumentarfilmen auf oder gehen in die Schulen, was Anfang der 1990er Jahre nur sehr vereinzelt der Fall war. Damals erforderten die Gespräche vielerlei vertrauensbildende Maßnahmen im Vorfeld. Die vielstündigen Interviews mit Angehörigen dieser Verfolgtengruppe habe ich in meiner Doktorarbeit und einigen Aufsätzen ausgewertet.¹¹ Mit etlichen Interviewten arbeite ich bis heute auf Veranstaltungen zusammen, es entstanden langjährige Freundschaften.

Auf andere Weise schwierig gestalteten sich die Interviews mit Personen, die aus sehr unterschiedlichen Gründen verfolgt worden waren und als „vergessene Opfer“ bezeichnet werden. Manche hatten Angst vor einem Interview, es erinnerte sie an Vorladungen; manche erhofften sich eine Wiedergutmachung, wenn sie berichteten, was ihnen widerfahren war; manche besaßen kein Telefon, manche nicht einmal das Geld für eine HVV-Fahrkarte, andere hatten

sprachliche, körperliche oder psychische Probleme, ihre Geschichte darzustellen. Hier erwies es sich als hilfreich, dass die KollegInnen von der Projektgruppe „Vergessene Opfer“ das Vertrauen der Angesprochenen bereits besaßen.

Detlev Peukerts Vorstellung, die „Werkstatt“ zum zentralen Archiv aller in Hamburg jemals geführten Interviews auszubauen, konnte in der Aufbauphase des Projektes nur ansatzweise verwirklicht werden. Während Initiativen und Einzelpersonen sich heute freuen, ihre Tonbänder in ein Archiv zu geben, wo sie von Dritten sinnvoll genutzt und durch die Digitalisierung vor dem Zerfall gerettet werden, schützten viele Anfang der 1990er Jahre ihre Schätze vor dem „Zugriff einer Institution“. War das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen generell schon recht groß, so wirkten bei der Forschungsstelle im besonderen die Auseinandersetzungen um die 1982 auf dem Kampnagelgelände gezeigte Ausstellung „Arbeiterkultur in Hamburg um 1930. Vorwärts und nicht vergessen“ nach. Diese hatten zwar lange vor Gründung der „Werkstatt“ stattgefunden, jedoch jahrelang die Bereitschaft kommunistischer Gruppen blockiert, die von ihnen geführten und aufbewahrten Interviews der „Werkstatt“ zur Verfügung zu stellen (während angesprochene Einzelpersonen uns Interviews nicht verweigerten).

Am Ende der ersten Projektphase lagen Interviews mit ca. 300 ZeitzeugInnen sowie mehrere Sammlungen vor, die Dritte uns überlassen hatten. Die „Werkstatt“ war nun in Hamburg und unter den bundesdeutschen „oral historians“ bekannt. Das Wohlwollen der politischen Initiatoren blieb dem Projekt erhalten: Dorothee Stapelfeldts Interesse begleitete uns über Jahre, sie erwies sich als hilfsbereite Ansprechpartnerin in jeder schwierigen Situation. Die Bürgermeister Ingo von Münch und später Henning Voscherau förderten das Projekt finanziell und ideell, die Hamburgische Bürgerschaft verstetigte es nach der ersten Projektphase.¹²

Ein integrierter Arbeitsbereich der Forschungsstelle wurde die „Werkstatt“ indes in diesen fünf Jahren nicht, wenngleich etliche Kollegen sie inhaltlich und auch sehr praktisch unterstützten.¹³ Dem Projekt haftete in der Anfangszeit der Initiativencharakter noch zu sehr an, zu misstrauisch standen die traditionell arbeitenden Kollegen generell Zeitzeugenaussagen gegenüber. Ein ansonsten hochgeschätzter Kollege riet mir beispielsweise ernsthaft, „falsche Angaben“ in

Interviews immer mit einer Sternchenfußnote in den Transkripten zu korrigieren. Vor allem aber lief die Arbeit der „Werkstatt“ parallel zu den methodisch und inhaltlich anders gelagerten Vorhaben der Kollegen, es gab keine gemeinsamen Projekte. Dies änderte sich auch nach der Berufung Ulrich Herberts zum neuen Leiter der Forschungsstelle kaum. Detlev Peukert hatte seinerzeit beabsichtigt, in Anlehnung an Broszats Projekt „Von Stalingrad zur Währungsreform“ auch die Geschichte Norddeutschlands zäsurübergreifend zu erforschen. Meine Filmdokumentation „Trümmerjahre. Frauen in Hamburg 1943–1953“¹⁴, gedacht als Teil eines solchen Projektes, blieb nur ein Relikt, das an diese Absichten erinnerte. Zudem unterschied es sich von der traditionellen Form, in der Arbeitsergebnisse historischer Forschung veröffentlicht werden, nämlich zwischen Buchdeckeln. Diese andere Form passte nach dem Tod Detlev Peukerts nicht mehr in die Forschungsstelle. Erst im Abstand von mehr als zehn Jahren, nach mehrfachen Neubesetzungen der „Werkstatts-“ und der Forschungsstellenleitung, und mit einer breiten Akzeptanz innerhalb der Stadt, können solche Vorhaben jetzt unaufgereggt geplant und realisiert werden.

Anmerkungen

- 1 FZH, Detlev Peukert, Arbeitsbericht 1988/1989 vom 20.5.1989, S. 17f.
- 2 Ebd., Arbeitsbericht 1988/1989 vom 20.5.1989, S. 17f.
- 3 Vgl. Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 1, Berlin 1983; dies. (Hrsg.), „Hinterher merkt man ...“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 2, Berlin 1983; dies. (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 3, Berlin 1985.
- 4 Die Raumprobleme verschwanden mit dem Umzug der Forschungsstelle in das Schulterblatt.
- 5 Vgl. die Einleitung des Sammelbandes, den Ulrike Jureit und ich für den Hamburger Arbeitskreis oral history herausgaben: Ulrike Jureit/Beate Meyer (Hrsg.), Verletzungen. Lebensgeschichtliche Verarbeitung von Kriegserfahrungen, Hamburg 1994, S. 6–26; zum Neugammer Projekt siehe Ulrike Jureit/Karin Orth, Überlebensgeschichten. Gespräche mit Überlebenden des KZ Neuengamme, Hamburg 1994. Ulrike Jureit schrieb das Standardwerk zur oral history mit NS-Verfolgten: dies., Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager, Hamburg 1999.
- 6 Insgesamt entstanden in dieser Zeit die Kurzfilme – „Man war isoliert“ – Eine „nichtarische“ Familie im NS (VHS, 1991, 20 Min.); Familie Riemann-Blumenthal – Schicksal einer

- von „Euthanasie“ und „rassischer“ Verfolgung betroffenen Familie (VHS, 1994, 45 Min.); Trümmerjahre – Frauen in Hamburg 1943–1953 (VHS, 1995, 55 Min.). Alle Filme wurden über die „Werkstatt“, vor allem aber das Landesmedienzentrum für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zugänglich gemacht.
- 7 Wie ich höre, dient es immer noch diesem Zweck.
 - 8 Zur Entstehung, den Anfangsproblemen und dem Arbeitsalltag sowie den Schwerpunkten der einzelnen MitarbeiterInnen siehe auch Sybille Baumbach/Uwe Kaminsky/Alfons Kenkmann/Beate Meyer, Rückblenden. Lebensgeschichtliche Interviews mit Verfolgten des NS-Regimes in Hamburg, Hamburg 1999.
 - 9 Zu den Verfolgtengruppen, die schwerpunktmäßig befragt wurden, siehe Beate Meyer, Projekt „Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung“. Eine Zwischenbilanz, in: BIOS Heft 1/1994 (7. Jg.), S. 120–134; Sybille Baumbach, Archiv der „Werkstatt der Erinnerung“ in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, in: WerkstattGeschichte, Heft 5/August 1993, S. 57–59.
 - 10 Vgl. Beate Meyer, Interviewverfahren mit ehemals Verfolgten, in: Rückblenden, S. 419–428.
 - 11 Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrungen 1933–1945, Hamburg 1999; dies. „Besser ist doch, man taucht unter“. Zur Verfolgung der „Halbjuden“ in Hamburg, in: Frank Bajohr/Joachim Szodrzynski (Hrsg.), Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen, Hamburg 1995, S. 125–150; dies., Mit der Erinnerung leben – Wie Hamburger NS-Verfolgte ihre Vergangenheit bewältigten, in: Peter Reichel (Hrsg.), Das Gedächtnis der Stadt. Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit, Hamburg 1997, S. 151–166. Sybille Baumbach/Uwe Kaminsky/Alfons Kenkmann/Beate Meyer, Rückblenden. Analyse lebensgeschichtlicher Interviews mit Hamburger NS-Verfolgten, Hamburg 1999, darin Beate Meyer: Grenzgänger zwischen „Normalität“ und Verfolgung – lebensgeschichtliche Auswirkungen der nationalsozialistischen Verfolgung auf ‚jüdische Mischlinge‘, S. 130–205.
 - 12 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 15/6169 v. 1.10.1996, S. 2f.
 - 13 So standen die Kollegen Szodrzynski und Bajohr mir nicht nur stets mit Rat und Tat zur Seite, sondern buken auch etliche Bleche Pizza für eine Veranstaltung, zu der wir Multiplikatoren eingeladen hatten. Dies trug mit Sicherheit zu deren Erfolg bei.
 - 14 Aus den dazu geführten Interviews mit verfolgten und nichtverfolgten Frauen, darunter Hamburgs erste Senatorin Paula Karpinski oder die Alterspräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Charlotte Fera, entstanden außer dem 55-minütigen Videofilm mit Unterrichtsmaterialien mehrere Texte: Inge Grolle, Frauen nach dem Krieg 1945–1950, herausgegeben von Hans Endlich für die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Hamburg 1994; Beate Meyer, „Man nahm so vieles hin ohne Regung. Überlegungen zu lebensgeschichtlichen Auswirkungen einer Kindheit in der Endkriegsphase“, in Jureit/Meyer, Verletzungen, S. 26–45; Beate Meyer, Anpassung, Selbstbehauptung und Verdrängung. Zum Berufsalltag zweier Mitläuferinnen im Nationalsozialismus, in: Kirsten Heinsohn/Barbara Vogel/Ulrike Weckel (Hrsg.), Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt/New York, S. 166–188.

„Wohnen im Grünen“?

**Siedlungsbau und suburbane Lebensstile im
nördlichen Umland von Hamburg von den fünfziger
bis zu den siebziger Jahren**

Die Tendenz, in das nur wenig bebaute Umland einer Großstadt zu ziehen, ließ sich in Hamburg und andernorts schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert beobachten. In nahezu allen größeren deutschen Städten verstärkte sich die Fluktuation an die Ränder oder ins Umland. Während das gut situierte Bürgertum landschaftlich schön gelegene Villenviertel bevorzugte, mussten die Arbeiter mit den vorstädtischen Mietskasernen vorlieb nehmen. Dieses „Stadtrandwohnen“ der sozial benachteiligten Schichten, häufig in erbärmlichen Wohnverhältnissen, fand mit der Gartenstadtbewegung zwar ein Korrektiv, doch die Zustände änderten sich nicht grundlegend.¹ Unterdessen nahm die Einwohnerzahl Hamburgs kontinuierlich zu. Im Jahr 1910 zählte die aufstrebende Hafenstadt erstmals mehr als eine Million Bewohner, nicht zuletzt wegen der immensen Zuwanderung, etwa aus den agrarisch strukturierten Nachbarregionen in Mecklenburg und Schleswig-Holstein.² Allerdings konnten lange nicht alle Migranten eine Bleibe auf hamburgischem Gebiet finden, etliche von ihnen ließen sich deshalb ebenfalls im Umland der Stadt nieder. Auf diese Weise breitete sich Hamburg immer weiter über seine Kommunalgrenzen hinaus aus. Gerade nördlich der Stadt war seit den zwanziger Jahren ein umfassender Strukturwandel zu beobachten. Neben den Zuwanderern sorgten oftmals genossenschaftlich finanzierte Ansiedlungen städtischer Wohnungsloser für eine beträchtliche Zunahme der Bevölkerung, wodurch ehemals ländliche Regionen allmählich ein urbanes Gepräge erhielten.³

Im Laufe des Zweiten Weltkrieges setzten sich diese Migrations- und Suburbanisierungsprozesse fort. Abgesehen von den so genannten Butenhambor-

gern, die während der Kriegshandlungen ausgebombt wurden, kamen nach 1945 massenhaft Flüchtlinge und Vertriebene in den Großraum Hamburg, um sich dort eine neue Existenz aufzubauen. Für das Stadtgebiet bestand jedoch auf Geheiß der britischen Militärregierung ein weit reichendes Zuzugsverbot. Darüber hinaus waren enorme Wohnraumprobleme zu lösen.⁵

Rund zehn Jahre später wuchs die Bevölkerung im Umland der Hansestadt schließlich abermals erheblich an. Immer mehr in der Metropole Hamburg lebende Menschen entschieden sich in den fünfziger und sechziger Jahren, in den trotz der zunehmenden Besiedlung noch überwiegend agrarisch geprägten Norden der Stadt zu ziehen. Die schleswig-holsteinischen Randgemeinden, in denen zu dieser Zeit etliche Wohnsiedlungen gebaut wurden, fungierten vielfach nur als „Schlafzimmer Hamburgs“, wie eine Regionalzeitung kritisch anmerkte.⁵ Zu den elementaren Voraussetzungen für diese Entwicklung zählte der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Ähnlich große Bedeutung kam der beginnenden Massenmotorisierung zu. Mitunter kollidierte der rasant fortschreitende Siedlungsbau mit dem Prinzip der vorrangig zu entwickelnden städtischen Aufbauachsen, das von dem 1955 konstituierten Gemeinsamen Landesplanungsrat Hamburg/Schleswig-Holstein propagiert wurde. Demnach sollten fünf ausgewählte Verkehrswege, die in das nördliche Umland von Hamburg führten, massiv ausgebaut werden. Entlang dieser Entwicklungsachsen hatte sich der Siedlungsbau nach den Vorstellungen des Planungsgremiums zu konzentrieren. Lediglich in diesen Gebieten sollten verstärkt kommunale Einrichtungen sowie Einkaufsmöglichkeiten und zusätzliche Freizeitangebote geschaffen werden. Doch nicht alle Gemeinden, die in einem der vier Achsenzwischenräume lagen, hielten sich an diese Vorgabe, denn trotz der sozialen Folgekosten war die Aussicht, kommunales Land an ein Wohnungsbauunternehmen zu verkaufen und sich dadurch finanziell zu sanieren, ungemein verlockend.⁶ Immerhin galt das „Wohnen im Grünen“, ob im verhältnismäßig günstigen Eigenheim oder in einer staatlich geförderten Mietwohnung, bereits damals als schick, weshalb es zahlreiche potentielle Käufer und Mieter anzog. Für die neuen Bewohner des suburbanen Raums, von denen ein Großteil fortan täglich zur Arbeit nach Hamburg pendelte, ging mit dem Umzug häufig ein langjähriger Traum in Erfüllung. Die meisten trieb der Wunsch nach einem Zuhause in vermeintlich unberührter Natur ebenso an wie die Hoffnung auf ein Wohnumfeld ohne die gesundheitlichen Belastungen und Risiken einer Groß-

stadt. Hinzu kam die Sehnsucht nach einem selbstbestimmten Leben, angefangen bei der Möglichkeit, künftig Haustiere halten zu dürfen, was in einer städtischen Etagenwohnung üblicherweise verboten war. Nicht immer besaß das Leben in „Suburbia“ jedoch den idyllischen Charakter, den sich viele ehemalige Stadtbewohner erträumt hatten.⁷

Hinter diesen Wohnpräferenzen stand die vor allen Dingen seit der literarischen Romantik immer wieder bemühte Dichotomie von Stadt und Natur. Das „Grüne“ diente hierbei als Chiffre für ein weit verbreitetes Idealbild: saftige Wiesen und Felder, dichte Wälder und möglichst quellfrisches Wasser. Solche ebenso verklärenden wie stereotypen Vorstellungen korrespondierten mit dem Wunsch nach ursprünglichen, bislang nicht von Menschenhand kultivierten Landschaftsräumen, gleichsam als Kompensation für die subjektiv erlebten Zumutungen der Großstadt, wobei die zunehmend intensivere agrarische Nutzung von Naturressourcen in der Regel ausgeblendet blieb. Dazu gesellten sich weitere, teilweise ziemlich schablonenhafte Erwartungen an den außerstädtischen Raum in jeweils zeitspezifischen Ausprägungen. Gerade bei langjährigen Stadtbewohnern dominierte die Illusion einer facettenreichen, zugleich aber wohlgeordneten und übersichtlichen Lebens- und Erfahrungswelt, frei von zivilisatorischen Überformungen und lästigen sozialen Verhaltenszumutungen. Dieses Harmoniebedürfnis ging oft mit einem dezidierten Nutzungswillen einher. Offenbar bot eine „grüne“ Umgebung vielfältige Anreize zur Erholung, aktiven Betätigung und Kreativität, nicht zuletzt für Gartenbesitzer.⁸

Vor diesem Hintergrund sollen drei Siedlungsbauprojekte im Norden von Hamburg exemplarisch vorgestellt werden, und zwar vor allem mit Blick auf die signifikanten Unterschiede beim Wohnklima und in der Lebensqualität. Es handelt sich um die ab 1954 entstandene Gartenstadt Elbhochufer in Wedel, unmittelbar in der Nähe eines Kraftwerks gelegen und anhaltenden Belästigungen durch Lärm und Abgase ausgesetzt, die beinahe dörflich anmutende Oelting-Siedlung in Quickborn (1959) und schließlich um die seit Ende der sechziger Jahre errichtete Hochhaussiedlung in Thesdorf, einem bis dahin agrarisch geprägten Stadtteil von Pinneberg, in dem sich die sozialen Probleme nach der Verwirklichung des monströsen Bauprojekts häuften.

Darüber hinaus wird nach den Sozialstrukturen, Verhaltensmustern und normativen Orientierungen im suburbanisierten Umland von Hamburg gefragt. Eine zentrale Rolle spielt hierbei der Begriff des Lebensstils, einerseits verstan-

den als relativ stabiles Muster zur Organisation des Alltags im Rahmen gegebener Lebenslagen, verfügbarer Ressourcen und individueller Lebensplanungen. Auf der anderen Seite zielt der Lebensstilbegriff auf subjektive Fremd- und Selbststilisierungen von Gruppen oder Individuen zur Konstruktion einer sozialen Formation mit einem bestimmten Ensemble von Deutungs- und Handlungsmustern. Lebensstile gründen auf der Wahrnehmung und Verarbeitung von Erfahrungen⁹, weisen häufig eine gewisse Kohärenz auf und dienen nicht zuletzt der sozialen Distinktion. Wie im Folgenden anhand verschiedener Anwohnergruppen gezeigt werden soll, kommen durch einen mehr oder weniger bewusst gewählten Lebensstil nicht bloß Werthaltungen und Leitbilder zum Ausdruck, sondern es lassen sich auch Einflüsse auf Konsummuster, die Wahl der Freizeitaktivitäten, kulturelle Präferenzen oder die Nutzung von Medien erkennen. Unterschiedliche suburbane Lebensstile können dadurch schärfer konturiert werden. Neben den alteingesessenen Bewohnern der schleswig-holsteinischen Randkreise von Hamburg werden die überwiegend männlichen Pendler in Augenschein genommen. Sie fuhren beinahe täglich zur Arbeit in die nahe gelegene Metropole und konnten die mitunter zweifelhaften landschaftlichen Reize ihres Wohnortes somit allenfalls am Wochenende genießen. Unterdessen hatten die so genannten „grünen Witwen“, die Ehefrauen der Pendler, oftmals Kinder zu betreuen und vermissten womöglich die Versorgungseinrichtungen und das Kulturangebot der Großstadt. Von großem Interesse sind zudem die Lebensstile von Jugendlichen und älteren Menschen sowie jener Werktätiger, die nicht pendelten, weil sie eine Beschäftigung bei einer Firma oder einem Betrieb innerhalb des suburbanen Raums gefunden hatten.¹⁰

Als Materialgrundlage standen archivalische Quellen, vor allem jedoch die Erinnerungen von Zeitzeugen sowie Ortschroniken zur Verfügung. Gerade die mit Hilfe der Oral History gewonnenen Informationen können Aufschluss über individuelle Befindlichkeiten geben. Andernfalls würden die Wahrnehmungen und Erfahrungen, die jeweils für einen bestimmten Lebensstil konstitutiv sind, weitgehend im Dunkeln bleiben.

Der Kreis Pinneberg, zu dem alle drei hier näher betrachteten Siedlungsbauprojekte gehören, war im Jahr 1955 mit 190 000 Einwohnern nicht nur der bevölkerungsreichste Kreis in Schleswig-Holstein, sondern auch der am dichtesten besiedelte. Er umfasste fünf Städte und sechs Großgemeinden, die insbesondere im südlichen Kreisgebiet, also in geringer Distanz zu Hamburg lagen.

Doch laut einer offiziellen Selbstdarstellung wurde die Wirtschaftsstruktur des Kreises keinesfalls ausschließlich von der Nähe zur Elbmetropole bestimmt. Obwohl damals 30 Prozent der Bevölkerung in Hamburg arbeiteten, gebe es in Pinneberg eine gesunde Mischung aus Industrie, Handwerk und Handel. Auch die Land- und Forstwirtschaft sei von großer Bedeutung. Der Kreis, so hieß es in dieser Image-Broschüre weiter, biete somit „beste Voraussetzungen für Unternehmen, die die Nähe des Welthafens suchen, ohne sich in der Großstadt selbst niederzulassen. Weitgehend aufgelockert können die Menschen hier, ohne das Gefühl der Enge, landschaftsverbunden wohnen und doch ihren Arbeitsplatz ohne lange und kostspielige Bahnfahrten erreichen.“¹¹ Der letzte Satz richtete sich fraglos gegen die zahlreichen Pendler, die trotz des Gewerbesteuerausgleichs eine immense finanzielle Belastung für die Kommunen darstellten. Schließlich trugen sie kaum etwas zur Verbesserung der Infrastruktur und sozialen Qualität ihres Wohnortes bei. Dies ließ sich nicht mit dem offensiv vertretenen Anspruch des Kreises als unabhängige Verwaltungskörperschaft in Einklang bringen. Folgerichtig wurde in der bereits zitierten Selbstdarstellung betont: „Der Kreis Pinneberg will und wird als Grenzraum zwischen Strom und Heide zwar weltstadtverbunden, aber auch ein in sich geschlossener, lebensfähiger Landkreis sein. Ein aus eigener Kraft schöpfender Kommunalverband, ein Gebiet, das die Hamburger Bevölkerung versorgt und ihr als grüne Lunge dient. Er will für seine Bürger sein: Ein liebenswertes Stück Heimat, in dem es sich lohnt zu leben.“¹²

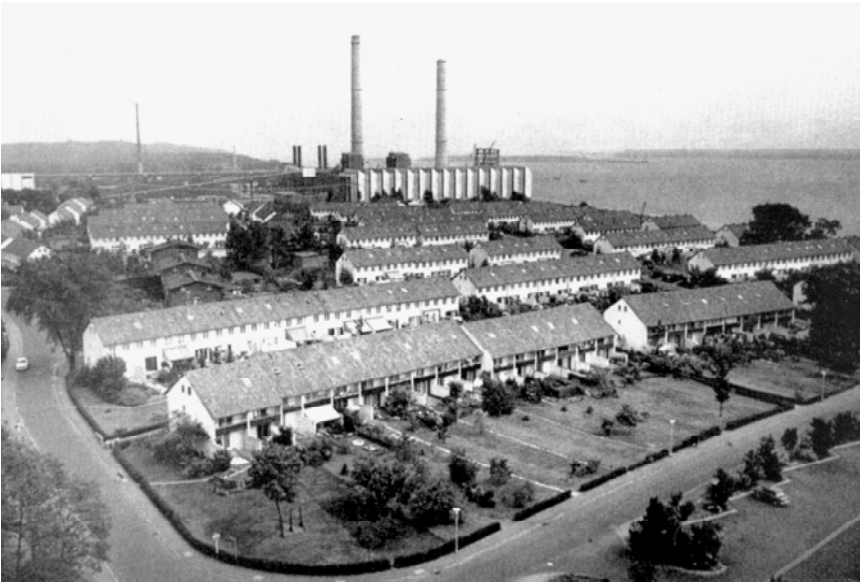
Die Bevölkerung wusste dieses Spannungsverhältnis zwischen den vielfältigen Beziehungen zur nahen Metropole und der gewollten Abgrenzung von Hamburg durchaus zu schätzen. Im Jahr 1959 zählte der Kreis Pinneberg schon deutlich mehr als 200 000 Einwohner, nicht zuletzt wegen seiner im Ganzen reizvollen Lage und seiner immer besser werdenden Verkehrsverbindungen ins Zentrum der Hansestadt. Außerdem lag die jährliche Zunahme der Bevölkerung stets über dem Landesdurchschnitt. Die meisten der neuen Bewohner kamen aus Hamburg, diese Entwicklung hielt auch in der folgenden Zeit an. In einem internen Papier der Kreisverwaltung wurde sogar von einem „Überlaufen“ der Hansestadt gesprochen. Um diesem Bevölkerungsdruck zu begegnen, plädierten die verantwortlichen Politiker für den massiven Bau von Siedlungen, möglichst unter der Federführung von im Kreisgebiet ansässigen Unternehmen. Doch nicht immer gelang es, das Engagement kapitalkräftiger Wohnungsbau-

gesellschaften aus Hamburg zu unterbinden.¹³ Gleichzeitig wurde im Kreis Pinneberg die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben forciert. Auf diese Weise konnte das Gewerbesteueraufkommen von 1949 bis 1960 bei anhaltend guter Konjunkturlage um mehr als 700 Prozent auf 23 Millionen DM gesteigert werden, ohne dass sich jedoch die finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden nachhaltig entspannte.¹⁴

Eines der ersten von der Lokalpolitik in Zusammenarbeit mit dem Land Schleswig-Holstein auf den Weg gebrachten Siedlungsbauprojekte war die Elbhochofer-Gartenstadt in Wedel. Mit den bereits 1952 aufgenommenen Planungen sollte die enorme Wohnungsnot in der holsteinischen Kleinstadt bekämpft werden. Besonders vordringlich war die Unterbringung jener Flüchtlinge, die es im Zuge der „inneren Umsiedlung“ nach Wedel verschlagen hatte, so dass vornehmlich Sozialwohnungen errichtet werden mussten. Als Bauträger fungierten die mehrheitlich landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Schleswig-Holstein sowie die „Neue Heimat“. Beide konnten große Erfahrungen auf dem Gebiet des öffentlich geförderten Wohnungsbaus vorweisen, mit der Schaffung von weiträumigen Grünanlagen oder von Spielmöglichkeiten für Kinder waren sie jedoch kaum jemals hervorgetreten.¹⁵ Die städtebauliche Gestalt der Siedlung basierte auf einem Ideenwettbewerb der Stadt Wedel. Auch namhafte Architekten wie Konstanty Gutschow und Hans Bernhard Reichow hatten einen Vorschlag eingereicht, ohne allerdings reüssieren zu können. Letztlich entstanden auf einer Fläche von etwa 40 Hektar rund 1700 Wohneinheiten, teils als ein bis drei Zimmer umfassende Mietwohnungen in bis zu fünfgeschossigen Wohnblocks, teils als Eigenheime in Form von Reihenhäusern mit Keller, Terrasse und je nach Haustyp auch mit einem Balkon. Den markantesten Punkt bildete ein zwölfstöckiges Hochhaus mit offenem Innenhof. Ursprünglich sollten fünf solcher Häuser gebaut werden, aber das Landesplanungsamt hatte dies zu verhindern gewusst.¹⁶

Gegen eine zu dichte Bebauung sprachen nach Ansicht der zuständigen Ministerialbeamten in Kiel vor allem die Interessen des Landschaftsschutzes. Darüber hinaus ließ sich die Aufsichtsbehörde von soziologischen Überlegungen leiten. In der Gartenstadt Elbhochofer sollten auf keinen Fall zu viele kinderlose Familien angesiedelt werden. Die in der Regel sehr kleinen Wohnungen in den vier zusätzlichen Hochhäusern wären jedoch nicht für eine andere Sozialform tauglich gewesen. Somit kam es zu einer Änderung des Bebauungsplans.¹⁷

Überhaupt nahm die Gestaltung der Außenanlagen bei dem Projekt in Wedel auffallend breiten Raum ein. Im Gegensatz zu früheren Vorhaben des Sozialen Wohnungsbaus setzten die Stadtplaner auf eine durchdachte Grünplanung, die trotz der nach wie vor relativ hohen Bebauungsdichte im Einklang mit den vorhandenen landschaftlichen Gegebenheiten stand. Als Leitbild dienten die Ideen der Gartenstadtbewegung.¹⁸ So wurden die zur Erschließung der Siedlung unverzichtbaren Autostraßen möglichst weit von den Häusern entfernt angelegt, zu den Eigenheimen führten lediglich kleine Wohnwege. Zudem mündeten sämtliche Querverbindungen, die in der Gartenstadt neu geschaffen werden mussten, auf den unter Landschaftsschutz stehenden Elbufer-Höhenweg, wo an besonders schön gelegenen Stellen begrünte Ruhe- und Aussichtsplätze eingerichtet wurden.¹⁹



Die Gartenstadt Elbhochufer in Wedel, etwa 1960

In diese vermeintliche Idylle sollten nach dem Willen der Stadtverwaltung nur sehr wenige Hamburger ziehen dürfen. Der Bürgermeister von Wedel, auf dessen Betreiben sich die Stadt hoch verschuldet hatte, um die Erschließungskosten für das Bauvorhaben aufzubringen, ließ große Sorgfalt bei der Auswahl

der künftigen Bewohner walten. In der Regel sollten die Käufer eines Reihenhauses ihren Arbeitsplatz in Wedel haben oder sich bereit erklären, ihn dorthin zu verlegen. Dasselbe galt für die potentiellen Mieter. Auf solch restriktive Weise hoffte der Bürgermeister nicht bloß eine Linderung der Wohnungsnot zu Gunsten der ausgebombten, geflüchteten und vertriebenen Menschen zu erreichen. Vielmehr wollte er zugleich die Zahl der in der Stadt wohnenden Pendler möglichst gering halten. Diese Politik kollidierte zwar mit den ökonomischen Interessen der Bauträger,²⁰ wusste sich aber im Einklang mit dem Ministerpräsidenten und machte Wedel für ansiedlungswillige Betriebe attraktiv, weil kein Mangel an Arbeitskräften herrschte, was in den fünfziger und frühen sechziger Jahren noch ein bedeutendes Kriterium darstellte. Vor allen Dingen wirkte jedoch die verlockende Aussicht motivierend, die Gewerbesteueereinnahmen der aufstrebenden Kleinstadt spürbar zu erhöhen.²¹

Das Landesplanungsamt hatte sich unterdessen eine differenziertere Betrachtungsweise zu Eigen gemacht. Auch wenn die gewerbliche Wirtschaft in Wedel durchaus Entwicklungspotential aufweise, müsse die Stadt als Trabant von Hamburg betrachtet werden, hieß es in einem Schreiben an die Wohnungsbau-gesellschaft Schleswig-Holstein. Wegen der günstigen Verkehrslage zur Hansestadt werde die Pendlerzahl, die heute bei 2000 Menschen pro Tag liege, auch in Zukunft weiter zunehmen, nicht zuletzt infolge der unmittelbar bevorstehenden Elektrifizierung der S-Bahn-Verbindung, wodurch sich die Fahrtzeit nach Hamburg-Altona auf 40 Minuten verkürzte.²²

Bis Anfang 1955 gingen bei den Bauträgern und der Stadtverwaltung von Wedel rund 1900 Bewerbungen für eine Unterkunft in der Elbhochufer-Gartenstadt ein, darunter 532 für die verhältnismäßig teuren Eigenheime und lediglich 27 für das Hochhaus, in dem es allein 119 Mietwohnungen gab. Am beliebtesten waren die Zwei- bis Zweieinhalb-Zimmer-Wohnungen in einem der mehrgeschossigen Blocks. Wer eine Unterkunft in der neu entstandenen Siedlung zugeteilt bekommen wollte, musste in der Regel lastenausgleichsberechtigt sein und ein Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau vorlegen können. Nach einer Vorprüfung kamen etwa 1000 Anträge für eine Zuteilung in Frage. Davon stammten 240 Bewerbungen aus Wedel, 58 aus dem Kreis Pinneberg und 564 aus dem übrigen Schleswig-Holstein. Aus Hamburg hatten sich nur 101 Interessierte beworben, ohne jedoch zunächst große Aussicht auf Erfolg zu haben.²³

Bei der Vergabe der zahlreichen Läden in der Gartenstadt Elbhochufer wurden Bewerber aus Hamburg offenbar sogar überhaupt nicht berücksichtigt. Es gab zwei Ladenzeilen mit einem umfassenden Waren- und Dienstleistungsangebot für den täglichen Bedarf der Bewohner. Außer einer Filiale der Konsumgenossenschaft „Produktion“ wurden ein Milch- und Feinkostladen, ein Obst- und Gemüsehandel und eine Drogerie eröffnet. In dem letztgenannten Geschäft gehörten zudem Farben und Tapeten zum Angebot. Daneben bestanden ein Friseur und ein Tabak- und Zeitschriftenladen, der auch Schulbedarf führte, sowie eine Nebenstelle der Post und eine Sparkassenfiliale. Selbst mehrere Ärzte ließen sich in der Siedlung nieder, insgesamt zwei Allgemeinmediziner und drei Zahnärzte.²⁴

Auf Dauer konnte der Zuzug von Pendlern aus Hamburg jedoch nicht verhindert werden. Laut Gutachten des Instituts für Gebietsplanung und Stadtentwicklung in Köln zogen viele Hamburger wegen der ruhigen Wohnlage nach Wedel. Außerdem waren die im Vergleich zur Situation in der Hansestadt relativ geringen Mietpreise attraktiv.²⁵ Nach einer Umfrage des Wedel-Schulauer Tageblatts aus dem Jahr 1964 gab es vielfältige Gründe, die zum Pendeln motivierten. Zentrale Bedeutung kam der größeren Stellenauswahl in Hamburg zu. Manche jüngeren Leute sahen die tägliche S-Bahn-Fahrt in die Innenstadt zudem als besonderes Erlebnis an, obwohl sich ihr Arbeitstag dadurch wesentlich verlängerte. Derweil erklärten fast genau zwei Drittel der Befragten, bloß notgedrungen zu pendeln. Nach eigenem Bekunden waren sie jederzeit bereit, eine Arbeitsstelle in Wedel anzunehmen, sofern dies ihren beruflichen Status nicht verschlechtert hätte.²⁶

Unabhängig davon erledigten zahlreiche Pendler ihre Einkäufe anfangs weiterhin in Hamburg, die zum kurzfristigen Verbrauch bestimmten Güter des periodischen Bedarfs wie Lebensmittel, Bücher, Papierwaren und Kosmetika wurden allerdings zunehmend in Wedel beschafft. Diese Entwicklung hatte auch eine soziale Dimension. Etliche der nicht erwerbstätigen Pendler-Ehefrauen nutzten den Besuch in einem Laden gezielt zur Kontaktpflege und zum Informationsaustausch. Daher wurden Arztbesuche und Bankgeschäfte zumeist bald ebenfalls in Wedel abgewickelt. Aperiodische Güter, speziell Kleidung, Elektroartikel und Möbel, kauften die Pendler nach wie vor im Zentrum von Hamburg, was sie mit vielen Wedelern verband. Zudem spielten die Einkaufsmöglichkeiten in Rissen, Blankenese, Altona und Osdorf eine Rolle. Diese

Stadtteile Hamburgs ließen sich leicht von Wedel aus erreichen. Gerade die großen Kaufhäuser im Zentrum der Hansestadt boten eine Angebotskonzentration, die in Wedel nicht zu finden war. Obendrein herrschte eine gewisse Anonymität, und der Kaufzwang hielt sich im Gegensatz zu kleineren Geschäften in Grenzen. Viele Konsumenten genossen dieses ungezwungene „Bummeln“. Die Mehrheit der in Hamburg einkaufenden Kunden fuhr übrigens mit der S-Bahn in die Innenstadt, in aller Regel wurde nur für längere Strecken oder für schwere Transporte auf ein privates Kraftfahrzeug zurückgegriffen.²⁷

In diesem Sinne äußerte sich auch eine 1928 geborene und bis zur Geburt ihrer Kinder in Wedel berufstätige Zeitzeugin, zu deren Lebensstil es gehörte, die Möglichkeiten der nahen Metropole wie selbstverständlich zu nutzen: „Doch in Wedel konnte man ganz, sehr gut einkaufen, aber wenn man was Besonderes wollte, dann fuhr man eben doch in die Stadt. Ganz am Anfang, als wir hier wohnten, habe ich dann zu meiner Vermieterin gesagt, ‚Ich geh mal eben in die Stadt.‘ Meinte aber nach Wedel rein. ‚Wieso, wollen Sie jetzt noch nach Hamburg?‘ ‚Nee‘, sag ich, ‚ich will nicht.‘ Ja hier heißt es, wenn man in die Stadt will, dann will man nach Hamburg. Ach, es war mitunter auch nur, dass man mal was anderes sah und mal was anderes hörte, und mal konditorn ging oder irgend so was. Doch, ich muss sagen, das haben wir eigentlich ganz gerne gemacht. Wir haben es sogar hin und wieder noch gemacht, als schon drei Kinder da waren, aber es war natürlich sehr umständlich.“²⁸

Während eine Fachzeitschrift das Bauprojekt in Wedel als besonders gelungenes Beispiel für eine Gartenstadt lobte, wurde der Elbhochufer-Siedlung von überregionalen Tageszeitungen jeder bauästhetische Sinn abgesprochen. Dem Bürgermeister galt derweil ausgerechnet das Hochhaus als Inbegriff von Modernität. Zugleich verglich er den architektonisch wie sozial fragwürdigen Bau in symbolischer Überhöhung mit einem mittelalterlichen Dom, an dem sich der zunehmende Wohlstand einer Stadt ablesen lasse.²⁹

Über den Komfort in der Gartenstadt Elbhochufer konnten sich die Bewohner in der Tat kaum beschweren. Gerade wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg stellten die modern ausgestatteten Bäder und Küchen in den Eigenheimen und Mietwohnungen zweifellos für viele eine Verbesserung im Vergleich zu ihren vorherigen Wohnverhältnissen dar, auch wenn noch mit Kohleöfen geheizt wurde.³⁰ Doch so ruhig und beschaulich, wie es sich die meisten Bewohner gewünscht hatten, sah der Alltag in der Siedlung nicht aus. Vor allem

das erst kürzlich massiv ausgebaute Kohlekraftwerk am Elbufer stand einem ungetrübten „Wohnen im Grünen“ dauerhaft im Wege. Auch der breite Schutzwall, der eigens zwischen der Gartenstadt und dem Industriegelände angelegt wurde, schützte die Anwohner bloß notdürftig vor Lärm-, Schmutz- und Geruchsbelästigungen. Häufig lagerte sich Ruß aus den Schornsteinen des Kraftwerks auf zum Trocknen aufgehängter Wäsche ab, und eine Zeit lang kam es sogar zu Störungen des Fernsehempfanges durch Kraftwerksanlagen.

Schon bald nach der Erweiterung des Kraftwerks gründete sich die Schutzgemeinschaft „Gartenstadt-Elbhochufer“, die eine umfangreiche Korrespondenz entfaltete, um die maßgeblichen Stellen auf die Belästigungen hinzuweisen. Die Interventionen der Bürgerinitiative ließen darauf schließen, dass ein Gemeinschaftsgefühl in der Siedlung entstanden war, obschon das Kohlekraftwerk lange nicht jeden Anwohner störte. Während sich die Stadtverwaltung von Wedel desinteressiert zeigte, gelangte die Schutzgemeinschaft im Laufe mehrerer Jahre durchaus zu konkreten Ergebnissen. Alle Schornsteine des Kraftwerks mussten erhöht und mit Rußfiltern versehen werden, und das Anlegen der Kohlefrachter durfte alsbald nur ohne den Einsatz akustischer Signale erfolgen. Ferner konnten einige Anwohner ihre Schadensersatzforderungen gegenüber der Kraftwerksbetreiberin durchsetzen. Offenbar beflügelt von diesen mitunter recht geringfügigen Errungenschaften wandelte sich die Schutzgemeinschaft mit der Zeit immer stärker zu einer Organisation mit umfassendem Kontrollanspruch. Von ihrem ursprünglichen Selbstverständnis als politisch handelnde Gruppierung war jedenfalls spätestens 1970 kaum noch etwas zu merken. Sämtliche Bewohner der Siedlung hatten den markigen Verlautbarungen der Bürgerinitiative zufolge vielmehr stets Ordnung in der Gartenstadt zu halten. Es wurde auf die restlose Beseitigung von Sperrmüll- und Baustoffabladungen geachtet, und der Pflanzenbewuchs sollte nur eine bestimmte Höhe haben, ansonsten werde der freie Blick auf die Elbe versperrt.³¹

Unterdessen achteten die Wohnungsbaugesellschaften auf die Einhaltung ähnlich straffer Regeln für die Gartengestaltung. Das „Wohnen im Grünen“, ohnehin schon durch das Kraftwerk in Frage gestellt, mittlerweile jedoch für viele Pendler zum festen Bestandteil ihres Lebensstils geworden, unterlag in Wedel strengen Vorgaben. Zwar gab es in der Elbhochufer-Gartenstadt zwischen den Grundstücken prinzipiell keine Zäune oder Hecken, zu den Straßen und Wohnwegen hin waren aber nach einer 1958 erlassenen Ortssatzung ein-

zig und allein Ligusterhecken erlaubt. Außerdem bekamen die in der Siedlung wohnenden Kinder oftmals Ärger mit der Hausverwaltung oder alternativ mit kleinlichen Nachbarn, wenn sie auf den frei zugänglichen Rasenflächen spielten, um sich nicht den Gefahren des auch in der Gartenstadt zunehmenden Straßenverkehrs auszusetzen. Zwischen den einzelnen Grundstücken wurden sogar letztlich so genannte Friedenswege angelegt. Dadurch konnten die Kellerzüge der Häuser erreicht werden, ohne ein fremdes Grundstück zu betreten. Zuvor war es häufiger zu Nachbarschaftsstreitigkeiten gekommen, etwa bei der Anlieferung von Kohlen. Ferner stellte die Ortssatzung detaillierte Vorschriften für bauliche Veränderungen auf, wodurch der Charakter der Gartenstadt bewahrt werden sollte. Demnach mussten sämtliche Gebäude hell verputzt bleiben und ihr Satteldach behalten. Anbauten und Nebengebäude wie Einzel- und Kellergaragen, Geräteschuppen oder Kleintierställe waren grundsätzlich nicht zulässig.³²

Im Jahr 1962 sorgte das Europoint-Projekt für Aufregung. Ein in Hamburg ansässiger Geschäftsmann plante, ein Veranstaltungszentrum mit einem 22-stöckigen Hotel am Rande der Gartenstadt Elbhochufer bauen zu lassen. Die Anwohner waren alarmiert, immerhin stand die Zerstörung des Landschaftsbildes zu befürchten. Binnen kürzester Zeit gingen mehr als 100 Einspruchsschreiben beim Stadtbauamt in Wedel ein. Auch die Schutzgemeinschaft „Gartenstadt-Elbhochufer“ engagierte sich. Die Proteste warnten mit wechselnder Akzentuierung vor den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen für das Siedlungsgebiet. Nicht bloß das Verkehrsaufkommen werde drastisch steigen, sondern auch die Grün- und Erholungsflächen am Elbufer seien in Gefahr. Immerhin stelle bereits das Kohlekraftwerk eine gewaltige Zumutung dar. Überdies forderten die Bewohner eine sorgfältige Abwägung zwischen privaten kommerziellen Interessen und den Belangen der Öffentlichkeit. Die vom Europoint-Betreiber gegebenenfalls zu entrichtende Gewerbesteuer summe sei jedenfalls beileibe nicht so hoch wie bislang angenommen.³³

Offensichtlich besaßen die Eigenheimbesitzer und Mieter in der Elbhochufer-Gartenstadt, denen es schließlich gelang, das Europoint-Projekt zu verhindern, durchaus ein gewisses Maß an Verantwortungsgefühl für ihre Siedlung. Es gewann allerdings immer nur dann an Gewicht, wenn persönliche Interessen bedroht waren. Ansonsten dominierten Lebensstile mit klar privatischer Ausrichtung, auch wenn gelegentlich Nachbarschaftsfeste stattfanden.

Man pflegte seinen Garten und verbrachte die Abende mit der Familie vor dem Fernseher im häuslichen Wohnzimmer. Wenn überhaupt, dann nahmen gerade die älteren Siedlungsbewohner am Kulturleben in Wedel teil, immerhin bot es für kleinstädtische Verhältnisse ein relativ abwechslungsreiches Programm. Manche der Eltern, die in der Gartenstadt lebten, engagierten sich zudem im Rahmen der Sportveranstaltungen ihrer Kinder, indem sie bei Wettkämpfen halfen oder sogar als Übungsleiter tätig waren. Derweil fuhren die Jugendlichen beinahe jedes Wochenende mit der S-Bahn oder dem Moped nach Hamburg, um dort ins Kino zu gehen oder sich anderweitig zu amüsieren. Ab und an fanden in der Elbhochufer-Siedlung auch private Feiern statt, einige Nachbarn beschwerten sich dann jedoch regelmäßig wegen nächtlicher Ruhestörung. Trotz des etwa um 1970 einsetzenden Verlusts an Einkaufsmöglichkeiten und der Schließung von Bank- und Postfiliale konnte Wedel niemals ernsthaft als reine „Schlafstadt“ von Hamburg gelten. Die meisten der langjährigen Bewohner leben noch heute gern in der Siedlung am Elbhochufer, auch weil sich im Laufe der Zeit gute Kontakte zwischen den Pendlern und den übrigen Anwohnern ergeben haben.³⁴

Bereits in den fünfziger und sechziger Jahren waren es vor allen Dingen junge Ehepaare mit gehobenem oder mittlerem Einkommen, die in ein Eigenheim im suburbanen Raum zogen. Mit der Entscheidung, in der Großstadt zu arbeiten und „im Grünen“ an der Stadtperipherie zu wohnen, ging oftmals der Wunsch einher, eine Familie zu gründen. Die Gründe für diese Entwicklung waren vielfältig, wie sich auch mit Blick auf die Oelting-Siedlung in Quickborn zeigen lässt. Erstens gab es im Umland von Hamburg erschwingliches Bauland. In der Elbmetropole wurde der Wohnraum unterdessen immer knapper, nicht zuletzt wegen der zunehmenden Ausbreitung des Dienstleistungssektors, weshalb die ohnehin schon hohen Immobilienpreise weiter anstiegen. Zweitens hofften die jungen Paare in der Regel auf eine Verbesserung ihrer Wohnbedingungen, verbunden mit einem Zuwachs an Lebensqualität. Oftmals fanden die neuen Umlandbewohner jedoch eine im Vergleich zur Kernstadt wesentlich schlechtere Infrastruktur vor. Speziell die Möglichkeiten der Kinderbetreuung ließen im suburbanen Raum lange zu wünschen übrig, zudem mussten die Pendler höhere Mobilitätskosten in Kauf nehmen. Drittens spielte das Sozialprestige der präferierten Wohn- und Lebensform eine Rolle. Wer sich ein Eigenheim kaufte, galt in der bundesrepublikanischen Leistungsgesellschaft seit

jeher als erfolgreich, hatte es zu etwas gebracht. Außerdem besaß der neue Wohnort vielfach ein positives Image im Freundes- und Bekanntenkreis. Viertens konnten biographische Prägungen zum Tragen kommen. Manch ein junges Paar hatte seine Kindheit und Jugend im „Speckgürtel“ von Hamburg verbracht, war zu Ausbildungszwecken in die Hansestadt gezogen, verspürte aber noch immer eine enge Bindung an den suburbanen Raum. Gelegentlich wurde auch das Elternhaus übernommen oder zumindest auf dem elterlichen Grundstück gebaut.³⁵

Die Auswahl des Wohnorts richtete sich jedoch wahrscheinlich ebenso häufig nach der zufälligen Lage der Wunschimmobilie, letztlich dürfte eine Kombination aus verschiedenen Faktoren entscheidend gewesen sein. Besonders große Bedeutung hatte die staatliche Unterstützung, die von den künftigen Eigenheimbesitzern in Anspruch genommen werden konnte. Abgesehen von den großzügigen Programmen des Sozialen Wohnungsbaus gab es noch vor der Einführung von Eigenheimzulage und Pendlerpauschale eine Reihe von Förderungsmöglichkeiten. Hervorzuheben ist vor allem die Eigenheimförderung aufgrund des Zweiten Wohnungsbaugesetzes von 1956, das so genannte Familienheimgesetz, von dem insbesondere die Angestellten profitierten.³⁶

Die bereits angesprochene Oelting-Siedlung wurde ab 1959 errichtet. In der ländlichen Gemeinde Quickborn, in einem Achsenzwischenraum nordöstlich der Stadt Pinneberg gelegen, hatte es bis dahin nicht einmal ein zusammenhängendes Wasser- und Kanalisationsnetz gegeben. Neben mehreren Eigentumswohnungen wurden überwiegend Einzelhäuser gebaut. Weil die in ganz Norddeutschland aktive Firma Oelting bei der Bauausführung offenbar an der Qualität sparte, dauerte es nur wenige Monate, bis die Siedlung fertig gestellt war. Insgesamt entstanden 260 Wohneinheiten. Die Grundstücke waren deutlich größer als die in der Gartenstadt Elbhochufer in Wedel, ebenso wie das Bauland kosteten auch die Eigenheime in Quickborn nicht allzu viel, jedenfalls im Vergleich zu anderen Neubau-Gebieten.³⁷

Trotzdem fiel den Käufern die Finanzierung ihrer Häuser oftmals schwer. Diese Erfahrung machten gerade junge Familien, meistens hatten sie lange nach geeignetem Bauland gesucht. Eine Zeitzeugin berichtete, dass sie die Umgebung von Hamburg mit ihrem Mann regelrecht abgegrast habe: „Wir fuhrten von Wedel über Rissen nach Aumühle und Reinbek, von Farmsen über Volksdorf nach Ahrensburg und Bargtheide, aber entweder gefiel uns das angebo-



Oelting-Siedlung in Quickborn, errichtet ab 1959

tene Haus oder das Grundstück oder beides nicht, oder wir konnten es nicht bezahlen.“³⁸ Letztlich entschieden sich viele Familien für die Oelting-Siedlung. Die meisten schätzten die dörflichen Atmosphäre, die Anfang der sechziger Jahre noch in Quickborn herrschte. Besonders die Kinder verbrachten ihre Tage vornehmlich im Freien, konnten sie doch relativ gefahrlos auf der Straße oder in einem nahen Moorgebiet spielen, für gewöhnlich zwischen freilaufenden Hühnern. Der weit verbreitete Traum von einem ruhigen Leben auf dem Lande mit einem hohen Maß an Selbstbestimmung schien für etliche dieser jungen Familien durchaus in Erfüllung zu gehen. Allerdings hatte das im Gegensatz zur Elbhochofer-Siedlung in Wedel verhältnismäßig ungestörte „Wohnen im Grünen“ seinen Preis. Hohe Abzahlungsbelastungen zwangen die Eigenheimkäufer üblicherweise zu langfristigen Konsumverzicht. Größere Anschaffungen und teure Urlaubsreisen waren in diesen schwierigen Anfangsjahren kaum zu finanzieren.³⁹

In der Regel blieb die Organisation des Umzuges an den Frauen hängen. Dazu kamen die Behördengänge. Gleichzeitig hatten speziell die Ehefrauen der Pendler einen mehrfachen Bruch in der Lebensführung zu verkraften. Die Familiengründung ging damals beinahe zwangsläufig mit dem Ausstieg aus der Erwerbsarbeit einher. Dies erhöhte nicht nur die finanzielle Belastung durch den

Eigenheimkauf, sondern erforderte auch die Akzeptanz einer veränderten Rolle. Zudem standen die Frauen unter dem latenten Druck, sich auf die neue Umgebung mit deren oftmals mangelhaften Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen einzulassen, ganz zu schweigen von dem spärlichen Freizeitangebot. Das Leben der Männer verlief derweil kontinuierlicher, ihre sozialen Bezüge veränderten sich trotz der Last des regelmäßigen Pendelns weniger gravierend. Im Unterschied zur weiblichen Erfahrungswelt blieben ihnen vor allem die gewohnten Kontakte im beruflichen Umfeld erhalten. Von den Problemen im suburbanen Raum bekamen die Familienväter kaum etwas mit. Indem sie nahezu täglich zwischen Stadt und Umland pendelten, bewegte sich das Gros von ihnen sozusagen in zwei verschiedenen Welten. Eine Ausnahme stellte nur das Wochenende dar. Die Folge war eine gewisse Entfremdung vom Alltag der Frauen. Wenn die Männer abends nach einem langen Arbeitstag nach Hause kamen, waren sie erholungsbedürftig. Häufig fanden sie gerade einmal Zeit, um sich mit ihren Kindern zu beschäftigen.⁴⁰

Wegen des knappen Zeitbudgets interessierten sich die Neubürger nur bedingt für die Sport- und Kulturangebote an ihrem Wohnort. Noch seltener war aktives Engagement in einem der örtlichen Vereine oder etwa in der Kommunalpolitik. Die Familie stand im Vordergrund, ob in Quickborn oder Wedel: Der Wunsch nach ungestörter Häuslichkeit dominierte. Ein solcher Lebensstil war nicht allein für die verheirateten Pendler charakteristisch, sondern konnte unabhängig vom Familienstand bei den meisten Zugezogenen beobachtet werden. Deswegen ließ sich die in Quickborn ohnehin stärker als in Wedel ausgeprägte Distanz zu den alteingesessenen Bewohnern der Gemeinde lange nur schwerlich überwinden, was mit der vorherrschenden Einzelhausbebauung in Verbindung gestanden haben mag.⁴¹

Ein in Quickborn verwurzelter Zeitzeuge, an prominenter Stelle im kommunalen Vereinswesen aktiv, beschrieb die Situation folgendermaßen: „Ja, oder man sprach denn eben, wenn einer im Gesangsverein war, denn sprach er irgendwelche an und sagte, ‚Komm doch mal mit oder so‘. Ja, und denn blieb man eben dabei, nicht. Und denn hatte man ein-, zweimal im Jahr vielleicht irgendwie eine Veranstaltung sowieso, auch ne Weihnachtsfeier oder sonst irgend eine Feier. Es waren denn vielleicht nur so kleine Clubs, aber man fühlte sich eben aufgehoben. Und da waren denn auch also Leute, Zugereiste, das war denn eben ein, ja also Gemisch. Also aus den Siedlungen und überall her,

auch von denen, die hier zugezogen waren, das ergab sich denn eigentlich so, nicht. Aber ein Zusammenhalt, das hat das in Quickborn eigentlich nie gegeben.“⁴²

Unterdessen nahm die Einwohnerzahl Quickborns in den zehn Jahren seit 1961 um gut 55 Prozent zu. Schließlich waren in der Gemeinde 14 641 Personen gemeldet.⁴³ Neben Einfamilienhäusern wurden gegen Ende der sechziger Jahre verstärkt große mehrstöckige Wohnblocks gebaut. Mit der wachsenden Bevölkerungszahl stiegen auch die Anforderungen an das Einkaufs-, Bildungs- und Freizeitangebot; gerade die Neubürger erwarteten von ihrem Gemeinwesen eine qualitativ hochwertige Infrastruktur. Außer Lebensmittelgeschäften, einer modernen Tankstelle und weiteren Läden für den täglichen Bedarf entstanden mehrere Kindergärten und Schulen. Bereits 1961 gab es ein Freibad mit Liegewiese. Zudem wurden im Laufe der Zeit eine Rollschuhbahn, ein Tenniscenter, eine Minigolfanlage und ein Schießstand geschaffen. Hiervon profitierten nicht zuletzt jene Alteingesessenen, die ihr vormals agrarisch genutztes Land im Zuge der Baumaßnahmen lukrativ verkaufen konnten – die so genannten Millionen-Bauern. Je mehr Siedlungsprojekte allerdings in Quickborn zum Abschluss kamen, desto knapper wurde die Ressource, wegen der es viele Bewohner einst in den suburbanen Raum gezogen hatte. Die Zersiedlung der Landschaft schritt auch im Umfeld der Oelting-Siedlung voran, quasi unberührte Naturräume wurden nach gesellschaftlichen Bedürfnissen modelliert. Insgesamt hielten sich die Einschnitte in die gewachsenen dörflichen Strukturen aber noch in Grenzen, weshalb die Lebensqualität in der Gemeinde überdurchschnittlich hoch blieb.⁴⁴

So konnte eine 1975 anlässlich der Stadtwerdung von Quickborn herausgegebene Broschüre durchaus zu Recht behaupten, dass sich der Ort von einer ländlichen Großgemeinde zu einem modernen Gemeinwesen entwickelt habe, ohne jedoch eine „Stadt aus der Retorte“ zu sein. Der aufwändig gestalteten Werbe-Broschüre zufolge handelte es sich bei Quickborn vielmehr um eine „junge Stadt im Grünen“, gleichzeitig wurde die verkehrsgünstige Lage zu Hamburg mit allen Vorzügen einer Metropole betont. Über die Bausünden der siebziger Jahre, die im krassen Gegensatz zur überwiegenden Einzelhausbebauung standen, hieß es derweil eher beiläufig: „Einige markante Geschosßbauten bilden dazwischen Schwerpunkte und lockern das Stadtbild auf.“ Demgegenüber zeugten die nachfolgenden Bemerkungen über das Kulturleben

in Quickborn von größerer Offenheit. In dem „Wohn-Erholungsort“, so die Broschüre ebenso sprachkreativ wie idealisierend, gebe es zwar für alle Generationen ein gutes Freizeitangebot, zur Befriedigung höchster kultureller Ansprüche müsse allerdings besser die nahe Großstadt aufgesucht werden.⁴⁵

Während Quickborn vor allem Wohnbevölkerung anzog und nur bedingt Industrie- und Gewerbebetriebe zu verzeichnen hatte, vollzog sich in der Stadt Pinneberg eine andere Entwicklung. Die Zeiten, in denen der einstmals sehr kleine Ort als idyllisches „Pensionopolis“ von Hamburg galt, waren bereits seit dem frühen 20. Jahrhundert vorbei,⁴⁶ was nicht zuletzt mit der günstigen Achsenlage des Gemeinwesens zusammenhing. Nach 1945 erlebte Pinneberg, das als Mittelzentrum vielfältige Funktionen für das gesamte Kreisgebiet zu erfüllen hatte, einen lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Dennoch zeigte sich der Magistrat nie ganz zufrieden, denn es bestand stets ein beträchtliches Missverhältnis zwischen der Höhe der Gewerbesteuererinnahmen und den zahlreichen Pendlern, die in der Stadt leben wollten und dadurch hohe Kosten verursachten.⁴⁷

Als Reaktion auf den enormen Wohnraumbedarf setzte in den sechziger Jahren ein massiver Bauboom in Pinneberg ein. Von 1960 bis 1973 stieg die Einwohnerzahl um etwa 10 000 Personen. Obwohl die Stadtverwaltung mehrere vorübergehende Baustopps anordnete, um die rasante Bevölkerungsentwicklung in den Griff zu bekommen, wurden in relativ kurzer Zeit allein 25 Hochhäuser errichtet, deutlich mehr als in vergleichbaren Städten in Schleswig-Holstein. Diese Bauform galt ähnlich wie einige Jahre zuvor in Wedel als besonders zeitgemäß, bis heute wird das Stadtbild von ihr bestimmt. Im Jahr 1961 hatte das Pinneberger Tageblatt den beginnenden Hochhausbau noch ohne erkennbares Gespür für soziale Probleme als „städtebauliche Pioniertat am Rande der Stadt“ gefeiert. Eines der Hochhäuser wurde von den Journalisten allerdings schon damals gern als „Junggesellen-Silo“ bezeichnet, immerhin gab es dort auf zehn Geschossen nicht weniger als 80 Ein-Zimmer-Wohnungen. Die Funktionalität eines Gebäudes stand eindeutig im Vordergrund. Ob ein Haus durch eine interessante Architektur hervorstach oder landschaftlich reizvoll „im Grünen“ lag, spielte zumeist keine bedeutende Rolle.⁴⁸

Speziell in Thesdorf, seit 1928 ein Stadtteil von Pinneberg, wurden in konzentrierter Form etliche mehrgeschossige Häuser gebaut. Im Unterschied zu Quickborn oder auch zur Gartenstadt Elbhochufer in Wedel entstanden in dem

bis zur Mitte der sechziger Jahre überwiegend durch Baumschulen geprägten Ort kaum Eigenheime. Sobald die Baupläne öffentlich geworden waren, mehrten sich die Proteste der langjährigen Bevölkerung. Viele Alteingesessenen befürchteten die Zerstörung ihrer ländlichen Idylle. Die allmähliche Verstädterung Thesdorfs rief jedoch durchaus auch Zustimmung hervor, schließlich profitierten die Anwohner von einer frühzeitig im Zuge der Baumaßnahmen realisierten Brücke über die Eisenbahnstrecke von Hamburg nach Pinneberg. Infolgedessen verkürzten sich die Wege beträchtlich, denn zuvor war das Dorf durch die Schließung sämtlicher Bahnübergänge zu Gunsten des S-Bahn-Ausbaus in zwei Teile zerrissen worden.⁴⁹

Der Wohnblockbau in Thesdorf erfolgte im Wesentlichen in zwei großen Siedlungsgebieten, die fast ineinander übergingen. Im Jahr 1967 beschloss die Ratsversammlung von Pinneberg, zunächst den Bau von rund 500 Wohnungen voranzutreiben. Außer einigen zur Auflockerung gedachten Einzelhäusern sollten vor allen Dingen sechs dreigeschossige Wohnblocks und drei achtgeschossige Hochhäuser errichtet werden. Obwohl der Beschluss mit großer Mehrheit gefasst wurde, traten während der Debatte massive Differenzen innerhalb der SPD-Ratsfraktion zu Tage. Mehrere Sozialdemokraten warnten vor der Errichtung einer leblosen Trabantenstadt, anderen konnte die Bebauung überhaupt nicht hoch genug sein. Der parteilose Bürgermeister von Pinneberg richtete seinen Blick derweil auf das städtebauliche Gesamtgefüge, keinesfalls dürfe ein konturloser „Siedlungsbrei“ entstehen. Letztlich führten diese Bedenken aber nicht zu einer veränderten Baupolitik.⁵⁰

Bereits die Konzeption dieses ersten Siedlungsbauprojekts wies erhebliche Schwächen auf. Familiengerecht waren die vornehmlich ohne staatliche Förderungsmittel geschaffenen Wohnungen in Thesdorf jedenfalls nicht. Dafür hatten sie in aller Regel eine viel zu kleine Grundfläche. Überdies fand die in Pinneberg häufiger anzutreffende Befürchtung, dass wegen der hohen Mieten nur finanzkräftige Hamburger in die neuen Häuser einziehen könnten, rasch Bestätigung. Lediglich etwa 40 Prozent der Wohnungen wurden schließlich von schon lange in Pinneberg lebenden Menschen belegt.⁵¹

Im Jahr 1969 begann die Erschließung des zweiten Siedlungsgebietes in Thesdorf, und zwar direkt an dem unlängst eröffneten Bahnhof. Finanziert von einem aus Hamburg stammenden Investor wurden zwei Punkthochhäuser errichtet. Das höhere von ihnen besaß 16 Stockwerke. Parallel dazu entstanden

mehrere Wohnblocks, in denen es zahlreiche Eigentumswohnungen gab. Die Lage der Siedlung war aufgrund der Nähe zur S-Bahn gerade für Pendler ungewöhnlich attraktiv. Nicht zuletzt deswegen betrachtete die Ratsversammlung von Pinneberg das monumentale Häuser-Ensemble, ungeachtet der Befindlichkeiten der alteingesessenen Thesdorfer, als reizvolle und konzentrierte Anlage, die wegen ihrer Differenzierung der Baukörper nach Anordnung und Höhe besteche.⁵²

Die Siedlung am Bahnhof wurde als Wohn- und Einkaufszentrum konzipiert. Bewusst unternahmen die verantwortlichen Planer den Versuch, eine möglichst umfassende Infrastruktur zu schaffen. Auf einer Fläche von insgesamt 3000 Quadratmetern waren nicht bloß eine Bäckerei und ein Lebensmittelgeschäft zu finden, sondern auch mehrere Arztpraxen und eine Apotheke. Zudem wurde der zunehmenden Motorisierung der Bevölkerung konsequent Rechnung getragen, immerhin hatte sich die Zahl der privaten Kraftfahrzeuge in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdreifacht, befördert durch steuerliche Vorteile für pendelnde Arbeitnehmer, die seit 1955 in den Genuss einer Entfernungspauschale kamen.⁵³ Neben einer zweigeschossigen Tiefgarage für die Siedlungsbewohner wurde ein Park-and-Ride-Platz gebaut. Er musste schon bald auf die doppelte Kapazität vergrößert werden, denn etliche Pendler aus Rellingen, Uetersen und anderen Nachbargemeinden nutzten den Parkplatz, um von dort in die S-Bahn umzusteigen. Auf diese Weise konnten sie den in Hamburg regelmäßig auftretenden Verkehrsstaus und einer langwierigen Parkplatzsuche in der Innenstadt entgehen. Infolgedessen war die Siedlung in Thesdorf oftmals zugeparkt. Das für die bundesrepublikanische Verkehrspolitik konstitutive Leitbild „Freie Fahrt für freie Bürger“, das als Gegenreaktion zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie stark ausgeprägte Bedürfnis nach Mobilität, Selbständigkeit und persönlichen Ausdrucksmöglichkeiten, das in einem neuen Lebensgefühl kulminierte, ließ sich offenkundig nicht mehr ohne weiteres realisieren.⁵⁴ Gerade die Anwohner von Thesdorf, die etwas früher nach Hause kamen, mussten lange suchen, bevor sie einen Parkplatz für ihr Auto fanden, zumal die Tiefgarage rasch überbelegt war. Die Fixierung auf den motorisierten Individualverkehr bereitete immer mehr Probleme, dennoch blieb die Entwicklung wirksamer Gegenkonzepte aus. So wurde der ambitionierte Plan, eine unterirdische Bushaltestelle mit einer Rolltreppe als Verbindung zum S-Bahnhof anzulegen, nicht in die Tat umgesetzt, was auch finanzielle Gründe hatte.⁵⁵

Als die Bauarbeiten fast abgeschlossen waren, stilisierte die Pinneberger Zeitung die neue Siedlung zu einer „hochmodernen Wohn- und Einkaufsmaschinerie aus Beton, Glas und Stahl“. Den Maisonette-Wohnungen in dem 16-stöckigen Hochhaus vermochte das Blatt sogar „Pariser Charme“ abzugewinnen. Alles in allem sei eine „kleine Stadt auf der grünen Wiese“ entstanden.⁵⁶

Diese affirmative Berichterstattung konnte jedoch nicht verdecken, woran es in der Siedlung fehlte: Es gab kaum öffentliche Erholungsmöglichkeiten, obgleich 1973 ein Hallenbad neben dem Thesdorfer Bahnhof eröffnet wurde. Bis dahin hatten vor allem die weniger mobilen Altersgruppen unter dem spärlichen Freizeitangebot zu leiden. Speziell Kinder, Jugendliche und Senioren waren überwiegend auf ihr näheres Wohnumfeld angewiesen. Der einzige Kinderspielplatz der Siedlung umfasste aber nur wenige Quadratmeter und befand sich überdies auf dem unzureichend gesicherten Flachdach eines Heizhauses, so dass ständig Absturzgefahr bestand. Mehrere Versuche, diesen Planungsfehler zu beheben, scheiterten am Desinteresse der meisten Anwohner. Deshalb blieb das Problem für mehr als ein Jahrzehnt virulent. Wenngleich in Thesdorf letztlich weniger Großwohnbauten als vorgesehen entstanden, herrschte in den beiden Neubau-Siedlungen offensichtlich kein sonderlich gutes Wohnklima. Den

Jugendlichen bot sich allerdings immerhin die Möglichkeit, einen nahe gelegenen Sportplatz in einem anderen Stadtteil von Pinneberg zu nutzen. Ein gewachsenes Vereinswesen, das auch jugendspezifische Angebote beinhaltete, existierte in Thesdorf im Unterschied zu Quickborn nicht. Dafür war das Dorf bis zu seiner Eingemeindung zu klein gewesen, was bei den häufig motorisierten Erwachsenen die Orientierung nach Hamburg verstärkte.⁵⁷ Angesichts dessen beschränkten sich die Nachbarschaftskontakte auf das Notwendigste; der insbesondere für Hochhäuser typischen Anonymität konnte nur schwerlich begegnet werden. Die Bemühungen zweier Rentner, das Gemeinschaftsleben in der Siedlung am Bahnhof durch eine regelmäßig stattfindende Kaffeerunde zu fördern, zeitigten jedenfalls keinen durchschlagenden Erfolg. Auch die Theaterbesuche und Ausflüge, die eine Zeit lang von den beiden Senioren organisiert wurden, fanden nur wenig Interessierte. Nicht bloß die pendelnden Männer, sondern generell die jüngeren Siedlungsbewohner hatten wichtigeren Verpflichtungen nachzukommen. Der schwach ausgeprägte soziale Zusammenhalt resultierte vermutlich zudem aus der hohen Fluktuation der Anwohner, die für die Siedlungen in Thesdorf charakteristisch war. Alles dies konnte jedoch kaum darüber hinwegtäuschen, dass sich die an engen nachbarschaftlichen Beziehungen interessierten Rentner einem undifferenzierten Gemeinschaftsideal verschrieben hatten. Ihre Homogenisierungsbemühungen verkannten die Unverbindlichkeit der meisten Sozialkontakte und den transitorischen Charakter des Lebens im suburbanen Raum. Außerdem kollidierten sie in letzter Konsequenz mit den Grundprinzipien einer pluralistischen Gesellschaft, die in den siebziger Jahren immer stärker an Bedeutung gewannen.⁵⁸

Wie die Betrachtung der verschiedenen Siedlungsbauprojekte in Wedel, Quickborn und Thesdorf deutlich macht, besaß Hamburg als Metropole seit jeher Magnetwirkung. Gleichzeitig erfreute sich das möglichst citynahe „Wohnen im Grünen“ ungebrochener Beliebtheit. Die Bewohner des suburbanen Raumes, ob neu zugezogen oder alteingesessen, waren in der Regel einerseits bestrebt, den Belastungen und Risiken der Großstadt zu entgehen. Auf der anderen Seite mochten sie die Vorteile, die Hamburg ihnen bot, unter keinen Umständen missen. Besonderes Gewicht fiel in diesem Zusammenhang den erheblich besseren Einkaufsmöglichkeiten zu. Aperiodische Güter wurden für gewöhnlich in der Hansestadt erworben. Unterdessen hing die Bereitschaft, die Metropole für eine Kulturveranstaltung aufzusuchen, stark von den persönli-

chen Interessen, der bis nach Hamburg zu überwindenden Entfernung und dem zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel ab. Ins Auge fallen zudem die Unterschiede zwischen Städten mit historisch gewachsenem Zentrum und reinen Neubaugebieten ohne nennenswerte Dorf- oder Kleinstadtbinding. So war das Kulturleben in Wedel um einiges vielfältiger als das in Thesdorf, das trotz seiner Nähe zu Pinneberg obendrein unter einem kaum entwickelten Vereinswesen litt.

Mittelfristig brachte der sich aus vielen Faktoren speisende Wunsch, am Rande einer Großstadt „im Grünen“ zu wohnen, eine paradoxe Situation hervor. Der Bau der zahlreichen Siedlungen im Hamburger Umland reduzierte beständig jene Ressource, die ursprünglich der Grund für den Umzug gewesen war. In der Folge bildeten die vormals nahezu unberührten Landschaften gerade im nördlichen Ballungsraum der Hansestadt zunehmend Inseln in einem dichten Siedlungsgefüge. Diese Entwicklung führte bereits früh zu kulturpessimistischen Kommentaren, die unter anderem in der weit verbreiteten Rede von der „Zersiedlung“ ihren Ausdruck fanden. Manche Kritiker hielten das ungestörte Wohnen in „grüner“ Umgebung sogar grundsätzlich für eine Utopie. Im Gegensatz zu solch einseitigen Thesen ließ sich die je nach Siedlung beträchtlich divergierende Lebensqualität nicht von der Hand weisen. Offensichtlich erlebten die Anforderungen, die an das „Wohnen im Grünen“ gestellt wurden, unter dem Eindruck von zeitbedingten Bedürfnissen mehrere signifikante Wandlungen. Während in Wedel angesichts der Kriegsfolgen zunächst der Soziale Wohnungsbau dominierte und die Kraftwerksnähe der Elbhochufer-Gartenstadt tolerierbar erschien, entstanden in der Oelting-Siedlung in Quickborn vorwiegend Eigenheime. Die Tendenz zu repräsentablen Grundstücksflächen war hier unübersehbar. In Thesdorf überwogen dagegen knapp 20 Jahre später funktionalistische Überlegungen, was zum Bau von wenig durchgrüneten Großwohnanlagen führte.

Der Einfluss der jeweiligen Siedlungsform auf die Lebensstile der unterschiedlichen Anwohner hielt sich wahrscheinlich in Grenzen. Auffällig ist hingegen die grundsätzliche Dominanz bestimmter Arbeits-, Konsum- und Freizeitmuster im Umland von Hamburg, die sich teilweise erst im Zuge der beschriebenen Suburbanisierungsprozesse herausbildeten. Für eine tiefer gehende Analyse etwa der Lebensstile von Pendlern und ihrer Ehefrauen bedarf es allerdings noch weiterer Forschungen. Soweit bislang ersichtlich ist, verbreiter-

te sich der Erfahrungshorizont der einzelnen Menschen im suburbanen Raum seit den fünfziger Jahren zusehends, ähnlich wie in der Stadt und womöglich im Laufe der Zeit immer unabhängiger von dem ausgeübten Beruf und anderen sozialen Hierarchien. Die vor allem infolge der Massenmotorisierung neu erschlossenen Landstriche wurden aber im Regelfall nur punktuell wahrgenommen. Individuelle Raumordnungsmuster, so genannte *Mental Maps*, dienten in einer sich beständig weiter partikularisierenden Lebenswelt zusammen mit ritualisierten Tagesabläufen der Orientierung – auf dem Weg zum Arbeitsplatz, zur Ausbildungsstätte oder zu den jeweils präferierten Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen. Gemeinsame Bezugspunkte verloren an Bedeutung, und der vergrößerte Aktionsradius der persönlichen Raumerfahrung trug vermutlich zu einer Diversifizierung der Lebensstile bei, die nicht zuletzt alteingesessenen Bewohnern zu schaffen machen konnte, wenn sich ihr suburbaner Wohnort in eine expandierende Stadtrandgemeinde verwandelte.

Anmerkungen

- 1 Siehe die Einleitung von Tilman Harlander u. a. (Hg.): *Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland*. Stuttgart/München 2001, S. 11. Die Entwicklung in dem nordöstlich von Hamburg gelegenen Kreis Herzogtum Lauenburg untersuchen Hildegard Ballerstedt/William Boehart: *Herrschaftliche Zeiten. Zur Geschichte der Villenviertel in Wentorf*. Schwarzenbek 2000. Vgl. dagegen Adelheid von Saldern: *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*. Bonn 1995, S. 45 ff.
- 2 *Statistisches Handbuch für den Hamburgischen Staat*. Ausgabe für 1920. Hg. vom Statistischen Landesamt. Hamburg 1921, S. 12. Siehe zudem Werner Jochmann: *Handelsmetropole des Deutschen Reiches*. In: ders. (Hg.): *Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner*. Bd. 2: *Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*. Hamburg 1986, S. 27 ff.
- 3 Siehe, für zahlreiche Beispiele aus dem Umland von Hamburg, Jörn Weinhold: *Die Stadtrandsiedlung*. In: Alexa Geisthövel/Habbo Knoch (Hg.): *Orte der Moderne. Erfahrungswelten des 19. und 20. Jahrhunderts*. Frankfurt/M./New York 2005, S. 183 ff., sowie Wulf Tessin: *Der Traum vom Garten – ein planerischer Alptraum? Zur Rolle des Gartens im modernen Städtebau*. Frankfurt/M. 1994, S. 40 ff.
- 4 Siehe Kerstin Siebenborn-Ramm: *Die „Butenhamberger“*. Kriegsbedingte Migration und ihre Folgen im und nach dem Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1996, S. 90 ff. und 222 ff., sowie Evelyn Glensk: *Die Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hamburg 1945–1953*. Hamburg 1994, S. 117 ff. Daneben gibt es eine Reihe von lokalen Betrachtungen, oftmals ohne wissenschaftlichen Anspruch, etwa Waldemar Giesbrecht: *Neue Heimat in Ammersbek. Zur Eingliederung der Ausgebombten, Flüchtlinge und Vertriebenen in Hoisbüttel*. [Ammersbek] 1993, oder Liselotte Groppe: *Hasloh – Unsere Dorfgeschichte*. Bönningstedt 1989, besonders S. 63.
- 5 *Norddeutsche Nachrichten*, 4. November 1955.

- 6 Siehe Hans Speckter: 50 Jahre Landesplanung im Niederelbegebiet. In: Die Stadt und ihre Region. Stuttgart/Köln 1962 [1957], S. 150ff., und Gerd Petersen: Entwicklungsplanung: Probleme, Ziele, Maßnahmen. In: Der Kreis Pinneberg. Lebensraum – Wirtschaftsraum – Verwaltungseinheit. Oldenburg 1975, S. 15ff.
- 7 Protokoll über die Arbeitsbesprechung der Landesplanungen Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Wedel am 10. Januar 1955 (Stadtarchiv Wedel, B 2, 1705.4). Siehe Tilman Harlander: Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik. In: Ingeborg Flagge (Hg.): Geschichte des Wohnens. Bd. 5: 1945 bis heute – Aufbau, Neubau, Umbau. Stuttgart 1999, S. 261 ff., sowie Detlev Ipsen: Das Verhältnis von Stadt und Land im historischen Wandel. In: ders. (Hg.): Stadt und Region – StadtRegion. Dokumentation einer Tagung am 3. und 4. November 1994 in Kassel. Frankfurt/M. 1995, besonders S. 16ff.
- 8 Siehe Rolf Peter Siefert: Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt. München 1997, S. 17 ff., und Albrecht Lehmann: Landschaftsbewußtsein. Zur gegenwärtigen Wahrnehmung natürlicher Ensembles. In: Rolf Wilhelm Brednich/Annette Schneider/Ute Werner (Hg.): Natur – Kultur. Volkskundliche Perspektiven auf Mensch und Umwelt. München u. a. 2001, S. 147 ff. Speziell zum Umland von Hamburg siehe Norbert Fischer: Modellierete Natur. Zur Modernisierung der Landschaft im 20. Jahrhundert. In: ebd., S. 317 ff.
- 9 Zum Erfahrungsbegriff siehe Karin Hartewig: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt [nicht] darin um“, sondern macht eine Erfahrung! Erfahrungsgeschichte als Beitrag zu einer historischen Sozialwissenschaft der Interpretation. In: Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte. Hg. von der Berliner Geschichtswerkstatt. Münster 1994, S. 110ff., und Reinhart Koselleck: „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien [1976]. In: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. 3. Aufl. Frankfurt/M. 1995 [1979], S. 354 ff.
- 10 Siehe Anke Wahl: Die Veränderung von Lebensstilen. Generationenfolge, Lebenslauf und sozialer Wandel. Frankfurt/M./New York 2003, S. 32 ff., sowie den instruktiven Aufsatz von Johann Jessen: Suburbanisierung – Wohnen in verstädterter Landschaft. In: Harlander: Villa und Eigenheim, S. 326 f. Konzeptionell anregend sind ferner die methodischen Überlegungen von Ulf Matthiesen (Hg.): An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Suburbanisierungsprozesse, Milieubildungen und biographische Muster in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Opladen 2002, S. 25 ff.
- 11 Landkreis Pinneberg im Untereiberaum. Hg. vom Kreis Pinneberg. Brilon 1955, S. 7 ff. (Zitat ebd., S. 9).
- 12 Ebd., S. 9. Zur Bedeutung des Gewerbesteuerenausgleichs siehe Franz-Josef Hessing: Gewerbesteuerenausgleich und Raumordnung. Eine ländervergleichende Untersuchung des Gewerbesteuerenausgleichs. Bad Godesberg 1963, S. 4 ff.
- 13 Statistische Übersicht, ohne Verfasserangabe: Der Kreis Pinneberg 1939 und 1959 (Kreisarchiv Pinneberg, H 200-021.21, 1258).
- 14 Siehe Walter Berßin: Die Wirtschaftsförderung im Kreise. In: Der Kreis Pinneberg. Geschichte – Landschaft – Wirtschaft. Oldenburg 1962, S. 230, und vgl. Werner Abels-häuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004, S. 294 ff.
- 15 Vgl. Horst Metzner: Die WOBAU. Geschichte eines Wohnungsbauunternehmens in Schleswig-Holstein. Bd. 1. [Kiel 1993], S. 94 ff., und Manfred Fuhrich: Wohnungsversor-

- gung als sozialer Auftrag. Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen am Beispiel der Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat. Berlin 1984, S. 321 ff.
- 16 Für eine umfassendere Darstellung siehe Barbara Scharf: Die Gartenstadt Elbhochufer – Planen, Bauen, Wohnen. In: Beiträge zur Wedeler Stadtgeschichte Bd. 6 (2004), S. 9 ff., sowie: Stadt an der Elbe, Marsch und Geest. Ein Heimatbuch zur 750-Jahrfeier. Hg. im Auftrage der Stadt Wedel durch Curt Brauns. Wedel 1962, S. 169 ff. Zur Tätigkeit von Gutschow und Reichow im Dienste des NS-Regimes siehe Werner Durth: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970. 3., durchges. Aufl. Braunschweig/Wiesbaden 1988, S. 171 ff.
 - 17 Aktenvermerk des Kreisbauamtes über eine Besprechung mit den Herren Dr. Keil und Dr. Dalldorf, Landesplanungsamt Schleswig-Holstein, 29. Dezember 1953 (Stadtarchiv Wedel, B 2, 2149.1).
 - 18 Einen facettenreichen Überblick bietet der Sammelband von Franziska Bollerey/Gerhard Fehl/Kristiana Hartmann (Hg.): Im Grünen wohnen – im Blauen planen. Ein Lesebuch zur Gartenstadt. Hamburg 1990.
 - 19 Erläuterungsbericht der Wohnungsbaugesellschaft Schleswig-Holstein über die Gartenstadt Elbhochufer Wedel, 22. Januar 1954 (Stadtarchiv Wedel, B 2, 2149.3).
 - 20 Der Direktor der WOBAU übte in einer Magistratssitzung zum Beispiel ausdrücklich Kritik an dem Vorgehen des Bürgermeisters. Protokoll über die 10. Sitzung des Magistrats der Stadt Wedel in Anwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten am 10. August 1955 (Stadtarchiv Wedel, B 2, 1682.13).
 - 21 Niederschrift über die Sitzung des Unterausschusses für das Bauvorhaben Elbhochufer am 24. September 1954 sowie am 6. September 1955 (Stadtarchiv Wedel, S 12, 90/15). Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt siehe Hans-Walter Schmuhl: Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002: zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt. Nürnberg 2003, S. 409 ff.
 - 22 Landesregierung Schleswig-Holstein, Der Ministerpräsident, Landesplanung, gez. Dr. Dalldorf, an die Wohnungsbaugesellschaft Schleswig-Holstein GmbH, 18. Januar 1954 (Stadtarchiv Wedel, B 2, 2149.1).
 - 23 Niederschrift über die Sitzung des Unterausschusses für das Bauvorhaben Elbhochufer am 10. März 1955 (Stadtarchiv Wedel, S 12, 90/15). Siehe außerdem Scharf: Die Gartenstadt Elbhochufer, S. 41 f., und: Stadt an der Elbe, Marsch und Geest, S. 173 f.
 - 24 Niederschrift über die Sitzung des Unterausschusses für das Bauvorhaben Elbhochufer am 10. März 1955 (Stadtarchiv Wedel, S 12, 90/15). Siehe Scharf: Die Gartenstadt Elbhochufer, S. 46 ff. Aufschlussreich war auch das Zeitzeugeninterview mit Karl-August Rohweder, Wedel, 24. August 2005.
 - 25 Gutachten zur Stadtentwicklung für die Stadt Wedel (Holstein). Eine Untersuchung im Auftrage der Stadt Wedel, durchgeführt von Wolfgang Mathias, Wolf Werdigier und Jürgen Winter. Köln 1974, S. 36 f.
 - 26 Wedel-Schulauer Tageblatt, 12. August 1964.
 - 27 Gutachten zur Stadtentwicklung für die Stadt Wedel, S. 64 ff. und 71 ff.
 - 28 Zeitzeugeninterview mit Gertrud Eller, Wedel, 10. August 2005.

- 29 Siehe Carsten Dürkob: *Wedel. Eine Stadtgeschichte*. Eutin 2000, S. 210ff, und auch: *Die Welt*, 13. Mai 1955; *Flensburger Tageblatt*, 9. Juni 1955; *Wedel-Schulauer Tageblatt*, 14. Januar 1958.
- 30 Siehe Scharf: *Die Gartenstadt Elbhochufer*, S. 43f.
- 31 Korrespondenz und Rundschreiben der Schutzgemeinschaft „Gartenstadt-Elbhochufer“ seit 1962 (Stadtarchiv Wedel, S 4, 1946.2 und 1947.1). Siehe auch Scharf: *Die Gartenstadt Elbhochufer*, S. 51.
- 32 Siehe ebd., S. 36ff.
- 33 *Wedel-Schulauer Tageblatt*, 5. Januar 1963; Schutzgemeinschaft „Gartenstadt-Elbhochufer“: Einspruch gegen den Bebauungsplanentwurf Nr. 25 der Stadt Wedel, 28. Dezember 1962 (Stadtarchiv Wedel, S 4, 1949.11). Siehe auch Dürkob: *Wedel*, S. 226ff.
- 34 Zeitzeugeninterview mit Gertrud Eller, Wedel, 10. August 2005, und mit Karl-August Rohweder, 24. August 2005. Siehe zudem Scharf: *Die Gartenstadt Elbhochufer*, S. 44ff., sowie Axel Schildt: *Der Beginn des Fernsehzeitalters: Ein neues Massenmedium setzt sich durch*. In: ders./Arnold Sywottek (Hg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Ungekürzte, durchges. u. akt. Studienausgabe. Bonn 1998 [1993], besonders S. 482ff.
- 35 Diese Zusammenfassung basiert im Wesentlichen auf den bislang im Rahmen des DFG-Projektes „Suburbane Erfahrungsräume: Das nördliche Umland Hamburgs von den fünfziger Jahren bis in die siebziger Jahre“ durchgeführten Zeitzeugeninterviews. Sie werden nach Abschluss des Forschungsprozesses in der „Werkstatt der Erinnerung“ der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg archiviert, um dort zugänglich zu sein.
- 36 Siehe Klaus von Beyme: *Wohnen und Politik*. In: *Flagge: Geschichte des Wohnens*, S. 102ff.
- 37 Siehe: *Die Oelting-Siedlung im Dichterviertel. Zeitzeugen berichten*. Hg. von der Geschichtswerkstatt der Volkshochschule Quickborn. [Quickborn] 2001, S. 30ff. Zeitzeugeninterview mit Fritz Winter, Quickborn, 17. August 2005.
- 38 *Die Oelting-Siedlung im Dichterviertel*, S. 72.
- 39 Siehe ebd., S. 47f., 56ff. und 73f. Zeitzeugeninterview mit Emil Ehrenstein, Quickborn, 19. August 2005. Für eine umfassendere Perspektive siehe Clemens Zimmermann: *Wohnungspolitik – Eigenheime für alle?* In: *Harlander: Villa und Eigenheim*, S. 344.
- 40 Siehe: *Die Oelting-Siedlung im Dichterviertel*, S. 62ff., und vgl. Merith Niehuss: *Familie, Frau und Gesellschaft. Studien zur Strukturgeschichte der Familie in Westdeutschland 1945–1960*. Göttingen 2001, insbesondere S. 214ff.
- 41 Zeitzeugeninterview mit Gertrud Eller, Wedel, 10. August 2005. Siehe auch Axel Schildt: *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*. Hamburg 1995, S. 110ff.
- 42 Zeitzeugeninterview mit Fritz Winter, Quickborn, 17. August 2005.
- 43 *Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, zusammengestellt vom Statistischen Landesamt, Regionalstatistische Grunddaten, Nr. 2*, 26. April 1972.
- 44 Interne Aufstellung des Kreisbauamtes Pinneberg, Abteilung Planung, 16. Oktober 1972 (Kreisarchiv Pinneberg, 64-168). Siehe Jürgen Hühne/Gert Willner/Herbert Lau: *Quickborn – ein Stadt-Bild*. Norderstedt 1984, S. 60ff.

- 45 Quickborn – die junge Stadt im Grünen. Hg. von der Stadt Quickborn in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverein Quickborn e.V. Heide [1975], ohne Paginierung.
- 46 Pinneberg als „Pensionopolis“. Ein Fremdenführer aus der Zeit der Jahrhundertwende mit zeitgenössischen Bildern neu illustriert von Herbert Lorenz. Rellingen 1985, insbesondere S. 15 ff.
- 47 Siehe: Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet. Rückblick und Ausblick. Hg. von der Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft des Kreises Pinneberg m.b.H. Pinneberg 1967, S. 50, sowie Günter Pape: Pinneberg – ein heimatgeschichtlicher Abriss. Pinneberg 1975, S. 100 ff.
- 48 Siehe Wolfgang J. Domeyer: „Hoch hinaus“ – Hochhausbau ab 1960. In: Pinneberg – historische Streiflichter. Das Buch zur Serie „Pinneberger Geschichte(n)“ im Pinneberger Tageblatt. Hg. von der Volkshochschule der Stadt Pinneberg. Pinneberg 2003, S. 344 ff. (beide Zitate ebd.).
- 49 Pinneberger Tageblatt, 7. Januar 1953, 15. Februar 1961 und 20. November 1965.
- 50 Pinneberger Tageblatt, 30. Januar 1967 (Zitat ebd.). Vgl. Walter Richter: Erinnerungen. 25 Jahre Kommunalpolitik. [Pinneberg] [1974], S. 445 ff.
- 51 Siehe Domeyer: „Hoch hinaus“ – Hochhausbau ab 1960, S. 347 f.
- 52 Siehe ebd., S. 348.
- 53 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Hg. vom Statistischen Bundesamt. Stuttgart/Mainz 1961, S. 359, sowie 1971, S. 321. Siehe Dietmar Klenke: „Freier Stau für freie Bürger“. Die Geschichte der bundesdeutschen Verkehrspolitik 1949–1994. Darmstadt 1995, S. 35 f.
- 54 Siehe ebd., S. 36 ff.
- 55 Pinneberger Zeitung, 24. April 1969, 15. Oktober 1977 und 10. Oktober 1980; Pinneberger Tageblatt, 25. April 1977 und 26. Juli 1985. Zeitzeugeninterview mit einem während des Siedlungsbaus in Thesdorf aktiven Kommunalpolitiker, Pinneberg, 30. August 2005.
- 56 Pinneberger Zeitung, 15. Oktober 1977.
- 57 Protokoll der Ratsversammlung in Pinneberg, 23. April 1969; Sitzungsprotokoll des Umweltausschusses, 15. Mai 1979 (beide über das Stadtarchiv Pinneberg zugänglich); Zeitzeugeninterview mit einem während des Siedlungsbaus in Thesdorf aktiven Kommunalpolitiker, Pinneberg, 30. August 2005.
- 58 Pinneberger Zeitung, 23. Juni 1979 und 1. Oktober 1982. Vgl. Elisabeth Pfeil: Zur Kritik der Nachbarschaftsidee. In: AfK 2 (1963), S. 43 ff., und siehe Peter Klös: Nachbarschaft: Neue Konzepte – alte Sehnsüchte? In: Heinz Schilling (Hg.): Nebenan und Gegenüber. Nachbarn und Nachbarschaften heute. Frankfurt/M. 1997, S. 18 ff.
- 59 Siehe Kevin Lynch: Das Bild der Stadt. Frankfurt/M./Berlin 1965 [1960], S. 107 ff., und Beatrice Ploch: Die Symbolisierung der eigenen Welt. Das Raumorientierungsmodell als Schlüssel zu den Mental Maps. In: Heinz Schilling/dies. (Hg.): Region. Heimaten der individualisierten Gesellschaft. Frankfurt/M. 1995, S. 153 ff.

Täter vor Gericht

Ost- und westdeutsche Prozesse gegen die Verantwortlichen für die Deportationen¹

Wie hat das Nachkriegsstrafrecht auf die Deportation der deutschen Juden reagiert? Und warum war die Ahndung von Deportationsverbrechen so defizitär? Darum geht es in diesem Vortrag.

Er basiert dabei auf Erkenntnissen, die in dem seit 1963 an der Universität Amsterdam laufenden Forschungsprojekt „Justiz und NS-Verbrechen“ gewonnen worden sind. Im Rahmen dieses Projekts ermitteln wir die einschlägigen Strafverfahren aus West- und Ostdeutschland, lassen uns die Urteile schicken, lesen und bearbeiten sie, und veröffentlichen sie anschließend. Außerdem beschreiben wir alle Verfahren nach einem einheitlichen Modell mit einer Reihe von tat-, täter- und opferbezogenen Merkmalen.

Auf der Grundlage dieser – digitalisierten – Urteile und Verfahrensbeschreibungen² kann man mit einem adaptierten Erschließungsprogramm Vergleiche und Berechnungen anstellen. Innerhalb einer Minute weiß man auf diese Weise, wie die Strafverfolgung z. B. von Judentötungen durch die deutsche Wehrmacht verlaufen ist; oder von NS-Richtern und Staatsanwälten; oder von dem Personal der Vernichtungslager. Oder, wie für diesen Vortrag von Bedeutung, welche Verfahren wegen der Deportation von Juden aus Deutschland stattgefunden haben und wie diese ausgegangen sind.

Ohne Anklage kein Urteil – Prioritäten in der Strafverfolgung

Allerdings geht es in diesem Vortrag nicht nur um die Deportationsverfahren. Denn der Ablauf dieser Verfahren lässt sich nicht isoliert, sondern nur als

Teil der *gesamten Strafverfolgung von NS-Verbrechen* erklären. Und dabei ist auch die ostdeutsche Strafverfolgung wichtig, weil mit ihr verdeutlicht werden kann, warum die Deportationsverfahren – in West *und* Ost – weitgehend gescheitert sind. Zum Teil liegt das an den Strafurteilen, also an den Richtern. Weit wichtiger ist aber die Ermittlung und Anklage, also die Tätigkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft. Denn ob Straftaten bestraft werden, hängt entscheidend davon ab, ob die Polizei die Ermittlung aufnimmt und die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt. Ohne polizeiliche Ermittlung keine Anklage, ohne Anklage kein Urteil und ohne Urteil keine Strafe.

Zwar gibt es in Deutschland – und gab es auch 1945 – den so genannten Strafverfolgungszwang. Laut Gesetz dürfen „verurteilungsfähige“ Straftaten nicht unermittelt und unverfolgt zur Seite gelegt werden. Aber: Gesetze beschreiben keine Wirklichkeit. Sie stellen Verhaltensnormen auf, sie liefern Vorschriften. Ein Gesetz sagt, wie es sich die Wirklichkeit *wünscht*. Im Leben werden jedoch nicht alle Wünsche erfüllt und nicht alle Vorschriften befolgt. So ist es auch beim Strafverfolgungszwang. Alles Strafbare ermitteln und verfolgen kann man nicht. Polizei und Justiz setzen deshalb – auch heute – ständig und in allen Staaten Prioritäten. Was im täglichen Angebot an Straftaten eine niedrige Priorität hat, hat gute Chancen, unermittelt und damit unverfolgt und unbestraft zu bleiben. Es kommt für die Bestrafung also entscheidend auf die Prioritäten in der Strafverfolgung, auf die Auswahl, auf die so genannte *Strafverfolgungsausrichtung* an.

Das galt umso mehr für das kriminelle Erbe des „Dritten Reichs“ – ein Erbe, das nicht nur die Judenvernichtung, sondern auch noch abertausende anderer Verbrechen umfasste und damit derart umfangreich war, dass es – auch wenn Polizei und Justiz 1945 in einem unzerstörten Land gelebt hätten und voll arbeitsfähig gewesen wären – nie in dem Sinne hätte gemeistert werden können, dass alle an den NS-Verbrechen beteiligten Personen hätten vor Gericht gestellt werden können.

Eine Auswahl war somit 1945 unumgänglich. Wie sah sie aus? Und was wurde dabei aus den Deportationen?

Für die Deportationen erwartet man eigentlich eine hohe Priorität. Denn es ist schwerlich zu übersehen, dass der quantitativ und qualitativ größte Verbrechenkomplex des NS-Regimes die Judenvernichtung ist und dass in diesem Komplex die Deportation eine entscheidende Rolle spielt. Denn die Deportation

war für das Naziregime insofern unerlässlich, als es sich scheute, die Massenvernichtung in Deutschland an Ort und Stelle durchzuführen. Für die Ermordung der deutschen Juden war die Deportation somit eine *conditio sine qua non*. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, dass diejenigen, die sich in Deutschland der Deportation entziehen konnten, in aller Regel überlebten. Man würde also erwarten, dass gerade den Deportationen eine hohe Priorität bei der Verfolgung von NS-Verbrechen eingeräumt worden wäre, zumal die Deportationen am Gerichtsort und vor aller Augen durch unschwer zu ermittelndes Gestapopersonal durchgeführt worden waren. Das Vorgehen war also bekannt, und es ergaben sich keine großen Ermittlungsschwierigkeiten. Auch waren die Opfer durchweg Deutsche, so dass das bis 1950 für die deutsche Justiz geltende Verbot der Verfolgung von NS-Verbrechen an nicht-deutschen Opfern kein Hindernis darstellte. Die deutsche Justiz konnte nach der Kapitulation also gleich mit der Strafverfolgung beginnen.

Aber was geschah ?

Hamburg und Westdeutschland

Im Gerichtsbezirk Hamburg werden in den ersten 15 Nachkriegsjahren, also bis 1960, wegen NS-Tötungsverbrechen 21 Verfahren gegen 53 Angeklagte durchgeführt. Die Masse dieser Verfahren verteilt sich recht gleichmäßig über drei Tatkomplexe: *Denunziation mit Todesfolge, Tötungsverbrechen in Gefängnissen und KZs und Verbrechen der letzten Kriegstage*. Nur neun der 53 Angeklagten werden wegen des Todes von Juden angeklagt: zwei Angeklagte wegen der Denunziation einer jüdischen Frau in Hamburg, und die sieben anderen Angeklagten wegen Judentötungen im Ausland: in den Ghettos von Stanislaw und Stryj in Ostgalizien, im KL Riga, KL Görlitz und auf einem Sägewerk in Petrikau in Polen³. Von diesen neun Angeklagten werden zwei Angeklagte freigesprochen, zwei bekommen lebenslänglich, die übrigen fünf bekommen zwischen 6 Monaten und 6 Jahren Haft. Ein einziges Hamburger Verfahren befasst sich mit Tötungsverbrechen der Hamburger Gestapo⁴, aber nur solche der Abt.IIa, also von politischen Gegnern. Dass die Gestapo auch mit Juden zu tun hatte, ergibt sich aus den Hamburger Strafverfahren nicht. Deportationsverfahren gibt es keine.

Zum Teil erklärt sich dies daraus, dass die Täter bei Kriegsende tot oder verschollen waren. Hauptgrund ist aber, dass der Judenmord in diesen ersten 15 Nachkriegsjahren bei der Hamburger Justiz keine Priorität hatte.

Das ist allerdings keine Hamburger Spezifität. Es entspricht vielmehr dem westdeutschen Trend jener Jahre. Bis Ende 1948, also nach 3-jähriger Verfolgungstätigkeit, waren in ganz Westdeutschland nur sieben Verfahren wegen Tötungsverbrechen mit jüdischen Opfern durchgeführt worden⁵. Sechs davon waren isolierte Einzelfälle, die sich in Deutschland abgespielt hatten. In nur einem Verfahren gegen einen Angeklagten ging es um Massenvernichtungsverbrechen. Die Vernichtungslager waren auch nach 1948 für die westdeutsche Justiz kein Thema: bis 1960 wurden lediglich zwei Männer aus Auschwitz, zwei aus Sobibor und einer aus Treblinka verurteilt⁶.

Auch mit außerhalb von Vernichtungslagern begangenen Judentötungen befasste sich bis 1960 nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der Verfahren: 21 %. Die Drahtzieher, die Schreibtischtäter wurden kaum belangt, und Massenvernichtungsverbrechen nicht gerade überzeugend verfolgt. Über 50 % aller Verfahren beschäftigten sich mit der Tötung von Deutschen, die sich in den letzten Kriegsmontaten der Fortführung des Krieges widersetzt hatten. Knapp zwei Prozent aller westdeutschen Verfahren betrafen Judendeportationen.

Die Juden wurden bekanntlich aus ganz Deutschland deportiert. Welche Deportationstatorte waren in den ersten 15 Nachkriegsjahren Gegenstand eines west- oder ostdeutschen Verfahrens?

Übersicht 1: Tatort der Deportationsverfahren bis 1960

	BRD	DDR
Unter-, Mittel- und Oberfranken	3	
Breslau		1
Düsseldorf	2	
Frankfurt/M	1	1
Hechingen/Haigerloch	1	
Köln	1	
Plauen		1
Stuttgart	1	
Weimar	1	
Zwickau		1
insgesamt	10	4

Es kann zwar nicht ausgeschlossen werden, dass in diesen Zahlen nicht alle bis 1960 durchgeführten Deportationsverfahren enthalten sind. Aber selbst wenn die Zahl der Verfahren doppelt so hoch gewesen wäre, wäre sie angesichts der Anzahl der an diesen Deportationen Beteiligten ungewöhnlich niedrig, zumal pro Verfahren im Durchschnitt nur 3 Angeklagte abgeurteilt wurden.

Geht man von diesen 14 Verfahren aus, dann zeigt sich, dass bis 1960 sämtliche Deportationen aus den heutigen Bundesländern Hamburg, Bremen, Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und dem Saarland, sowie aus Baden und Ober- und Niederbayern ungeahndet geblieben sind.

Gründe für die lückenhafte Ahndung des Judenmordes bis 1960

Wie ist dies zu erklären? In der westdeutschen Rechtsprechung lesen wir mit schöner Regelmäßigkeit, dass es eigentlich nur vier Betreiber des Judenmordes gegeben hat: Hitler, Himmler, Heydrich und Göring. Beruhigenderweise alle tot. Und dass dieser Mord dann, gut abgeschirmt, von einem recht kleinen Kreis zur Ausführung gelangte. Das entspricht nicht den Tatsachen. Für den Judenmord bedurfte es – wie mit Recht in der ostdeutschen Rechtsprechung hervorgehoben wird⁸ – *eine[r] Vielzahl von an verschiedenen Orten tätigen Einzelpersonen ..., deren zielgerichtetes, abgestimmtes und arbeitsteiliges Zusammenwirken erst den verbrecherischen Gesamterfolg herbeiführen konnte.* In die Judenverfolgung waren, kurzum, viele als Betreiber oder Profiteure verstrickt: Handel und Industrie, Wehrmacht und SS, Orts-, Provinzial- und Reichsverwaltung, die Reichsbahn sowie Polizei und Justiz. Wen wundert es, so sagen nun viele, dass in einem Staat wie Westdeutschland, in dem diesen Leuten nicht nachhaltig ihre Positionen und ihr Einfluss genommen worden waren, die Ahndung der Judenverfolgung nicht vom Fleck kam?

Ganz anders – so würde man erwarten – in der DDR. Denn dort gab es natürlich auch Nazis, aber an entscheidender, einflussreicher Stelle saßen sie nicht. Schon bald nach Kriegsende wurden Alt-Nazis aus Polizei, Staatsanwaltschaft und Richterschaft entfernt. Die an ihrer Stelle tretenden so genannten Volksrichter waren anfangs, schon wegen ihrer Kurzausbildung, juristisch gesehen keine reine Freude. Nazis aber waren sie bestimmt nicht. Und es gab eine nicht unerhebliche Zahl von Juden an prominenter Stelle in der SED, in der Verwaltung und in der Justiz, z. B. im Oberlandesgericht Dresden und im Obersten Gericht der DDR.

Aber: Die ost- und westdeutsche Strafverfolgung unterscheiden sich kaum. Das Bild der DDR ist sogar noch ein klein wenig trauriger.

Übersicht 2: Die Verfolgung von NS Tötungsverbrechen bis zum Jahre 1960 in Westdeutschland und der DDR

	BRD	DDR
Opfer Juden	21 %	18 %
Massenvernichtungsverbrechen	8 %	5 %
Schreibtischverbrechen	1 %	0,6 %
Deportationsverfahren	2 %	0,5 %

Das bedrückende Verfolgungsdefizit bei der Judenvernichtung kann somit nicht – oder wenigstens nicht primär – den bräunlichen Gesellschafts- und Machtverhältnissen der frühen Bundesrepublik zugeschrieben werden. Denn anscheinend ist die Judenverfolgung der Justiz *beider* deutschen Staaten weitgehend egal. Anscheinend – denn bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass dies so pauschal nicht zutrifft. Allein in Westdeutschland werden in den ersten Nachkriegsjahren fast 2700 Personen wegen Ausschreitungen gegen Juden in der „Reichskristallnacht“ ins Gefängnis geschickt⁹. Man sollte die „Kristallnacht“-Verbrechen nicht klein reden – es haben dabei bekanntlich auch eine Reihe von Juden den Tod gefunden – aber im Vergleich zu den Judenvernichtungsverbrechen der vierziger Jahre sind es doch fast Lappalien. Da man eine Auswahl treffen musste, hätte man erwarten können, dass die Verbrechen der „Kristallnacht“ zunächst einmal beiseite gelegt worden wären und die Justiz sich voll auf die organisierte Judentötung und damit auch auf die Deportationen konzentriert hätte. Warum geschah das nicht?

Der Grund ist ein banaler: Weil die Justiz bei dem kriminellen Erbe des Dritten Reiches nach einem traditionellen, auf die tägliche Durchschnittskriminalität zugeschnittenen Ermittlungsmuster vorgegangen ist. Dieses Muster ist aber für Staats- und Massenverbrechen dieser einmaligen Art denkbar ungeeignet.

Das traditionelle Ermittlungsmuster und seine Folgen

Wie sieht das traditionelle Ermittlungsmuster aus? Welche Gegebenheiten bestimmen die Ermittlung? Hier seien die vier wichtigsten genannt:

1. In der normalen Ermittlungspraxis ermittelt man grundsätzlich die Taten, die im *eigenen Gerichtsbezirk* begangen worden sind. Die Judentötungen hatten aber gerade außerhalb Deutschlands, also in keinem deutschen Gerichtsbezirk stattgefunden. Die wenigen Judentötungsverfahren der ersten 15 Jahre sind dann auch Zufallstreffer, fast immer die Folge einer Anzeige gegen einen im Gerichtsbezirk wohnhaften Angeklagten. Eine systematische Ermittlung der Judentötungen lösten sie aber nicht aus.

2. Dann ermittelt man üblicherweise gegen diejenigen, die *mit dem Verbrechen erkennbar in Verbindung gestanden* haben: gegen den eigenhändigen Täter und den tatnahen Gehilfen. Je weiter ein bestimmtes Handeln von dem strafbaren Endergebnis entfernt ist, desto größer die Chance, dass man seine Bedeutung dafür übersieht. Die Deportationen befinden sich – optisch – aber am Rande des Mordgeschehens.

3. Bei ihrer Tätigkeit handeln Polizei und Staatsanwaltschaft weitgehend *reaktiv*: sie reagieren auf Anzeigen oder auf Straftaten, die in ihrem Amtsbezirk ans Tageslicht kommen. Aktiv auf der Suche nach unbekanntem Straftaten gehen sie in aller Regel nicht. Anzeigen wurden aber nur selten erstattet. Die meisten Opfer waren tot. Von den Überlebenden kehrten nur wenige nach Deutschland zurück. Anzeigen aus dem Umkreis der Täter sind ausgesprochen selten – meistens die Folge von Ehescheidungen oder Erbaueinandersetzungen.

4. Und schließlich müssen Polizei und Justiz in einem bestimmten Verhalten auch *eine Straftat erblicken*. Bei den klassischen Straftaten – Mord, Totschlag, Eigentumsdelikten etc. – ist das nicht schwer, es gehört quasi zur Routine, aber dass eine staatliche Verwaltungstätigkeit auf einmal ein Verbrechen darstellen sollte – dafür war man in den ersten Nachkriegsjahren weit weniger sensibilisiert. So wird die „Reichskristallnacht“ in der Form klassischer Straftaten – Körperverletzung, Raub, Brandstiftung und Landfriedensbruch – in großem Stil geahndet. Die Strafbarkeit der Deportationen drängt sich aber weit weniger auf, zumal kriegs- und besatzungsbedingte Aussiedlungen in jener Zeit nicht unüblich waren. Zur Einsicht zu gelangen, dass diese Deportationen den ersten, unverzichtbaren Beitrag zur Judenermordung bildeten, war vor dem Hintergrund der traditionellen Erfahrungen weit schwieriger, zumal es eines in der normalen Praxis bis 1945 überhaupt nicht gab: *den verbrecherischen Staat*, die höchsten Staatsorgane als das Herz einer auf Verbrechen schlimmster Art

und größten Ausmaßes ausgerichteteten kriminellen Vereinigung. Damit hatten Polizei und Staatsanwaltschaft keine Erfahrung, darauf war ihre Arbeitsweise nicht ausgerichtet. Ein Wissen, wie solche Kriminalität effektiv und angemessen zu ahnden war, hatte ihnen bis anno 1945 niemand vermittelt. So hat die Strafjustiz bis 1960 das Reichssicherheitshauptamt, das Herz der Judenvernichtung und sonstiger Naziverbrechen, einfach übersehen.

Dass die Justiz die Deportationen als unerlässlichen Tatbeitrag zur Vernichtung der deutschen Juden tatsächlich weitgehend verkannt, dass sie den Deportationen gewissermaßen hilflos gegenübergestanden hat, lässt sich mit einem Beispiel aus der Justizpraxis verdeutlichen.

Fast alle Deportationsverfahren wurden durch Ermittlungen wegen anderer, „klassischer“ Straftaten wie Aussageerpressung und Körperverletzung ausgelöst. Von da aus stieß man – manchmal – auf die Deportationen und bezog diese dann in die Strafverfolgung ein, wenngleich nicht immer. Das zeigt in aller Deutlichkeit ein ostdeutsches Urteil aus dem Jahre 1950. Beim ostdeutschen Landgericht Meiningen wird ein Frankfurter Gestapobeamter abgeurteilt. Elf Jahre bekommt er wegen Misshandlung, Bedrohung und Einweisung in KZs von Bibelforschern, Geistlichen und Gegnern des NS-Regimes. Auch war er an der Frankfurter Judendeportation beteiligt. Das ist aber laut Gericht nicht strafbar. *„Einer besonderen strafbaren Handlung im Falle der Zwangsevakuierung der Frankfurter Juden im Jahre 1941“, sagt das Gericht, „konnte der Angeklagte ... nicht überführt werden. Er hat wohl als Polizeibeamter befehlsgemäß dabei mitgewirkt, eine selbständige Tätigkeit hat er hierbei aber nicht ausgeführt“¹⁰.* Dass eine solche Teilnahme zumindest als Beihilfe zur Freiheitsberaubung, wenn nicht sogar als Mordbeihilfe strafbar ist, geht dem Gericht nicht auf.

Dass das kolossale Verfolgungsdefizit der ersten 15 Nachkriegsjahre auf diesen banalen Gründen beruhte, vermögen viele kaum zu glauben. Sie wollen wissen, ob es für diesen Erklärungsansatz Beweise gibt. Die gibt es tatsächlich. Denn was passierte danach?

Was eine andere Ermittlungsmethodik bewirkt

Ende der fünfziger Jahre wird klar, dass gerade die großen, im Ausland verübten NS-Verbrechen von der deutschen Justiz weitestgehend ungeahndet geblieben sind. Daraus ziehen beide deutschen Staaten ihre Konsequenzen. Mit der bisherigen traditionellen Ermittlungsmethodik wird gebrochen. Die Ermitt-

lung von NS-Verbrechen wird den Besonderheiten der NS-Kriminalität angepasst und dazu *systematisiert, professionalisiert und zentralisiert*. Man konzentriert sich auf die größten Verbrechen. Personal und Aktenmaterial von Vernichtungslagern, Einsatzgruppen und Polizeibataillonen werden jetzt zentral und systematisch durchgeprüft. In Westdeutschland ist dafür die Zentrale Stelle in Ludwigsburg zuständig, in der DDR die Abteilung IX/11 des Ministeriums für Staatssicherheit. Dies führt zu einschneidenden Veränderungen in der Verfolgungsausrichtung beider deutscher Staaten:

Übersicht 3: Die Verfolgung von NS Tötungsverbrechen seit 1960 in Westdeutschland und in der DDR

	BRD	DDR
<i>Tatland Ausland</i>		
Verfahren bis 1960	19 %	19 %
Verfahren ab 1960	79 %	83 %
<hr/>		
<i>Opfer Juden</i>		
Verfahren bis 1960	21 %	18 %
Verfahren ab 1960	72 %	65 %
<hr/>		
<i>Massenvernichtungsverbrechen</i>		
Verfahren bis 1960	8 %	5 %
Verfahren ab 1960	56 %	52 %

Seit 1960 kehren sich die Prioritäten der Strafverfolgung um: Jetzt richtet sie sich primär auf Taten im Ausland, mit vornehmlich jüdischen Opfern, und die bis 1960 kümmerlich verfolgten Massenvernichtungsverbrechen rücken ins Zentrum der Ahndungspolitik. Dafür gibt es nur eine Erklärung: die Ermittlungsmethodik, das Aufgeben des traditionellen Ermittlungsmusters. Denn sonst hatte sich gegenüber den ersten 15 Nachkriegsjahren nichts geändert.

Dieser Methodenwechsel beschert uns hunderte von Verfahren: wegen Mord in Vernichtungslagern und KZs, durch Angehörige von Gestapo, SD, Einsatzgruppen und Zivilverwaltung, und – dank der ostdeutschen Strafverfolgung – sogar gegen NS-Richter und Wehrmachtseinheiten. Nur eine Kategorie von

Straftaten profitiert davon nicht: die Deportationen aus Deutschland. Ganze sechs Verfahren, vier im Westen und zwei in der DDR, kommen hinzu. Enttäuschend gering bleibt auch die Zahl der Verurteilungen: von den in westdeutschen Verfahren angeklagten Personen werden 70% freigesprochen. In ganz Deutschland – Ost und West zusammen – sind bis zum heutigen Tage 15 Angeklagte wegen ihrer Beteiligung an der Judendeportation verurteilt worden. Angesichts der Vielzahl von Behörden und Personen, die in die Deportationen verwickelt waren, eine unglaublich niedrige Zahl.

Warum ist die Zahl der Deportationsverfahren nach 1960 so niedrig geblieben?

Für die DDR kann das nicht allzusehr verwundern: Sofern Verwaltungsbeamte und Gestapoverantwortliche nicht in den ersten Nachkriegsjahren von den Russen verhaftet worden waren, hatten sie bis 1960, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die DDR verlassen. Die beiden neuen DDR-Verfahren sind Zufallstreffer. Die Breslauer Deportationen kamen bei der Ermittlung von anderen NS-Verbrechen ans Licht. Der Leiter der Dresdener Deportationen hatte eine falsche Identität angenommen und wähnte sich in Sicherheit. Er fiel bei einer Regelüberprüfung von militärischen Objekten auf. Irgendwas an ihm war nach Ansicht der Stasi nicht „koscher“. Als die Abwehr und die politischen Abteilungen nichts finden konnten, gab man den Fall in die Abteilung NS-Verbrechen. Und da ging er ins Netz¹².

Aber warum passierte in Westdeutschland fast nichts, wo sich die an den Deportationen beteiligten Herren, soweit noch am Leben, doch mehrheitlich aufhielten? In West-Berlin kommt es zwar zu drei Verfahren¹³; das sind aber Spin-offs, Abfallprodukte der 1963 angelaufenen Ermittlungen gegen das Reichssicherheitshauptamt. Und das vierte Verfahren, das sich mit der Deportation der Juden aus dem Ort Oelde befasst¹⁴, konzentriert sich auf die – zugegebenermaßen – äußerst verwerfliche Rolle des dortigen Bürgermeisters. Gegen die Gestapo, die nicht nur für die Deportationen aus Oelde, sondern aus dem ganzen Münsterland verantwortlich zeichnete, hat es aber meines Wissens nie ein Ermittlungsverfahren gegeben.

Dass in Westdeutschland auch nach 1960 fast nichts passierte, lag an der Arbeitsweise der bereits erwähnten Zentralen Stelle in Ludwigsburg. Diese konzentrierte sich auf Tatkomplexe großer NS-Verbrechen: Auschwitz, Treblinka,

Sobibor, Einsatzgruppen usw. Sie erforschte dann, welche Verbrechen dort passiert waren, stellte fest, welche Einheiten mit welchen Personen daran beteiligt waren, überprüfte, wer von diesen Beteiligten noch (und in Westdeutschland) lebte und gab dann diese Komplexe zur Anklageerhebung an die Staatsanwaltschaften ab, – alles ganz richtig und professionell. Bei den Deportationen hätte die Zentrale Stelle prüfen müssen, welche Deportationen es gegeben hatte, welche noch nicht abgeurteilten Dienststellen daran beteiligt gewesen waren und wer zu jener Zeit dort gearbeitet hatte. Dies hat sie aber nicht getan.

Schuld daran ist nicht die Zentrale Stelle, sondern die Politik. Das hängt mit der Gründung der Zentralen Stelle im Jahre 1958 zusammen. Die Politik dürfte damals, wenn auch nicht ungeteilt, der Auffassung gewesen sein, dass man – schon aus außenpolitischen Gründen – angesichts der Masse der ungeahndet geblieben NS-Verbrechen etwas unternehmen musste, zumal ihr die DDR im Nacken saß, die gerne und lautstark verbreitete, welche Nazimörder unangefochten in hohen westdeutschen Stellungen tätig waren. Die westdeutsche Bevölkerung wollte aber seit Anfang der fünfziger Jahre von NS-Prozessen nichts mehr wissen. Und zwar, wie die Umfragen zeigen, mit konstanter, breiter Mehrheit.

Zwischen diesen konträren Standpunkten versuchte die Politik sich nun durchzuschlängeln, indem sie zwar eine zentrale Ermittlungsstelle gründete, andererseits aber den Kreis der dadurch potenziell Betroffenen so klein wie nur möglich hielt. Dazu legte sie der Zentralen Stelle eine Reihe von Beschränkungen auf. So durfte sie bei Verbrechen mit Tatort in Deutschland nicht tätig werden. Damit wurde sichergestellt, dass alle noch ungeahndeten NS-Verbrechen, die die in Westdeutschland ansässige Bevölkerung in ihrer eigenen Umgebung, z. B. gegen Juden, Zigeuner und Fremdarbeiter begangen hatte, unermittelt blieben.

Das erklärt, warum die bis 1960 so kümmerlich verlaufene Verfolgung der Deportationen der Juden aus Deutschland von der Kehrtwende in der Verfolgungspraxis nicht profitierte. Es führt zu dem merkwürdigen Ergebnis, dass es seit 1960 insgesamt 50 Verfahren wegen Judendeportationen gab: aus Belgien¹⁵, Frankreich¹⁶, Griechenland¹⁷, Holland¹⁸, Italien¹⁹, Norwegen²⁰, Rumänien²¹ und Ungarn²² sowie aus einer stattlichen Anzahl von Orten in Polen und der UdSSR – aber nur die bereits erwähnten vier Verfahren wegen der Deportation von Juden aus Deutschland. Um ihre systematische Ahndung hatte sich auch nach 1960 niemand gekümmert.

Zwar wurde 1965, sieben Jahre nach der Gründung der Zentralen Stelle, das Ermittlungsverbot für in Deutschland begangene Verbrechen aufgehoben. Aber die Ermittlungsausrichtung der Zentralen Stelle war in diesen sieben Jahren eingespielt: Sie konzentrierte sich auf Auslandsverbrechen. Zu einer systematischen Verfolgung der bis dahin nur lückenhaft ermittelten Inlandsverbrechen kam es auch jetzt nicht. Ein Tatkomplex „Deportationen aus Deutschland“ wurde nicht gebildet. Dies hatte aber vielleicht auch damit zu tun, dass die für Deportationen einschlägigen Straftatbestände „Freiheitsberaubung“ und „Totschlag“ inzwischen verjährt waren. Nur wegen Mordes konnte noch verurteilt werden. Mord nachzuweisen – und wenn es nur Beihilfe ist –, ist aber ein schwieriges Unterfangen. Und nach einer umstrittenen Gesetzesänderung im Jahre 1968 war es bei Deportationsbeteiligten sogar nahezu unmöglich.

Worauf ist die hohe Zahl der westdeutschen Freisprüche zurückzuführen?

Um die hohe Zahl der von Deportationsverbrechen in Westdeutschland Freigesprochenen zu erklären, muss man wissen, dass es einen Freispruch aus ganz verschiedenen Gründen geben kann.

Zum ersten, wenn nicht nachzuweisen ist, dass der Angeklagte das, was ihm in der Anklage vorgeworfen wird, auch wirklich getan hat. In unserem Fall: der Nachweis, dass der Angeklagte in irgendeiner Form an der Deportation beteiligt war, wird vor Gericht nicht erbracht.

Das passiert bei Deportationsverbrechen angesichts der offensichtlichen, meistens sogar dokumentarisch abgesicherten Beteiligung an der Deportation recht selten. Allerdings gibt es auch hier Überraschendes: so gelingt es nach Ansicht des Landgerichts Berlin der Staatsanwaltschaft nicht, nachzuweisen, dass ein alles abstreitender Angeklagter, immerhin stellvertretender Leiter der Stapoleitstelle Berlin, einen „ursächlichen Tatbeitrag zur Deportation und Ermordung der Berliner Juden geleistet“ hat²⁴.

Zum zweiten, weil das Gericht der Ansicht ist, dass irgendeine Verstrickung in die Deportation zwar nachgewiesen ist, diese aber keine Strafvorschrift verletzt, keinen irgendwie gearteten Straftatbestand erfüllt. Dieser Ansicht war – wie bereits dargelegt – das Landgericht Meiningen in seinem Urteil gegen einen Frankfurter Gestapobeamten. Auch dies gehört zu den Seltenheiten.

Zum dritten, weil die Beteiligung zwar nachgewiesen ist und auch einen Straftatbestand erfüllt – meistens Freiheitsberaubung, in einigen wenigen Fällen

Beihilfe zum Mord –, dem Angeklagten wegen dieser Beteiligung aber kein Vorwurf gemacht werden kann, weil er

- entweder nicht erkannt hat (und auch nicht erkennen konnte), dass die Deportation Unrecht war

- oder er sich nicht freiwillig beteiligt hat, sondern dazu durch *eine gegenwärtige, auf andere Weise nicht abwendbare Gefahr für Leib oder Leben* **genötigt** worden ist.

Die weitaus meisten Freisprüche gehören zu dieser dritten Kategorie. In diesen Freisprüchen spiegelt sich die westdeutsche Lebenslüge: nichts gewusst, oder zwar gewusst, aber nur aus Angst vor Bestrafung mit Tod oder KZ mitgemacht zu haben.

Zum einen wird dann verneint, dass die Angeklagten die Unrechtmäßigkeit der Deportation hätten erkennen müssen – ihnen habe, juristisch ausgedrückt, das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit gefehlt. *„Die Überzeugung, dass die Oberste Reichsführung die ihrem Ermessen gesetzten Grenzen missbräuchlich überschreite und die Evakuierung der Juden ohne jeden vernünftigen Grund rein willkürlich und damit widerrechtlich verfüge, musste sich den Angeklagten auf Grund ihres Einblickes und ihrer Kenntnisse von dem Zweck der Maßnahme nicht notwendig aufdrängen.“* So, angesichts der NS-Judenpolitik doch etwas überraschend, das Landgericht Nürnberg im Jahre 1951²⁵.

Zum anderen wird dort, wo das Gericht der Ansicht ist, dass die Angeklagten die Rechtswidrigkeit der Deportationen durchaus erkannt haben, ihre Beteiligung mit dem Nötigungsnotstand entschuldigt. Nochmal das Landgericht Nürnberg: *„Selbst im Falle der Erkenntnis der Unrechtmäßigkeit der Anordnungen des Reichssicherheitshauptamtes würde bei den [...] Angeklagten eine Schuld deshalb ausgeschlossen sein, weil die Nichtausführung der ihnen erteilten Befehle unter den damaligen Verhältnissen für sie eine Gefahr für Leib oder Leben bedeutet hätte.“*²⁶

Mit dem Argument, man habe die Rechtswidrigkeit der Deportationen nicht erkannt oder erkennen können, drangen die Angeklagten im Allgemeinen nicht durch; umso mehr aber mit ihrer Berufung auf Nötigungsnotstand. Dieser mochte in manchen Fällen berechtigt sein, wie etwa bei dem Landrat von Hechingen. Er hatte auf Weisung der Gestapo die Deportationserlasse an die Bürgermeister von Hechingen und Haigerloch weitergegeben, die Bestellung der erforderlichen Waggons, die Untersuchung Kranker oder sonst Körperbe-

hinderter auf Transportfähigkeit, das Sammeln der Juden am Abfahrtsort und ihre körperliche Durchsuchung veranlasst. Der Landrat sagte nun, er habe das getan „aus Furcht vor der angesichts des Naziterrors drohenden Gefahr, in ein KZ zu kommen, falls er den Befehlen der Gestapo nicht gehorche“²⁷. Ist bei Beamten der Zivilverwaltung diese Motivation unter Umständen glaubhaft und die Angst nachvollziehbar, so wirkt die Berufung auf Angst vor Tod oder KZ im Falle von Gestapobeamten weitaus weniger überzeugend, nicht weil das NS-Regime nicht zu vielem fähig war, sondern weil nur derjenige sich auf Nötigung berufen kann, der durch die Bedrohung zu einer Tat gezwungen wird, die er ohne diese Bedrohung nie begangen hätte.

Es wird nicht überraschen, dass man in Ostdeutschland durchweg der Ansicht war, die Angeklagten dieser Berufssparte hätten nicht durch Bedrohung mit dem KZ, sondern aus Überzeugung, Gleichgültigkeit oder aus Karrieregründen mitgemacht, womit die ostdeutschen Richter gar nicht so falsch liegen dürften. Sogar dem Bundesgerichtshof, in jenen Jahren nicht gerade frei von ehemaligen NS-Richtern, ging diese Art der Verteidigung und die Leichtigkeit, mit der verschiedentlich deutsche Landgerichte Nötigungsnotstand annahmen, gegen den Strich. So wies der BGH wiederholt darauf hin, dass von Nötigung nur die Rede sein könne, wenn das „*strafbare Verhalten durch die Drohung [...] abgenötigt, [der] Wille [des Angeklagten also] durch diese Drohung gebeugt worden ist*“. Das hielt der BGH im Falle der Gestapo für durchgängig unwahrscheinlich. Denn „*die Gestapo*“, so der BGH, „*[war] kein Zusammenschluss von terrorisierten Bürgern, sondern eine Organisation [...], die sich weitgehend aus begeisterten Anhängern des nationalsozialistischen Systems [zusammensetzte]*“²⁸.

Dies dürfte sich mit den Erfahrungen der meisten deportierten deutschen Juden decken. Die Landgerichte beeindruckte diese Einsicht allerdings weniger. Sie blieben weitgehend der westdeutschen Lebenslüge treu.

Anmerkungen

- 1 Gekürzte Version eines am 3.2.2005 im Warburg Haus/Hamburg gehaltenen Vortrags.
- 2 Die Beschreibung dieser Verfahren finden Sie auf unserer Website jur.uva.nl/junsv. Dort ist auch vermerkt, in welchen Bänden unserer Urteilssammlungen die Urteile veröffentlicht worden sind. Jedes Verfahren ist mit einer „Fallnummer“ versehen. Auf diese Nummer („Fall ...“) wird erforderlichenfalls in diesem Vortrag Bezug genommen.
- 3 Fälle 057, 297, 307, 395 und 463.

- 4 Fall 147.
- 5 Fälle 022/080, 026, 046, 057, 079, 082 und 099.
- 6 Fälle 212, 213, 270, 340, 450.
- 7 Unter-, Mittel- und Oberfranken Fälle 138, 140, 283, 363, Berlin Fälle 745, 754, 771, Breslau Fälle 1008, 1254, Dresden Fall 1003, Düsseldorf Fälle 142, 148, Frankfurt/M Fälle 207, 1328, Hechingen/Haigerloch Fälle 22, 80, Köln Fall 403, Oelde Fall 503, Plauen Fall 1512, Stuttgart Fall 615, Weimar Fall 959, Zwickau Fall 1512.
- 8 DDR-Justiz und NS-Verbrechen Band I, S. 89 (Bezirksgericht Dresden), S. 159 (Oberstes Gericht der DDR), S. 503 (Stadtgericht Berlin), S. 679 (Bezirksgericht Neubrandenburg), Band II, S. 17 (Bezirksgericht Halle) und S. 410 (Bezirksgericht Erfurt).
- 9 Bericht des Bundesjustizministers über die Verfolgung von NS-Straftaten vom 26.2.1965 – Bundestagsdrucksache IV/3124 S.25.
- 10 LG Meiningen 11.2.1950 (Fall 1328) – DDR-Justiz und NS-Verbrechen Band VII, S. 32.
- 11 LG Leipzig 26.8.1983 (Fall 1008).
- 12 LG Dresden 28.9.1987 (Fall 1003).
- 13 Fälle 745, 754, 771.
- 14 Fall 503.
- 15 Fall 870.
- 16 Fälle 858, 904.
- 17 Fall 690.
- 18 Fälle 645, 753.
- 19 Fall 771.
- 20 Fall 739.
- 21 Fall 876.
- 22 Fall 716.
- 23 Fälle 557, 580, 582, 593, 619, 634, 635, 648, 657, 667, 670, 671, 674, 684, 710, 762, 768, 775, 780, 783, 786, 790, 796, 797, 812, 813, 814, 821, 822, 826, 833, 839, 844, 845, 846, 847, 850, 872, 892, 894.
- 24 Fall 754.
- 25 LG Nürnberg-Fürth 2.6.1951 (Fall 283) – Justiz und NS-Verbrechen Band VIII S. 493.
- 26 LG Nürnberg-Fürth 2.6.1951 (Fall 283) – Justiz und NS-Verbrechen Band VIII S. 495 f.
- 27 Fall 080 – Justiz und NS-Verbrechen Band III, S. 154.
- 28 BGH 11.3.1954 (Fall 959).

„Guckfenster“ in die Welt:

Das „Waterloo“-Kino in Hamburg in den Jahren der NS-Herrschaft

Die populäre Erinnerung an das deutsche Kulturleben in den Jahren der NS-Diktatur verbindet sich vor allem mit den Begriffen „Propaganda“ und „Gleichschaltung“: Kunst und Kultur dienten nach dieser Vorstellung im Deutschland der 1930/40er Jahre vornehmlich der politisch-ideologischen Beeinflussung des Publikums durch das nationalsozialistische Regime. Zumal das Kino wird so erinnert: Das Wort evoziert für die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zentral den Gedanken an Propagandafilme (von denen der antisemitische Hetzfilm „Jud Süß“ wohl als das bekannteste Beispiel gelten kann) und daneben vielleicht auch noch die Erinnerung an leichte Unterhaltungsfilm der Ufa mit Stars wie Heinz Rühmann oder Marika Rökk, die ablenkten und die Zuschauer in eine sorgenfreie Scheinwelt flüchten ließen.

Diese Vorstellung von einer straff gleichgeschalteten Kultur-Öffentlichkeit, die den Interessen der NSDAP diene, hat einerseits zwar ohne Frage ihre Berechtigung, andererseits aber ist sie doch auch einseitig und damit unpräzise. Gerade in einer Großstadt wie Hamburg fiel das Kinoleben zumindest in den Friedensjahren der Diktatur bis 1939 so vielfältig aus, dass es dem klischeehaften Bild von einem verödeten deutschen Kulturleben nicht entspricht. Dabei kam einem Kino in der Hansestadt eine ganz besondere Bedeutung zu: Das „Waterloo-Theater“ in der Dammtorstraße, schräg gegenüber der Staatsoper, zeigte seit Mitte der 1930er Jahre fast ausschließlich ausländische Spielfilme, vor allem aus den USA. Fast alle dieser Filme liefen in der fremdsprachigen Originalfassung, teilweise sogar ohne deutsche Untertitel. Dieses ungewöhnliche Film-

theater soll hier kurz vorgestellt werden. Dabei ist vor allem zu fragen, warum es sein für die damaligen Verhältnisse sehr spezielles Programm wählte und welche Bedeutung der Vorführung ausländischer Filme im „Waterloo“ im Rahmen des Hamburger Kulturlebens der 1930er Jahre zukommt.

In den Jahren der NS-Herrschaft konnte das Filmtheater in der Dammtorstraße bereits auf eine längere Geschichte als exklusive Vorführungsstätte zurückblicken. Schon bei seiner Eröffnung im Jahr 1909 war das „Waterloo“ ein besonderer Ort: Sowohl durch seine Lage in einer der wichtigsten Straßen der Innenstadt, vis-a-vis dem Hamburger Opernhaus, als auch durch die aufwändige architektonische Gestaltung der Räumlichkeiten präsentierte sich das Haus als ein Filmtheater, das „ausschließlich für [ein] wohlhabendes, verwöhntes und kunstverständiges Publikum“ gedacht war. Ebenso wie das etwas ältere „Lessing-Theater“ am Gänsemarkt gehörte das „Waterloo“ zu den ersten Hamburger Lichtspielhäusern, die gezielt um bürgerliche Besucher warben und dementsprechend Filme zeigten, die in bürgerlichen Schichten auf Interesse hoffen konnten. Dabei war die Direktion des Hauses sehr erfolgreich. Schon vor 1914 bildeten an manchen Premierenabenden „die Autos endlos Ketten“ vor dem Entree – und PKWs waren zu dieser Zeit in Deutschland noch ein ungemein kostbares Luxusgut.¹

Auch in den Jahren der Weimarer Republik bewahrte das Haus seine prominente Stellung in der mittlerweile stark gewachsenen Hamburger Kinolandschaft. Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre gab es in Groß-Hamburg (also in Hamburg und den angrenzenden preußischen Städten wie Altona, Harburg und Wandsbek) fast einhundert Filmtheater; das „Waterloo“ aber gehörte zu der kleinen Gruppe von nur fünf Kinos, die an der Elbe den Status eines Erstaufführungstheaters besaßen. Die anderen vier Hamburger „Erstaufführer“ waren das „Lessing-Theater“ und der „Ufa-Palast“, beide am Gänsemarkt gelegen, die „Schauburg St. Pauli“ am Millerntor sowie das „Passage-Theater“ in der Mönckebergstraße.²

Da der Filmverleih seinerzeit nach ganz anderen Regeln erfolgte als heute, kam dem Status als „Erstaufführer“ für das Renommee eines Filmtheaters große Bedeutung zu. Auch die Höhe der Eintrittspreise hing davon ab. In Großstädten mit einer umfangreichen Kinolandschaft zeigte ein Erstaufführungstheater in den 1920er und 1930er Jahren einen neuen attraktiven Filme jeweils exklusiv und ohne Konkurrenz. Erst wenn der „Erstaufführer“ den Film absetzte, weil die Kasseneinnahmen sanken, hatten andere Kinos die Möglichkeit, den Streifen in

ihr Programm zu nehmen. Diese „Nachspieler“ waren dabei untereinander keineswegs gleichberechtigt, sondern in mehrere Gruppen eingeteilt, deren Zugriffsrecht auf den begehrten Film unterschiedlich ausfiel. Aus diesem Grundprinzip der Filmvermarktung ergab sich eine sehr fein abgestufte Hierarchisierung der Filmtheater. Wie alle Metropolen war auch die Großstadt Hamburg eine „Entertainment-Maschine“, und die einzelnen Elemente dieser Apparatur erfüllten jeweils unterschiedliche soziale Funktionen.³

Bis in die 1950er Jahre hinein (teilweise auch noch länger) waren Zeit und Aktualität also im Geschäft der Filmvermarktung der entscheidende Faktor: Neue Filme mit berühmten Stars und großer Ausstattung starteten als kostbare Ware in jeder deutschen Großstadt zunächst nur mit einer Kopie in einem der innerstädtischen Erstaufführungstheater, deren Eintrittspreise durchweg deutlich über denen der „Nachspiel-Kinos“ lagen. Die Exklusivität der fünf Hamburger „Erstaufführer“ wurde in den 1930er Jahren noch zusätzlich dadurch betont, dass ein von ihnen abgesetzter Film erst nach einer „Karenzzeit“ von einer Woche auf den Leinwänden der „Nachspieler“ auftauchen durfte. Wer die hohen Eintrittspreise der fünf Innenstadt-Kinos nicht zahlen wollte oder konnte, musste deshalb unter Umständen gleich mehrere Wochen warten, bis ein Film zu günstigeren Preisen in anderen Häusern zu sehen war. Die Exklusivität eines neuen Streifens verlor sich nach dem Wechsel auf die Leinwände der „Nachspieler“ dann umso mehr, je älter der Film wurde – wobei sich dieses Alter nach Wochen bemaß: Im Laufe der Zeit war der Film in immer mehr Kinos der Großstadt zu sehen; zugleich sank jeweils der Eintrittspreis, den der Zuschauer zahlen musste, wenn der Film eine neue Stufe auf dieser Verwertungstreppe erreichte. In den 1930er Jahren tourten besonders erfolgreiche Filme auf diese Weise bis zu zwölf Wochen und mehr durch den Stadtraum; sie konnten dabei nach und nach rund die Hälfte aller Kinos passieren.

Aus dem Zeitregime, das die Filmvermarktung beherrschte, ergab sich eine starke Konkurrenz der „besseren“ Filmtheater um das Zugriffsrecht auf neue attraktive Filme – und dieser Wettbewerb war auch für das besondere Programmprofil des „Waterloo“ in der NS-Zeit verantwortlich. Es entsprang nämlich weniger den ästhetischen Ansprüchen des Direktors, sondern ergab sich aus zwei Grundtatsachen des deutschen Filmgeschäfts in den Jahren nach 1933: zum einen aus der zunehmenden Vertrustung des Gewerbes, die von der NSDAP durch die Verstaatlichung fast aller wichtigen deutschen Filmproduk-

tionsfirmen und vieler Verleihbetriebe entscheidend vorangetrieben wurde, und zum anderen aus dem Mangel an deutschen „Großfilmen“, die auf zahlreiche Besucher rechnen durften.

Von den fünf Hamburger Erstaufführungstheatern der 1930er Jahre gehörte nur das „Waterloo“ nicht zu einem Großunternehmen der Filmwirtschaft. Der „Ufa-Palast“ und das „Lessing-Theater“ (sowie weitere fünf Hamburger Kinos) befanden sich im Besitz der Ufa, der finanzstärksten und produktivsten deutschen Filmgesellschaft, die logischerweise in den beiden Premierentheatern vornehmlich ihre eigene Produktion zeigte. Das „Passage-Theater“ und die „Schauburg St. Pauli“ waren die Flaggschiffe von zwei lokalen Kinoketten: Die „Schauburg Lichttheater-Gesellschaft“, die von jüdischen Kaufleuten aufgebaut worden war und in der NS-Zeit zwangsweise „arisiert“ wurde, betrieb an der Elbe Ende der 1930er Jahre insgesamt neun Kinos; die Inhaber des „Passage“-Kinos besaßen neben dem Haus in der Mönckebergstraße auch noch vier weitere Hamburger Filmtheater.⁴

Das „Waterloo“ als einziger selbstständiger Kleinbetrieb in dieser Gruppe startete im Wettstreit um die Aufführungsrechte besonders attraktiver Filme mit einem massiven Handikap. Dies galt gerade nach 1933. Bekanntlich hatte die NSDAP nach ihrer Machtübernahme die deutsche Filmproduktion schrittweise verstaatlicht, um sich den Film als Propagandainstrument nutzbar zu machen. Auch das Verleihwesen wurde durch geheime Aufkäufe zu einem Teil der vom Propagandaministerium gelenkten staatlichen deutschen Filmindustrie. Damit gerieten mittelständische Filmtheater wie das „Waterloo“ zusehends in Bedrängnis. Die großen Produktionsfirmen Ufa, Tobis und Emelka präsentierten ihre Filme nach 1933 möglichst in konzerneigenen Kinos und ließen andere Häuser lange warten. Dies galt gerade für die wenigen Großproduktionen der Firmen, die attraktive Einnahmen versprachen. „Ich hätte also nur deutsche Filme letzter Qualität spielen können“, erinnerte sich Heinz B. Heisig, der Direktor des „Waterloo“, nach dem Ende der NS-Zeit.⁵

In dieser Situation wick Heisig immer stärker auf Premieren ausländischer Filme aus. Er konnte das tun, weil sowohl die US-amerikanische Filmindustrie als auch Produzenten aus dem europäischen Ausland nach 1933 in Deutschland weiterhin Geschäfte machten. Das Deutsche Reich behinderte zwar den Import ausländischer Filme durch komplizierte Einfuhrbestimmungen. Dieses Kontingentsystem war jedoch keine Erfindung der Nationalsozialisten. Sie verschärften

Regelungen, die schon in der Weimarer Republik entstanden waren, schlugen dabei die Tür für ausländische Filme aber eben doch keineswegs ganz zu. Dies geschah zum einen, um den Export deutscher Filme nicht zu gefährden; zum anderen konnte auch die NSDAP die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass die deutschen Filmfirmen zu wenig publikumswirksame Spielfilme herstellten, um kontinuierlich ein attraktives Kinoprogramm zu garantieren. Als „Ergänzung“ der mehrheitlich bestenfalls mittelmäßigen deutschen Filmproduktion waren ausländische Filme im allgemeinen und Hollywood-Filme im besonderen deshalb auch im nationalsozialistischen Deutschland durchaus willkommen.

Bis 1940 gehörten amerikanische Spielfilme zumindest in den deutschen Großstädten ganz selbstverständlich zum kulturellen Angebot. Zwar zogen sich etliche Hollywood-Firmen nach 1933 vom deutschen Markt zurück (wobei sie eher aus Verärgerung über die diskriminierenden Einfuhrbestimmungen und willkürlichen Zensurmaßnahmen denn aus politischen Gründen gingen); drei große Produzenten – MGM, Paramount und Fox/20th-Century Fox – aber brachten weiterhin in jeder Saison eine Auswahl ihrer neuen Filme nach Deutschland. Aus diesem Angebot, das bis 1939 (mit einigen Schwankungen) etwa 20 Prozent der im „Dritten Reich“ verliehenen Filme ausmachte, bediente sich das Hamburger „Waterloo“.

Entsprechend dem betont bürgerlichen Image des Kinos bemühte sich Heinz Heisig dabei besonders um künstlerisch anspruchsvolle Filme und seriöse Unterhaltung. Zwar zeigte das Kino gelegentlich auch Western oder Slapstick-Komödien mit Stars wie Harold Lloyd; diese besonders „amerikanischen“ Genrefilme aber liefen eher in den zuschauerarmen Sommermonaten und dienten als „Übergangsfilme“ zwischen den Programmen, die für das Haus charakteristisch waren.⁶ Seinen exklusiven Charakter betonte das „Waterloo“ zusätzlich noch dadurch, dass es die meisten ausländischen Filme in der Originalfassung zeigte. Selbst deutsche Untertitel fehlten häufig. In der deutschen Kinolandschaft der 1930er Jahre war dies höchst ungewöhnlich, denn das deutsche Publikum akzeptierte in der Regel allenfalls synchronisierte Versionen. Die führende Filmzeitschrift der NS-Jahre, der „Film-Kurier“ stellte 1935 apodiktisch fest, dass „fremdsprachige Filme in Deutschland kein Geschäft machen können (von verschwindend geringen Ausnahmen abgesehen)“.⁷

Hamburg bot offensichtlich die Möglichkeit, erfolgreich eine solche Ausnahme zu etablieren, denn attraktive Hollywood-Filme mit prominenten Stars

erreichten im „Waterloo“ auch in englischer Sprache Laufzeiten von bis zu drei Wochen. Die Paramount-Komödie „Desire“ mit Gary Cooper und Marlene Dietrich etwa lief an der Dammtorstraße im April 1936 achtzehn Tage lang im Original. Anschließend kam der Film in synchronisierter Fassung dann bei den Hamburger „Nachspielern“ auf die Leinwand. Zumindest bei den größten Stars stellten sich solche Erfolge vielleicht nicht trotz, sondern gerade wegen der fremdsprachigen Fassung ein. In der Hansestadt gab es in den 1930er Jahren offensichtlich ein Publikum, das neugierig genug war, um sich für die echten Stimmen der Schauspieler in ausländischen Filmen zu interessieren, obwohl die deutsche Filmpresse gleichzeitig nicht müde wurde, die Fortschritte der Synchronisationstechnik zu loben. Eine „Waterloo“-Anzeige für die mit deutschen Untertiteln versehene Originalversion des Greta Garbo-Films „Anna Karenina“ appellierte im Februar 1936 jedenfalls gezielt an dieses Interesse: „Wir glauben es der Tradition unseres Hauses schuldig zu sein, unseren treuen Freunden einmal die Möglichkeit zu geben, die Originalstimme der Garbo zu hören, jene tiefe Stimme, die wie beschwert klingt von Tränen und die mit zu dem unerklärlichen Zauber beiträgt, der diese eine und einzige Frau und Künstlerin von Film zu Film zu immer neuen Höhen des Ruhms führt.“⁸

Die Konsequenz, mit der Heinz Heisig das Programm des „Waterloo“ gestaltete, machte das Kino zu einem besonderen Ort in Hamburg. Mit aufwändig vorbereiteten und intensiv beworbenen Sonderveranstaltungen gewann das Haus sogar überregionale Beachtung. Die „Waterloo-Festspiele“, die nur „künstlerisch wertvolle“ ausländische Filme zeigten, wurden in den 1930er Jahren zu einem zentralen Ereignis der deutschen Filmwelt. Ein NS-Filmfunktionär stellte 1936 anerkennend fest, „daß es im Reich nichts Aehnliches gebe“ wie das Hamburger „Waterloo“.⁹

Rückblickend hat Heisig sein Programm an der Dammtorstraße als eine Form des geistigen Widerstands gegen die NS-Diktatur dargestellt: Das „Waterloo“ sei „das letzte Guckfenster aus dem kunstautarken Wolkenkuckucksheim“ gewesen, das die NSDAP nach 1933 in Hamburg wie auch sonst in Deutschland errichtet habe.¹⁰ Diese Wertung sollte nicht vorschnell für bare Münze genommen werden. Zweifellos bot das Kino ein internationales Programm (zu dem neben Hollywood-Filmen auch Streifen aus Frankreich und Großbritannien sowie gelegentlich auch aus dem übrigen europäischen Ausland gehörten); zugleich aber ist daran zu erinnern, dass alle diese Filme mit Zu-

stimmung des deutschen Propagandaministeriums ins Land kamen. Schon dadurch wurde die Möglichkeit, subversive Botschaften auf die Leinwand zu bringen, massiv beschnitten. Zudem ließen sich ausländische Filme selbst dann im nationalsozialistischen Sinne umdeuten, wenn sie eigentlich ganz andere Intentionen verfolgten.

Ein treffendes Beispiel für solche politischen Uminterpretationen liefert der US-Film „Our Daily Bread“, der im September 1936 im „Waterloo“ gezeigt wurde. „Our Daily Bread“ ist ein ungewöhnlicher Hollywood-Film, denn er wurde nicht von einer der großen Filmgesellschaften produziert, sondern von dem Regisseur King Vidor mit eigenen Geldern gedreht. Die Handlung schildert den trotz vieler Hindernisse schließlich erfolgreichen Versuch von amerikanischen Arbeitslosen, abseits der Großstadt im Kollektiv eine Farm aufzubauen, die ihnen eine neue Zukunft bietet. Dieses Loblied auf den „New Deal“-Geist der Ära von Präsident Roosevelt, das in der US-Filmgeschichte als eines der seltenen Beispiele für einen sozialistischen amerikanischen Film firmiert, wurde bei seiner Premiere in Hamburg ausgerechnet von der lokalen NSDAP-Zeitung, dem „Hamburger Tageblatt“, mit geradezu überschwänglichem Jubel begrüßt. Der Filmkritiker des Blatts, ein engagierter Cineast, der in seinen Kolumnen beständig für die Anerkennung des Films als einzig wahrer „Volkskunst“ stritt, griff für „Our Daily Bread“ beherzt zu den Superlativen. Der Film sei „ein Wunder“, denn er zeige eine „weltanschauliche Haltung“, die noch kein deutscher Spielfilm formuliert habe, und er biete dabei nichts anderes als „ein packendes Bild von allen unseren Wünschen, Zielen und Sehnsüchten, von unserer Arbeit, von unserem Kampf und unserem Sieg“.¹¹

Diese ideologische „Eingemeindung“ gerade eines politisch engagierten ausländischen Films durch einen fanatischen Nationalsozialisten sollte davor warnen, das „Waterloo“-Programm per se als Stachel innerhalb der gleichgeschalteten Kulturöffentlichkeit des „Dritten Reichs“ zu deuten. Gleichzeitig aber haben Hamburger, die sich der NSDAP nicht verbunden fühlten, das Kino und seine Filme vielleicht ganz anderes gesehen und genutzt. Ehemalige Mitglieder der SPD oder KPD etwa mögen „Our Daily Bread“ (wenn sie den Film denn sahen) durchaus als das erkannt haben, was er sein wollte: ein Lob der freiwilligen und selbstbestimmten Gemeinschaft Gleichgestellter, aber eben keine Verherrlichung der durch Zwang und Terror errichteten „Volksgemeinschaft“ der NSDAP.

1939 wurde die Stellung des „Waterloo“ als Spezial-Kino für ausländische Filme zunehmend prekär. Die von Nachrichten über die Produktion NS-feindlicher Spielfilme in Hollywood aufgeschreckte NSDAP kündigte intern schon im Januar d. J. an, die Aufführung US-amerikanischer Filme in Deutschland werde demnächst gestoppt. Die Tageszeitungen wurden angewiesen, keine Vorberichte über Hollywood-Filme und keine „Lobeshymnen“ über amerikanische Schauspieler mehr zu bringen.¹² Durch schärfere Anwendung der Einfuhrbestimmungen und der Zensur ging die Zahl der importierten amerikanischen Filme deutlich zurück. Auf der Leinwand des „Waterloo“ sahen die Kunden im Laufe des Jahres deshalb immer öfter Filme, die offensichtlich als Notbehelf ins Programm kamen: mediokre deutsche Streifen ohne einen einzigen bekannten Schauspieler sowie Filme aus Italien und Spanien. Allerdings gab es immer noch auch US-Filme zu sehen, denn das Propagandaministerium zögerte lange, seiner Verbotsankündigung vom Januar 1939 Taten folgen zu lassen. Die deutschen Kinos waren für eine publikumswirksame Programmfolge nach wie vor dringend auf die „Ergänzung“ aus den USA angewiesen, und dieses Argument wog einstweilen noch stärker als das Streben nach Abgrenzung gegenüber dem halb bewunderten, halb bekämpften Handelspartner USA.

Erst im Oktober 1940, als nicht mehr daran zu zweifeln war, dass Hollywood den zuvor im Interesse des Geschäfts verfolgten Kurs politischer Neutralität gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland aufgegeben hatte, stoppte das NS-Regime jeden weiteren Import von US-Filmen. Damit war auch der Glamour des „Waterloo“-Kinos endgültig dahin. Statt der neuesten Filme von Clark Gable, Greta Garbo oder Marlene Dietrich zeigte das Haus jetzt Streifen mit „Stars“ wie Laura Nucci, Imperio Argentina oder Germano Montero. Die letztere mag zwar womöglich wirklich „die schönste Frau Spaniens“ gewesen sein (wie das „Waterloo“ es seine Kunden wissen ließ); als gleichwertigen Ersatz für das, was ihnen vorenthalten wurde, aber haben die Hamburger solche Filme mit Sicherheit nicht empfunden.

Anmerkungen

- 1 Hermann Lobbes, Hamburgs Kino-Geschichte, in: Licht-Bild-Bühne 23 (1930), Nr. 196.
- 2 Diese fünf Kinos zeigten in den 1930er Jahren in Hamburg alle Erstaufführungen von „Spitzenfilmen“ („Großfilme“ ist eine andere zeitgenössische Kategorie zur Kennzeichnung dieser Filme). Filme der „2. Klasse“ („B-picture“ wäre die zeitgenössische US-ame-

- rikanische Bezeichnung) starteten gelegentlich auch in anderen Kinos, etwa in der „Schauburg Hauptbahnhof“ oder im „Olympia-Palast“ in der Bachstraße. Für nicht-amerikanische ausländische Filme gilt das gleiche. Die Unterscheidung zwischen „Spitzenfilmen“ und „Filmen 2. Klasse“ vgl. etwa in: Aufstellung über die Filmabschlüsse der Harmonie-Lichtspiele 1934/35–1938/39, o. Datum, StA Hamburg 371-16 I/1852.
- 3 Terry Nicols Clark (Hrsg.), *The City as an Entertainment Machine*, Amsterdam etc. 2004.
 - 4 Vgl. die Auflistung in: Außenstelle Hamburg der Reichsfilmkammer an die Verwaltung für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, 22.6.39, StA HH 371-16 I/1852. Zur Geschichte der Konzerne vgl.: Michael Töteberg, *Filmstadt Hamburg. Von Hans Albers bis Wim Wenders, vom Abaton zu den Zeise-Kinos: Kino-Geschichte(n) einer Großstadt*, 2. überarb. u. erg. Aufl., Hamburg 1997, S. 55 f. und S. 60 f. Zum Schauburg-Konzern (bis 1933: Henschel-Konzern) vgl. auch: Otto Meyer, *Als die Kinos noch Paläste waren*, in: *taz Hamburg-Ausgabe*, Nr. 3030, 10.2.90.
 - 5 Typoskript für ein Rundfunkgespräch mit Heinz B. Heisig über die Geschichte des Waterloo-Kinos, o. Datum [1949 ?], StA HH 622-1 Heisig 2.3.
 - 6 So die Charakterisierung der Harold Lloyd-Komödie „Ausgerechnet Weltmeister“ im Programm des „Waterloo“ in: *Das Kinogeschäft im Mai*, in: *Film-Kurier* 18 (1936), Nr. 130.
 - 7 „Es geschah in einer Nacht“, in: *Film-Kurier* 17 (1935), Nr. 288.
 - 8 Die Anzeige in: *Hamburger Anzeiger* Nr. 49, 27.2.36. Ansonsten hörten die deutschen Kinogänger in Garbo-Filmen immer die Stimme der Synchronsprecherin Sonik Rainer.
 - 9 „Peter Ibbetson“, in: *FK* 18 (1936), Nr. 162 (14.7.). Das Zitat stammt aus einer Rede von Dr. Johannes Eckardt, dem Leiter der Deutschen Gesellschaft für Ton und Bild. Weitere anerkennende Worte für das „Waterloo“ und seinen Direktor vgl. in: *Olympia des Films*, in: ebd. Nr. 79 (2.4.); *Von Swedenhjelm bis Bommerly*, in: ebd. Nr. 144 (23.6.).
 - 10 Typoskript für ein Rundfunkgespräch über die Geschichte des Waterloo-Kinos mit Heinz Heisig, o. Datum [1949 ?], StA Hamburg 622-1 Heisig 2.3.
 - 11 Werner Kark, *Der letzte Alarm*, in: *Hamburger Tageblatt* Nr. 250, 12.9.36. Der Film lief im „Waterloo“ im amerikanischen Original vom 12. bis zum 24. September 1936. Im Oktober d. J. kam dann auch noch ein synchronisierte Version in „Nachspiel“-Kinos zum Einsatz.
 - 12 NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bd. 7/I: 1939. Quellentexte Januar bis April. Bearb. v. Karen Peter, München 2001, S. 27.
 - 13 Das Lob auf Frau Montero findet sich in der „Waterloo“-Anzeige für ihren Film „Die Sünde der Rogalia Sanchez“ in: *Hamburger Tageblatt* Nr. 305, 6.11.41.

Tagungsbericht „Generationen in der Geschichte“

Am 21. Januar 2005 veranstaltete die Forschungsstelle in Kooperation mit der Katholischen Akademie Hamburg, und in den dortigen Räumen, eine kleine Tagung zu dem Konzept der „Generationen in der Geschichte“. Geöffnet für ein breiteres Publikum, sollten nach knappen Impulsreferaten die eingeladenen Experten zunächst miteinander, danach mit dem Publikum diskutieren. Die Forschungsstelle erprobte damit einen neuen Zuschnitt für kleinere Nachmittags-Tagungen, die auch ohne großen Aufwand organisiert werden können und pointiert in die Öffentlichkeit wirken – ein Konzept, das sich bewährt hat.

„Generation“ ist für die Geschichtswissenschaft, zumal für die Zeitgeschichte, zu einer zentralen Kategorie geworden, bei der gefragt wird, wie die dramatischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts die verschiedenen Alterskohorten in unterschiedlicher Weise betreffen (z. B. die Kriegskinder), welche dieser Kohorten sich dabei in besonderer Weise als „Generationen“ konstituieren (z. B. die so genannten 68er) und wie solche Generationen „politischen“ Einfluss auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts genommen haben (z. B. die um 1900 geborenen Jugendgenerationen der Weimarer Republik). Nicht nur Historiker versuchen, Kontinuitäten und Wandel auch durch den Auftritt neuer Generationen oder über Generationenkonflikte zu erklären. In der öffentlichen Debatte spielt das Konzept „Generation“ ebenfalls eine große Rolle. Einzelne wie auch Gruppen definieren ihre Erfahrung über ihre Generationszugehörigkeit und beanspruchen damit gesellschaftliche Anerkennung und Positionen. Generationenvertrag und Generationengerechtigkeit sind wichtige politische Schlagworte

geworden, mit denen gesamtgesellschaftlicher Konfliktstoff angedeutet wird. Auf der Tagung sollte darüber diskutiert und gestritten werden, inwieweit „Generation“ unser Verständnis von Vergangenheit bereichert und vertieft. Wo wurden die Grenzen eines solchen Ansatzes gesehen?

Es war gelungen, drei ausgewiesene Experten für unsere Tagung zu gewinnen: Prof. Dr. Jürgen Reulecke (Universität Gießen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der FZH), der sich seit Jahren dem Phänomen der Kriegskinder des Zweiten Weltkriegs widmet, insbesondere der Traumatisierung und der Vaterlosigkeit als Folgen des Zweiten Weltkriegs (zuletzt in einer Veröffentlichung mit Hartmut Radebold: „Söhne ohne Väter. Erfahrungen der Kriegsgeneration“, Berlin 2004) und Herausgeber eines Konferenzbandes zum Thema („Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert“, München 2003); Prof. Dr. Bernd Weisbrod (Universität Göttingen), der seit kurzem ein von der DFG gefördertes Graduiertenkolleg zum Thema Generationen leitet (dazu sein programmatischer Text: „Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Februar 2005); und schließlich Prof. Dr. Michael Wildt (Hamburger Institut für Sozialforschung), der nicht nur mit seinem Buch über das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes („Die Generation des Unbedingten“, Hamburg 2002) eine bahnbrechende Kollektivbiographie vorgelegt hat, sondern zusammen mit Ulrike Jureit auch einen konzeptionellen Sammelband herausgegeben hat („Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs“, Hamburg 2005).

Alle Referenten betonten die besondere Qualität von Generationszugehörigkeit gegenüber der bloß mechanischen Zuordnung zu Geburtskohorten. Vielmehr ist Generation ein Erfahrungsbegriff: er bezeichnet die bewusste Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die im selben Alter durch dieselbe Geschichte gegangen ist, und daraus ein Gefühl von Ähnlichkeit, Zusammengehörigkeit und vielleicht sogar eine sie bindende Zukunftsaufgabe entwickelt hat. Der klassische Text, der diese Stufen des Generationszusammenhangs im Dreischritt von Generationslagerung, Generationszusammenhang und Generationseinheit formuliert hat, ist der 1928 erschienene Essay des Soziologen Karl Mannheim, über „Das Problem der Generationen“. Obwohl sich die heutige historische Generationenforschung noch immer, wenn auch zunehmend kritisch, auf diesen Text

bezieht, wird das Konzept von Historikern durchaus verschieden eingesetzt und seine Reichweite unterschiedlich beurteilt.

Einen weiten Generationenbegriff vertrat Jürgen Reulecke. Er führte den Begriff der „Generationalität“ ein und verwies damit auf die ordnende, die sinnstiftende Funktion einer solchen Selbstverortung in der Zeit. Generationszugehörigkeit ist demnach gerade keine objektiv feststellbare Tatsache, sondern eine subjektive Wahl, mit der dem eigenen Leben in der Geschichte ein Platz zugewiesen wird. Das Bedürfnis danach, bzw. die Fähigkeit dazu, sind freilich nicht ohne Bezug zum jeweiligen Generationsschicksal. Das Beispiel der Kriegskinder als Generation verweist darauf, dass Generationalität häufig spät entdeckt wird, dass subjektive Erfahrung, gerade auch solche von potentiell traumatischem Charakter, gelegentlich erst in der Retrospektive, in Erinnerungs- und Erzählgemeinschaften übersetzt werden.

Michael Wildt ging in seinen Überlegungen – wie auch in seinen empirischen Arbeiten – von dem engeren Begriff der politischen Generation aus. Die politische Generation beruft sich nicht auf gemeinsame Erfahrungen, wie die Generationen im Sinne Reuleckes; vielmehr beruft sie sich auf einen gemeinsamen Anspruch, auf das Setzen eines Neubeginns im politischen Raum. Sie ist also zukunftsbezogen. Das Verständnis von Generation als Gestalterin einer veränderten Zukunft ist ein Phänomen der Moderne, in der zuerst Zukunft als das radikal Andere der (vergangenen) Geschichte gedacht wurde. Deshalb entwickelte Wildt seine Überlegungen auch an den Selbstaussagen der amerikanischen Gründungsväter und verwies am Ende auf die vorerst letzte politische Generation in Deutschland, die 68er, die sich allerdings erst im zeitlichen Abstand selbst als Generation bezeichneten.

Bernd Weisbrod plädierte für eine Öffnung des Generationenbegriffs für solche Altersgruppen, die nicht im Mittelpunkt des Mannheim'schen Interesses standen, z. B. weibliche Jahrgangsangehörige oder auch jene „stillen“ Generationen, die es nicht zur anspruchsvollen Selbstartikulation in der Geschichte gebracht haben. Vor allem aber betonte er den Konstruktionscharakter von Generationen, deren Ursprung er weniger im gemeinsamen Erleben (das vor allem individuell ist), als vielmehr im gemeinsamen Erzählen und gesellschaftlichen Aushandeln einer Position sieht. Weisbrods Zugang war, im Hinblick auf Generation als historische Realität, der kritischste Beitrag auf der Tagung. Er betonte, die historische Forschung sollte sich vor allem auf die diskursive

Entstehung von Generationen konzentrieren, und dies im internationalen Vergleich.

Die anschließende Diskussion unter intensiver Teilnahme des Publikums nahm die verschiedenen Ansätze auf, ohne eine verbindliche Definition des Konzepts und der damit verbundenen gesellschaftlichen Phänomene einzuklagen. Insgesamt kann von einer wirklich gelungenen und anregenden Veranstaltung gesprochen werden, deren Zuschnitt auch in den zukünftigen Planungen der Forschungsstelle wieder eine Rolle spielen wird.

Suburbane Erfahrungsräume:

**Das nördliche Umland Hamburgs von den fünfziger Jahren
bis in die siebziger Jahre**

Suburbanisierungsprozesse, verstanden als die Ausbreitung von Städten über die jeweiligen Kommunal- und Siedlungsgrenzen hinaus bei gleichzeitiger Urbanisierung stadtnaher, vormals agrarisch strukturierter Regionen, lassen sich in Deutschland verstärkt seit den fünfziger Jahren beobachten. Der Eigenheim- und Siedlungsbau am Stadtrand verband sich auch im Großraum Hamburg mit der räumlichen Dekonzentration von Handel-, Gewerbe- und Industriestandorten, später wurden zudem Arbeitsplätze des Dienstleistungssektors von der Kernstadt ins Umland der Metropole verlagert. Gerade im Rückblick erweist sich die Suburbanisierung als die grundlegende Form der Urbanisierung in den entwickelten Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts. Sie basierte auf tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft, reicht mindestens bis in die zwanziger Jahre zurück und trieb – durch vielfältige Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land – selbst den gesellschaftlichen Wandel voran. Neben dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und der rasch zunehmenden Massenmotorisierung beförderte die immer weitere Verbreitung neuer Kommunikationsmittel, nicht zuletzt das Telefon, die allmähliche Herausbildung suburbaner Räume.

Das von der DFG geförderte und in Kooperation mit dem Institut für schleswig-holsteinische Zeit und Regionalgeschichte betriebene Projekt nimmt vor allem die bislang kaum untersuchten subjektiven Dimensionen der lebensweltlichen Veränderungen in den Blick. Zu fragen ist, welche gruppenspezifischen Wahrnehmungen und Erfahrungen mit der Entstehung der auch als

„StadtRegion“ oder „Zwischenstadt“ bezeichneten suburbanen Räume einhergingen. Vor dem Hintergrund der Geschlechterbeziehungen und Familienstrukturen sind neben der Wohnsituation nicht bloß die Nachbarschaftskontakte von Interesse, sondern auch die jeweils vorherrschenden Konsummuster und Freizeitstile. Sie lassen sich, bezogen auf verschiedene Alters- und Berufsgruppen, zu individuellen, aber doch charakteristischen *Mental Maps* als Folge von Raumeignungsprozessen verdichten. Vor diesem Hintergrund wird überprüft, ob und gegebenenfalls inwiefern sich in den suburbanen Erfahrungsräumen spezifische Identitäten ausprägten. Das mitunter spannungsreiche Verhältnis zwischen der Metropole Hamburg und ihrem Umland bietet hierbei einen ähnlich wichtigen Ansatzpunkt wie die Analyse von suburbanen Festkulturen und politischen Bürgerinitiativen. Näher zu betrachten sind insbesondere die unterschiedlichen Formen lokaler und regionaler Selbstrepräsentation, die medial verstärkt und dadurch überhaupt erst konstruiert werden.

Auf der Grundlage der bislang ausgewerteten Quellen, hervorzuheben ist eine Reihe von Zeitzeugeninterviews mit explorativem Charakter in sämtlichen der vier schleswig-holsteinischen Randkreise von Hamburg, lassen sich folgende vorläufige Ergebnisse festhalten: Das von etlichen Baugesellschaften seit den späten fünfziger Jahren immer offensiver beworbene „Wohnen im Grünen“, ob im Einzelhaus oder in einer Mietwohnung, zog vor allen Dingen junge Familien in den suburbanen Raum, nicht zuletzt wegen der Aussicht auf staatliche Fördermittel und steuerliche Vergünstigungen. Wer seinen Arbeitsweg mit dem eigenen PKW zurücklegte, konnte dies zum Beispiel seit 1955 als Werbungskosten geltend machen, wovon in erster Linie die zahlreichen Pendler profitierten. Überhaupt markiert die Parallelität von Massenmotorisierung und Suburbanisierung einen zentralen Punkt, immerhin wuchs die Zahl der Kraftfahrzeuge bis 1970 auf 13 Millionen an. Unter den neuen Autobesitzern befanden sich überproportional viele Arbeitnehmer, und seit dem Ende der sechziger Jahre erwarben immer mehr Frauen den Führerschein. Die oftmals beträchtlichen Distanzen zum Arbeitsplatz und zu den anfangs im Umland von Hamburg nicht sonderlich breit gestreuten Versorgungseinrichtungen ließen sich infolgedessen zumeist deutlich leichter überwinden als mit öffentlichen Verkehrsmitteln. In den siebziger Jahren wurde die Freude über das eigene Automobil jedoch zunehmend durch Parkplatzsorgen und die in der Hansestadt beinahe täglich auftretenden Verkehrstaus getrübt. Überdies gestaltete sich das

„Wohnen im Grünen“ längst nicht so idyllisch, wie es sich gerade ehemalige Stadtbewohner häufig vorgestellt hatten. So kam es zu massiven Protesten gegen den Bau von Umgehungsstraßen oder – in Anbetracht von Lärm- und Geruchsbelästigungen – zur Verhinderung von aus kommunalpolitischer Sicht lukrativen Industrieansiedlungen.

Bei derartigen Initiativen taten sich in der Regel die erst mit der Suburbanisierung ins Umland gezogenen Eigenheimbesitzer hervor, weil sie in erheblichem Maße ortsgebunden waren und deshalb besonders auf die Qualität und den Ruf ihres Wohnortes achteten. Zugleich lebten die meisten von ihnen in der Überzeugung, nach dem Umzug mit Nichts angefangen zu haben. Der gemeinsame Stolz auf einen Hauskauf, verbunden mit der Bewältigung immenser finanzieller Belastungen, konnte die zum Teil recht unterschiedlichen Erfahrungswelten der üblicherweise weiter in Hamburg arbeitenden Männern und der ihrer Ehefrauen indessen kaum überdecken. Während sich für die Pendler verhältnismäßig wenig änderte, standen die oftmals mit der Kinderbetreuung ausgelasteten Frauen vor der Herausforderung, sich möglichst rasch auf ihr neues Umfeld einzulassen. Trotz mancher Integrationsprozesse, begünstigt etwa durch Vereine, dominierten in den suburbanen Räumen grundsätzlich privatistische Lebensstile, bei den Zugezogenen ebenso wie bei den Alteingesessenen, deren vertraute Umgebung sich immer weiter veränderte. Gleichzeitig war die auch in der nahen Metropole auszumachende Tendenz zur Diversifizierung von Konsum- und Freizeitgewohnheiten stark ausgeprägt.

Zur Zeitgeschichte der Sexualität: Das Beate-Uhse-Archiv in der FZH

In der gegenwärtigen zeitgeschichtlichen Forschung findet der Bereich der Sexualität immer mehr Beachtung. Als erster bedeutsamer Anfang, eine Geschichte der Sexualität im Deutschland des 20. Jahrhunderts zu schreiben, erschien in diesem Jahr die vielbeachtete Studie von Dagmar Herzog „Sex after Fascism: Memory and Morality in Twentieth-Century Germany“ in englischer und deutscher Ausgabe („Die Politisierung der Lust“, München 2005). Die Autorin untersucht darin Zusammenhänge zwischen der Geschichte der Sexualität und der politischen Geschichte. Der Nationalsozialismus steht dabei gleich dreifach im Fokus: Herzog zeigt auf, wie sehr die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auch auf eine Kontrolle der Sexualität zielte, sie analysiert die widersprüchliche Haltung des NS-Systems zu Fragen der Sexualität und stellt dar, wie sehr die Erinnerung an den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik von dessen vermeintlicher Haltung zu sexuellen Fragen bestimmt wurde. Insbesondere geht es ihr um eine kritische Aufarbeitung der 1968er-Bewegung, die den Nationalsozialismus als ein sexualfeindliches System verstand und die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen auch als Folge der sexuellen Repression und ihrer mentalen Wirkungen deutete. Im Umkehrschluss wurde die eigene geforderte und praktizierte sexuelle Freizügigkeit als „antifaschistische“ Haltung und Praxis gerechtfertigt. Herzog weist demgegenüber nach, dass dem Nationalsozialismus – trotz seiner propagierten Förderung von Ehe und Familie – nicht an einer Unterdrückung der vor- und außerehelichen Sexualität gelegen war, solange sie zwischen Mann und Frau stattfand und die Bestimmungen der „Rassegesetze“

beachtete. Ihre zentrale These ist, dass die Rebellion der „1968er“ gegen die repressive Sexualmoral kein Protest gegen fortbestehende nationalsozialistische Tendenzen in der Gesellschaft war, sondern auf eine Haltung zielte, die sich in der Bundesrepublik erst seit Beginn der 1950er Jahre herausgebildet hatte.

Am 23. November 2005 veranstaltete die FZH in Kooperation mit dem Buchladen in der Osterstraße eine Diskussion mit der Autorin, die in New York Geschichte lehrt. Diese Veranstaltung stand in engem Zusammenhang zu unserer Vortragsreihe mit „Beiträgen zu einer Geschichte von Genuss und Luxus im 20. Jahrhundert“. Das Interesse der Forschungsstelle an Problemen der Sexualitätsgeschichte wurde angeregt durch eine US-amerikanische Kollegin, Prof. Elizabeth Heineman, deren großangelegte Studie: „Sexual Consumer Culture in an Age of Affluence. Erotica in West Germany before the legalization of pornography“ im Laufe des Jahres 2006 erscheinen wird. Über Prof. Heineman kamen auch jene Kontakte zustande, die dazu geführt haben, dass das Archiv der Forschungsstelle nun über eine bedeutende Sammlung zur Nachkriegsgeschichte der Sexualität verfügt. Den umfangreichsten Quellenbestand erhielten wir von der „Beate-Uhse-Stiftung zu Flensburg“. Es handelt sich um eine Sammlung von Archivalien, die die Firmengründerin Beate Rotermund zusammengetragen hat. Als wertvolle Ergänzung überließ uns eine andere Firma im Raum Stuttgart ihre Bibliothek zur Sexualwissenschaft, in der auch erotische Literatur enthalten ist. Für diese Bibliotheks- und Archivspenden danken wir den Materialgebern, Frau Heineman und insbesondere Frau Irmgard Hill, der langjährigen persönlichen Referentin Beate Uhse, die nach dem Tod der Firmengründerin in den Stiftungsvorstand eintrat. Frau Hill hat uns herzlich in Flensburg empfangen und sehr entgegenkommend weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt, die in den kommenden Monaten in das Archiv eingearbeitet werden.

Das Beate-Uhse-Archiv

Am 25.10.1919 wurde Beate Rotermund (geborene Köstlin, verwitwete Uhse) als Tochter eines Gutsbesitzers und einer Landärztin in Ostpreußen geboren. Sie war das jüngste von drei Kindern. 1937, mit 18 Jahren, erwarb sie den Pilotenschein, Ende Mai 1944 verunglückte ihr Ehemann als Hauptmann der Luftwaffe tödlich. Am 22. April 1945 gelang es ihr, mit einem Flugzeug von Berlin-Gatow nach Barth in Mecklenburg und acht Tage später weiter nach

Nordfriesland zu fliehen. 1946 verfasste sie die „Schrift X“ zur Geburtenkontrolle (Knaus-Ogino-Methode), von der allein 1947 rund 32 000 Exemplare verkauft wurden. Mit dieser Broschüre begann ihre unternehmerische Laufbahn. 1949 heiratete sie den Flensburger Kaufmann Ernst Walter Rotermund und gründete zwei Jahre später das „Beate Uhse Spezial-Versandhaus für Ehe- und Sexualliteratur und hygienische Artikel“.

1956 überstieg der Umsatz des Versandhauses erstmals die Grenze von einer Million DM. Der Kundenstamm belief sich auf 200 000 Interessenten und Interessentinnen. Gegen Beate Uhse wurden zahlreiche Ermittlungsverfahren eingeleitet, in denen sie fast immer vom Vorwurf freigesprochen wurde, unzüchtige Produkte zu verbreiten. 1960 hatte die Firma eine Million Kunden und Kundinnen und setzte in diesem Geschäftsjahr mit 100 Mitarbeitern 5,5 Millionen DM um. Im Dezember 1962 eröffnete das erste „Fachgeschäft für Ehehygiene“ in Flensburg; weitere Gründungen in zahlreichen Großstädten folgten. Im Mai 1999 ging die „Beate Uhse AG“ erfolgreich an die Börse. Beate Rotermund starb am 16. Juli 2001 in der Schweiz. Die von ihr gegründete Firma war zu diesem Zeitpunkt das größte europäische Unternehmen der Erotikbranche mit einem Jahresumsatz von 250 Millionen Euro, mehr als 1000 Mitarbeitern/innen und 200 Läden in sieben Ländern.

Beim Beate-Uhse-Archiv handelt es sich nicht um ein Firmenarchiv im engeren Sinn, sondern um eine Sammlung aus den Arbeitsfeldern der Firmengründerin und Chefin, die den Bekanntheitsgrad und die Popularität der eigenen Person beständig zur Werbung für das Unternehmen genutzt hat.

Als medienbewusster Mensch war Beate Rotermund-Uhse um Professionalität auch in diesem Bereich bemüht. Nach dem Fall der Mauer z. B. gehörte die Firma Beate Uhse zu den Ersten, die noch vor der Währungsunion den DDR-Markt erschloss. Kundenpost aus der DDR bzw. den neuen Bundesländern bot sie der BILD-Zeitung für entsprechende Serien an. Teile dieser Korrespondenz sind in der Sammlung enthalten und stehen streng anonymisiert für die wissenschaftliche Auswertung zur Verfügung. Auch Teile der Korrespondenz aus der BRD und den alten Bundesländern sowie Kataloganfragen aus den USA und Kanada (1993 bis 1997) sind erhalten und können – ebenfalls strikt anonymisiert – ausgewertet werden.

Vorhanden sind außerdem An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben, die von Beate und/oder Ernst Walter Rotermund geführt wurden (1949–

1977), Unterlagen über Gerichtsverfahren (1951–1975) und Gutachten, die im Zusammenhang mit diesen und anderen Verfahren erstellt wurden (1961–1978).

Die Sammlung zur Firma Beate Uhse umfasst eine umfangreiche „Presseschau“, eine von der Firma veranlasste Sammlung von Presseartikeln zur Firmengeschichte, zur in- und ausländischen Konkurrenz sowie zu verschiedenen sexuellen Fragen aus den Jahren 1967 bis 2001. In dieser Sammlung spiegelt sich — neben den gesellschaftlichen Entwicklungen — sowohl der wirtschaftliche Werdegang des Unternehmens als auch die persönliche Geschichte der Familienmitglieder, die 1972 durch die Scheidung des Ehepaars Rotermund und durch die Doppelhochzeit der Söhne Klaus und Dirk in den Vordergrund trat. Trotz der folgenden Umorganisation blieb die Firma bis zum Börsengang der Beate Uhse AG ein Familienunternehmen.

Eine wesentliche Ergänzung findet die „Presseschau“ in den gesammelten Firmenunterlagen (1947–2000). Sie zeigen die Wandlung der Firma zu einer Aktiengesellschaft bei gleichzeitiger Weiterführung des personengebundenen Namens und die schrittweise Anerkennung der Unternehmerin Beate Rotermund in der Flensburger Öffentlichkeit.

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens enthält die Sammlung Firmenprospekte (1967–1993), eine Überlieferung der Betriebszeitung „Absender Beate“ (1962–1973), einzelne Ausgaben des PR-Mitteilungsblattes „Beate Uhse informiert“ (1971–1977) sowie eine umfangreiche Sammlung von Warenprospekten und Versandhauskatalogen (1951–2001). Hinzu kommt eine umfangreiche Fotosammlung, beginnend mit den Anfängen der Firma in der Nicolai- und Wilhelmstraße und dem ersten „PR-Fotoarchiv“, das leider nur teilweise datiert und beschriftet ist. Die späteren Fotos geben Einblick in den Ausbau des Firmensitzes in der Gutenbergstraße und die Eröffnung von Fachgeschäften in zahlreichen Städten.

Ein zweiter Hauptteil der Sammlung bezieht sich auf die Biografie von Beate Rotermund.

Dieser Teil des Archivs unterstreicht die Bedeutung Beate Rotermunds als prominente Frau in der Öffentlichkeit. Der vorhandene Bestand an privaten Fotos wird sich nach der Einarbeitung aller Ergänzungen noch wesentlich erweitern.

Die firmeninterne Sammlung von erotischer Literatur wurde dem eingangs erwähnten Bibliotheksbestand eingegliedert, der als Abteilung „Kultur-

und Sozialgeschichte der Sexualität und Erotik“ (Signatur: I Wa bis I Wi) in der Bibliothek der FZH jetzt mehr als 1600 Bände umfasst. Alle diese Titel sind im Campus-Katalog recherchierbar und werden bei uns in Magazinaufstellung verwahrt.

Obwohl die Sammlung erst seit kurzem der Forschung zur Verfügung steht, wurde sie schon für eine Anzahl von Vorträgen und Aufsätzen genutzt:

– Elizabeth Heineman: Gender, Sexuality, and Coming to Terms with the Nazi Past [Central European History, vol. 38 (2005), no. 1, pp. 41–74]

– Elizabeth Heineman: Advertising Indecency: The Erotica Industry and the Limits of Federalism in the Early Federal Republic [Vortrag auf der Tagung der German Studies Association, Milwaukee, Oktober 2005]

– Elizabeth Heineman: Der „Mythos“ Beate Uhse [erscheint in: WerkstattGeschichte 2006]

– Mark Jakob/Donald U. Dee: Naughty but Nice: The Self-Fashioning of the Sex Products Industry. The Case of Beate Uhse [Vortrag auf dem Jahrestreffen der European Business History Association, Frankfurt a. M., September 2005]

– Dorothee Wierling: Unifications – East German Letters to Beate Uhse [Vortrag auf der Tagung der German Studies Association, Milwaukee, Oktober 2005]

Bei wissenschaftlichen Nutzungswünschen informieren wir den Stiftungsvorstand der „Beate-Uhse-Stiftung zu Flensburg“ und stellen die Unterlagen in Hamburg zur Benutzung bereit. Frau Heineman hat zunächst – bis ihre oben erwähnte Studie erschienen ist – das alleinige Auswertungsrecht der Materialien aus dem Zeitraum bis zur Freigabe der Pornografie für Erwachsene (1975) erhalten. Wie bei allen Teilen unseres Archivs sind wir auch bei dieser Sammlung um weitere Ergänzungen bemüht. Strenge Anonymisierung aller Materialien aus privaten Sammlungen ist selbstverständlich.

[Signatur: 18-9 Beate-Uhse-Archiv, Umfang: z. Zt. 12 lfm, nach Einarbeitung der Nachlieferung ca. 20 lfm, Findbuch vorhanden]

Tätigkeitsbericht der FZH

für das Jahr 2005

1. Personal und Gremien der FZH (Stand 31.12.2005)

DIREKTOR (UND VORSTAND)	<i>Prof. Dr. Axel Schildt</i>
STELLV. DIREKTORIN (UND STELLV. VORSTAND)	<i>Prof. Dr. Dorothee Wierling</i>
SEKRETARIAT	<i>Christiane Berth, M. A. (bis 31.08.) Claudia Kemper, M. A. (seit 15.09.)</i>
VERWALTUNG	<i>Susanne Linnig</i>
BIBLIOTHEK	<i>Dipl. Bibl. Karl Otto Schütt Dipl. Dok. Dorothee Mateika</i>
ARCHIV UND DOKUMENTATION	<i>Dipl. Bibl. Angelika Voß-Louis Joachim Szodrzynski Rüdiger Buchholtz, M. A. Ewald Dawid</i>
WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)	<i>Dr. Linde Apel Frauke Paech, M. A. (bis 31.10.) Monika Sigmund, M. A. (seit 12.12.)</i>
WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	<i>Prof. Dr. Volker Ackermann (bis 31.12.) Dr. Frank Bajohr Prof. Dr. Ursula Büttner Prof. Dr. Karl Christian Führer (bis 30.06.) Tino Jacobs, M. A. (Doktoranden- Stipendium der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus) Dr. Detlef Siegfried (bis 31.07.) Dr. Meik Woyke (seit 01.02.)</i>

**ALS ASSISTENTIN DES SCHRIFTFÜHRERS
DES VERBANDES DER HISTORIKER UND
HISTORIKERINNEN DEUTSCHLANDS**

Nora Helmlí

Im Rahmen von Bibliothek, Archiv und Werkstatt der Erinnerung (WdE) waren Praktikantinnen und Praktikanten von vier Wochen bis zu drei Monaten beschäftigt, außerdem unterstützen uns einige studentische Hilfskräfte sowie Schreibkräfte auf Honorarbasis (in der WdE).

Ausgeschieden ist die Leiterin der Verwaltung, Antje Treptow; ihren Aufgabenbereich hat Susanne Linnig, vormals Sekretariat, übernommen, das wiederum zunächst von Christiane Berth und mittlerweile von Claudia Kemper geführt wird. Ausgeschieden ist in der WdE Frauke Paech; ihre Nachfolgerin ist Monika Sigmund.

KURATORIUM

Dr. Roland Salchow

Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit
der Freien und Hansestadt Hamburg, Vorsitz

Erhard Pumm

Deutscher Gewerkschaftsbund, stellvertretender Vorsitz

Dr. Sabine Bamberger-Stemann

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Jörg Hamann

Deputation der Behörde für Wissenschaft und
Gesundheit

Prof. Dr. Angelika Schaser

in Vertretung des Präsidenten der Universität Hamburg

Peter Jaffé

Jüdische Gemeinde Hamburg

Wolfgang Marx

Deputation der Behörde für Wissenschaft und
Gesundheit

Prof. Dr. Adelheid von Saldern
Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats
Michael Schönherr
Deputation der Behörde für Wissenschaft und
Gesundheit
Dagmar Wiedemann
Deputation der Behörde für Wissenschaft und
Gesundheit

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Adelheid von Saldern
Universität Hannover, Vorsitz
Prof. Dr. Barbara Vogel
Universität Hamburg, stellv. Vorsitz Fachbereich Philoso-
phie und Geschichtswissenschaft
Prof. Dr. Ute Daniel
Universität Braunschweig
Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel
Universität Tübingen
Prof. Dr. Christoph Kleßmann
Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
PD Dr. Christof Mauch
Deutsches Historisches Institut, Washington D. C.
Prof. Dr. Jürgen Reulecke
Universität Gießen
Dr. Jill Stephenson
University of Edinburgh

Ausgeschieden ist im Januar 2005 Prof. Dr. Peter Reichel (Universität Ham-
burg).

2. Forschung

Konzeptionelle Grundlagen der Forschung sind gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Beirat erarbeitet und in einem auf mehrere Jahre angelegten Forschungsplan umgesetzt worden, der vom Kuratorium der FZH Ende 2002 beschlossen worden ist. In monatlich stattfindenden internen Forschungskolloquien wird über den Fortgang der einzelnen Projekte diskutiert, die in fünf Schwerpunkten angesiedelt sind.

a) Hamburg im „Dritten Reich“

Das Jahr 2005 stand öffentlich im Zeichen der Aktivitäten zum 60. Jahrestag des Kriegsendes. Abgestimmt auf dieses Datum hat die FZH den 800-seitigen und mit 200 Abbildungen versehenen Band „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ herausgegeben, die erste Veröffentlichung im renommierten Göttinger Wallstein Verlag, in dem ab 2006 auch unsere Reihe „Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte“ erscheinen wird.

Der Band wurde auf einer gemeinsamen Veranstaltung von Senat, Bürgerschaft und FZH zum 60. Jahrestag des Kriegsendes im Hamburger Rathaus am 28.4.2005 vorgestellt. Einen Vortrag dazu hielt Prof. Dr. Richard J. Evans (University of Cambridge), der anschließend dazu mit Prof. Dr. Norbert Frei (Universität Jena) und Prof. Dr. Axel Schildt diskutierte. Die Hamburger Bürgerschaft hat die Begrüßungsworte des Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft, Herrn Berndt Röder, und die Rede von Prof. Evans als Broschüre gedruckt.

Eine Vortragsreihe mit den Autorinnen und Autoren des Buches organisierte die FZH im Allgemeinen Vorlesungswesen der Universität Hamburg im Sommersemester 2005 (s. unter 4). Im Durchschnitt wurden die Vorträge von 150 bis 200 Zuhörern besucht. Hinzu kommen einige weitere Veranstaltungen mit hamburgischen Kooperationspartnern. Im Mai wurde der Band auf einer gut besuchten Veranstaltung des Buchladens Osterstraße vorgestellt. Im Januar 2006 werden einige der Autoren eine Tagung zu „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ im Haus Rissen gestalten.

Als Band 3 der Reihe „Hamburger Zeitspuren“ erschien im Frühjahr 2005 eine Geschichte der Kindertransporte nach Großbritannien 1938/39 von Christiane Berth. Die Veröffentlichung wurde mit einem Druckkostenzuschuss der Köhler-Stiftung unterstützt. Die Autorin stellte ihr Buch auf einer gemeinsamen

Veranstaltung der Landeszentrale für Politische Bildung mit der FZH im Rathaus am 12.4.2005 vor. Einen besonders nachdrücklichen Eindruck hinterließen die von Christiane Berth präsentierten Tonbandaufnahmen von Interviews mit Überlebenden der Kindertransporte aus der Werkstatt der Erinnerung (WdE).

Mit Band 4 der „Hamburger Zeitspuren“, der im Herbst 2005 veröffentlicht wurde, liefern Prof. Dr. Peter Reichel und Dr. Harald Schmid unter dem Titel „Von der Katastrophe zum Stolperstein. Hamburgs Umgang mit dem Nationalsozialismus“ eine Skizze über die so genannte zweite Geschichte des Nationalsozialismus und zeigen wichtige Desiderata auf.

Die Ergebnisse des in früheren Jahren in der FZH bearbeiteten Projekts zur Zwangsarbeit in Hamburg im Zweiten Weltkrieg, eine umfangreiche Monographie von Dr. Friederike Littmann, die im letzten Tätigkeitsbericht bereits für den Herbst 2005 angekündigt worden war, wird nun (in der Reihe „Forum Zeitgeschichte“ Bd. 16) im Januar 2006 ausgeliefert werden.

Nach einigen internen Beratungen, einem Gespräch im Kreis der Förderer und Freunde der FZH und einer Diskussion im Wissenschaftlichen Beirat im Februar 2005 sind vier Grundlinien für die Fortführung des Forschungsschwerpunktes „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ nach dem Abschluss des gleichnamigen Werks herausgearbeitet worden:

a) Auch nach der Herausgabe des genannten Bandes gibt es nach wie vor historiographische Desiderate, nicht zuletzt hinsichtlich der großstädtischen Lebenswelten vor und während des Zweiten Weltkriegs. Forschungen zur Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg werden von der FZH auch in Zukunft betrieben und publiziert.

b) Bewährt hat sich der Ansatz, mit Längsschnittuntersuchungen sozialer Gruppen und Milieus, politischer und gesellschaftlicher Prozesse (wie etwa im Projekt zur ‚Medienmetropole Hamburg‘) die Zeit des ‚Dritten Reiches‘ einzuschließen und damit in den Zusammenhang des 20. Jahrhunderts zu stellen.

c) Neue Aufschlüsse erwarten wir uns vom zeitgenössischen Blick von außen auf Hamburg. Hierzu bereitet Dr. Frank Bajohr ein Projekt „Blicke von außen ins ‚Dritte Reich‘. Konsulatsberichte über die deutsche Gesellschaft in der NS-Zeit 1933–1945“ vor. Eine erste Fassung wurde in der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats im Februar 2005 diskutiert.

d) Die „zweite Geschichte des Nationalsozialismus“, die Untersuchung des Umgangs mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen in Hamburg, wird die

Forschungen in den nächsten Jahren stärker bestimmen. In Vorbereitung ist hierzu etwa ein von Prof. Dr. Dorothee Wierling und Dr. Linde Apel in Kooperation mit dem Universitätskrankenhaus Eppendorf konzipiertes Projekt zu psychischen und familiären Folgen des Hamburger Feuersturms 1943, das Anfang 2006 als Antrag einer forschungsfördernden Stiftung vorgelegt werden soll.

Die Leitlinien zur künftigen Forschung zum Nationalsozialismus in Hamburg durch die FZH wurden von Prof. Dr. Axel Schildt auf einer Sitzung des Wissenschaftsausschusses der Hamburger Bürgerschaft erläutert, die aufgrund einer Großen Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion im Februar 2005 über die Aktivitäten zur Erforschung und den Umgang mit dem Nationalsozialismus in Hamburg diskutierte.

b) Hamburgische Eliten im 20. Jahrhundert

In diesem Forschungsschwerpunkt werden die Bedingungen, Funktionsmechanismen und Formen der Konstruktion und Selbstkonstruktion von Eliten im Sinne von wirtschaftlicher Macht sowie kultureller Hegemonie am Beispiel des städtischen Raumes Hamburg analysiert. Dabei sollen biographische Studien, Arbeiten über verschiedene professionelle Gruppen, die den Eliten zugeordnet werden, über Orte elitärer Sozialisation, politischer und wirtschaftlicher Macht sowie informeller Gesellung erstellt werden. Konzeptionell wird die Verbindung von Stadtgeschichte und Elitenforschung als besonders tragfähig angesehen. Bearbeitet werden z. Zt. drei Projekte.

1. Erik Blumenfeld (1915–1997). Eine Biographie (Bearbeiter: Dr. Frank Bajohr).

Die Erkundung des Lebensweges von Blumenfeld, als Sohn eines angesehenen jüdischen Kaufmanns und einer dänischen Gutsbesitzertochter in die Hamburger Gesellschaft hineingeboren, nach 1933 verfolgt und wegen „Wehrkraftzersetzung“ in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald inhaftiert, gilt einem profilierten Unternehmer und einem der wichtigsten hamburgischen CDU-Politiker der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Für das Projekt konnten 2005 wesentliche Quellenrecherchen abgeschlossen werden. So ist der umfangreiche Nachlass Blumenfelds im Bundesarchiv Koblenz nunmehr vollständig ausgewertet. Ebenfalls abgeschlossen wurden Archivrecherchen im Unternehmensarchiv der Axel Springer AG, wo der Briefwechsel zwischen Blumenfeld und Springer eingesehen wurde, sowie im Archiv

der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Berlin („Birthler-Behörde“). Das Archiv der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem hat den Schriftwechsel Blumenfelds mit seiner Mutter während seiner Inhaftierung in den Lagern Auschwitz und Buchenwald zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden Gespräche mit ehemaligen Zeitzeugen geführt, u. a. mit Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt.

2. Zentrale Orte der städtischen Elite im 20. Jahrhundert –
Industrie-Club Düsseldorf und Übersee-Club Hamburg
(Bearbeiter: Prof. Dr. Volker Ackermann)

Der Förderungszeitraum, in dem das Projekt von der Gerda-Henkel-Stiftung und vom Industrie-Club Düsseldorf finanziert wurde, endete im Dezember 2005. Der als Mitarbeiter ausgeschiedene Bearbeiter ist dabei, eine Monographie zu erarbeiten und einen Band mit Reden, die seit 1912 im Düsseldorfer Industrieklub gehalten wurden, zu edieren. Dabei werden auch vergleichende Blicke auf den 1922 gegründeten Hamburger Überseeklub geworfen.

3. Rauch und Macht. Die Firma Reemtsma 1920 bis 1961
(Bearbeiter: Tino Jacobs, M. A.)

Die Studie wird im Rahmen eines Dissertationsprojektes bearbeitet, das die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius mit dem „Gerd-Bucerius-Doktorandenstipendium“ (30 000 € Ausstattung) seit dem 1.4.2004 fördert.

Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage, mit welchen Mitteln und Strategien Philipp F. Reemtsma (1893–1959) und seine Brüder ihre Zigarettenfirma zu einem über Jahrzehnte nahezu ungebrochen erfolgreichen Konzern ausbauen und sich so als bedeutende Akteure der Hamburger Wirtschaftselite etablierten. Die Analyse der Firmenentwicklung ist daher eng mit biographischen sowie sozial- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen verknüpft. Die Recherchen für das Projekt sind weit gediehen, erste Ergebnisse wurden vom Bearbeiter im Oberseminar von Prof. Dr. Axel Schildt an der Universität Hamburg, im internen Forschungskolloquium der FZH und auf einer Tagung „Serving Consumers?“ an der Universität Reading (GB) vorgestellt.

4. „Kaffee-Welten – Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee im
norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert“
(Bearbeiterin: Prof. Dr. Dorothee Wierling)

Das unter 2e) näher vorgestellte Projekt „Kaffee-Welten – Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee im norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert“ weist enge Verbindungen zum Schwerpunkt Eliten auf. Denn hier geht es im Kern um das Milieu der Hamburger Kaffee-Importeure und -röster, die bis in die 1970er Jahre als Familienunternehmen ihren Sitz in der Hamburger Speicherstadt hatten. In dem Projekt geht es einerseits um die innere Struktur und Dynamik dieses Milieus, andererseits seine Stellung im Gefüge der ökonomischen, politischen und kulturellen Eliten der Stadt sowie um seine Außenbezüge, insbesondere nach Lateinamerika.

c) Herrschaft, Not und Verfolgung von der Weltwirtschaftskrise bis zum Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg

1. Das Projekt „Fürsorge und Herrschaft“ zur öffentlichen Wohlfahrtspolitik in Hamburg 1930–1943 (Bearbeiter: Dr. Uwe Lohalm) befindet sich in der Phase der Niederschrift. Gekürzte Passagen sind in die beiden Beiträge „Für eine leistungsbereite und erbgesunde Volksgemeinschaft: Selektive Erwerbslosen- und Familienpolitik“ sowie „An der inneren Front: Fürsorge für die Soldatenfamilie und rassenhygienische Krankenpolitik im Krieg“ in den Band „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ (s. o.) eingeflossen.

2. Das Projekt zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung ehemals Verfolgter 1945–1953 (Bearbeiterin: Prof. Dr. Ursula Büttner) befindet sich im Stadium der Quellenerschließung. Erste Ergebnisse zum Schicksal verfolgter Hamburger im Exil wurden im Band „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ (s. o.) veröffentlicht. Die Bearbeiterin schließt gerade ein bedeutendes geschichtswissenschaftliches Einführungs- und Überblickswerk, den „Gebhardt“ (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 18), zur Geschichte der Weimarer Republik ab und wird sich danach voll auf ihr Projekt konzentrieren. Dieses Projekt wurde 2005 durch die Sichtung und kapitelweise Vorordnung zunächst der englischen Quellen aus dem Public Record Office sowie durch Literaturrecherchen vorangetrieben.

3. Das Projekt zum Verhältnis von sozialer Realität und dichterischer Fiktion im Werk von Schriftstellern 1943–1953 (Bearbeiter: Joachim Szodrzyński) befindet sich in der Phase der Niederschrift.

d) Öffentlichkeit und populäre Kulturen

Die beiden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekte „Medienmetropole Hamburg – vom Ende der 1920er bis zum Beginn der 1960er Jahre“ (Bearbeiter: Prof. Dr. Karl Christian Führer) und „Konsum, Medien und Politik in der Jugendkultur der 1960er Jahre“ (Bearbeiter: Dr. Detlef Siegfried) sind Mitte 2005 erfolgreich abgeschlossen worden. Das umfangreiche Manuskript von Dr. Detlef Siegfried zur westdeutschen Jugendkultur der 1960er Jahre ist von der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Hamburg als Habilitationsschrift angenommen worden. Die Veröffentlichung wird in der Reihe der FZH „Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte“ im Wallstein-Verlag im Herbst 2006 erfolgen. Die Veröffentlichung der von Prof. Dr. Karl-Christian Führer erarbeiteten Darstellung wird in einer der Reihen der FZH 2007 erfolgen.

1. Kurz vor dem Abschluss steht eine mentalitätsgeschichtliche Studie „Die Katastrophe im Gedächtnis – Zur kulturellen Deutung und lebensgeschichtlichen Bedeutung von Naturkatastrophen am Beispiel der Hamburger Sturmflut 1962“ (Bearbeiterin: Frauke Paech M. A.). Exemplarisch untersucht werden hier die Erzählungen damals betroffener Menschen mit dem Ziel, die Verflechtungen und Wechselverhältnisse zwischen subjektiver Erinnerung und öffentlichem Gedenken herauszuarbeiten. Zu diesem Zweck wurden etwa 50 themenzentrierte qualitative Interviews geführt und zum größeren Teil mit einer Filmkamera digital aufgezeichnet. Die Forschungsergebnisse werden nicht nur als schriftlicher Text, sondern auch als Dokumentarfilm präsentiert, der sich bereits in der Phase der Postproduktion befindet.

2. Neben ihren sonstigen Aufgaben (s. u. 8) bearbeitet die Leiterin der WdE, Dr. Linde Apel, seit Ende 2003 das Projekt „Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 70er Jahre“. Im Mittelpunkt stand 2005 die Beschäftigung mit den konservativen Vorgängerorganisationen der 1960er Jahre, vor allem mit dem von der JU Rheinland ins Leben gerufenen Verband kritischer Schüler und anderer, die 1974 in die Gründung der Schüler-Union mündeten. Dazu wurden die einschlägigen Aktenbestände im Nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf ausgewertet. Zudem wurden zahlreiche Interviews mit Aktivisten der frühen Hamburger Schüler-Union geführt.

3. Das 2004 begonnene und von der DFG geförderte Projekt „Lokale Wiederaufbau-Politik und Geschichtsdeutungen. Kontroversen um kriegszerstörte Baudenkmale in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Experten-Politik und bürgerschaftlichem Engagement 1949–1989“ (Bearbeiter: PD Dr. Georg Wagner-Kyora), das auch Hamburger Fallbeispiele enthält und gemeinsam von Prof. Dr. Adelheid von Saldern (Universität Hannover) und Prof. Dr. Axel Schildt (FZH) geleitet wird, wurde in Absprache mit der DFG nach der Recherchephase (darüber wurde auf der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats 2005 berichtet) unterbrochen, weil der Bearbeiter zur Zeit eine stadthistorische Professur an der TU Berlin vertritt. Das Projekt wird danach (die DFG bewilligte die Förderung für ein weiteres Jahr) fortgeführt.

e) Außenbezüge und globale Netzwerke

1. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte, am 1.4.2004 begonnene und gemeinsam von Prof. Dr. Axel Schildt (FZH) und Prof. Dr. Michael Ruck (Universität Flensburg) geleitete Projekt „Suburbane Erfahrungsräume: Das nördliche Umland Hamburgs von den fünfziger Jahren bis in die siebziger Jahre“ wurde nach viermonatiger Unterbrechung am 1.2.2005 durch Dr. Meik Woyke als Bearbeiter wieder aufgenommen. Die Phase der Materialerschließung steht kurz vor dem Abschluss. Neben Unterlagen aus Kreis- und örtlichen Archiven wurden ausgewählte Lokal- und Regionalzeitungen aus den vier schleswig-holsteinischen Randkreisen von Hamburg sowie Ortschroniken ausgewertet. Um die Wahrnehmungen und Erfahrungen der einstmals oder immer noch im suburbanen Raum lebenden Bevölkerung schärfer zu konturieren, wurden bislang zwölf narrative Zeitzeugeninterviews durchgeführt. Als Gesprächspartner standen unter anderem Kommunalpolitiker, Lehrer, Geschäftsleute und Vereinsfunktionäre zur Verfügung. Zudem konnten Hausfrauen und Personen, die ihre Jugendzeit in den fünfziger oder sechziger Jahren im nördlichen Umland von Hamburg erlebt haben, in explorativer Absicht befragt werden. (siehe auch die Beiträge auf S. 22 und S. 78)

2. Das bereits im Tätigkeitsbericht der FZH für das Jahr 2004 dargestellte und von Prof. Dr. Dorothee Wierling konzipierte Projekt „Kaffee-Welten – Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee im norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert“ wurde im April 2005 bei der DFG eingereicht und im Dezember bewilligt, allerdings nur zwei von drei beantragten Teilprojekten. Bei den bewil-

ligten Teilprojekten handelt es sich einerseits um die Geschichte des Hamburger „Kaffee-Milieus“, seine historische Entwicklung, innere Dynamik und Hamburger Bezüge (Bearbeiterin: Prof. Dr. Dorothee Wierling). Bei dem zweiten Teilprojekt geht es um die Außenbezüge der norddeutschen, insbesondere Hamburger Kaffeehändler, insbesondere mit Lateinamerika (Bearbeiterin: Christiane Berth M. A.). Für das dritte Teilprojekt zum Kaffeekonsum (vorgesehene Bearbeiterin: Monika Sigmund M. A.), das zwar von der DFG positiv beurteilt, für das Gesamtprojekt aber als nicht so zentral angesehen wurde, werden wir einen eigenen Antrag bei einer anderen Stiftung stellen.

3. Ebenfalls als Antrag zur Förderung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist von Prof. Dr. Axel Schildt (im Juni 2005) das Projekt eingereicht worden: „Chinesenviertel in westeuropäischen Hafenstädten: London, Rotterdam, Hamburg. Eine transnationale Migrations- und Wahrnehmungsgeschichte, 1900–1950“ (vorgesehener Bearbeiter: Dr. Lars Amenda). Das Forschungsprojekt soll zum einen die transnationale Migrationsgeschichte chinesischer Seeleute und Männer in Westeuropa untersuchen. Die maritimen Wege und Mechanismen der Wanderungen sollen rekonstruiert und lokale und nationale Unterschiede in den verschiedenen Hafenstädten herausgearbeitet werden. Zum anderen wird die Wahrnehmung der chinesischen Migranten durch die jeweilige einheimische Stadtbevölkerung thematisiert. Anhand der Reaktionen gegenüber den Chinesen soll das Spannungsfeld zwischen dem Fremden und dem Eigenen großstädtischer Gesellschaften in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts analysiert werden. Dieser Untersuchungszeitraum bietet sich an, da um 1900 die chinesische Migration nach Europa zunahm und die Chinesenviertel nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr existierten.

3. Gastwissenschaftler

Die FZH verfügt nicht über einen Etat für Gastwissenschaftler, die deshalb in der Regel über wissenschaftsfördernde Einrichtungen finanziert werden. 2005 waren zu Gast:

Prof. Dr. Elizabeth Heineman (University of Iowa): Forschungen zu „Sexuelle Konsumkultur 1945–1975“.

Prof. Dr. Keiichii Kawate (Universität Tokio): Forschungen zur Sozialpolitik in der Weimarer Republik

Prof. Dr. Thomas Ferguson (University of Massachusetts, Boston): Forschungen zur Weltwirtschaftskrise und zur Rolle von Unternehmen beim Aufstieg des Nationalsozialismus

4. Öffentliche Vorträge

Fortsetzung der Vorträge in der Reihe des Forschungskolloquiums, Wintersemester 2004/05:

Die Deportation der Juden aus Deutschland 1938–1945: Ergebnisse neuerer Forschungen 2005 (in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden)

6. Januar 2005

Dr. Beate Meyer (Hamburg): Vollkommen machtlos? Handlungsspielräume jüdischer Repräsentanten während der Deportationen. Drei Städte im Vergleich

13. Januar 2005

Robert Kuwalek (Majdanek, Belzec): Short life in the „East“: Jewish Germans in the Lublin District from a Polish-Jewish perspective

27. Januar 2005

Dr. Frank Bajohr (Hamburg): „Jetzt plagt sie das Gewissen und sie haben Angst“. Die deutsche Bevölkerung und die Deportationen 1938–1945

3. Februar 2005

Prof. Dr. Christiaan Frederik Rüter: Täter vor Gericht. Ost- und westdeutsche Prozesse gegen die Verantwortlichen für die Deportationen (siehe auch den Beitrag S. 50)

21. Januar 2005

Workshop

der FZH in Kooperation mit der Katholischen Akademie Hamburg: „Generationen in der Geschichte“.

Das Konzept der „Generation“ ist in den letzten Jahre nicht nur für die Geschichtswissenschaft interessant geworden, auch in der öffentlichen

Debatte spielt diese Kategorie eine große Rolle. (siehe auch den Beitrag S. 74)

Als Experten diskutierten untereinander und mit den Teilnehmern des Workshops: Prof. Dr. Jürgen Reulecke (Universität Giessen), Prof. Dr. Bernd Weisbrod (Universität Göttingen), Prof. Dr. Michael Wildt (Hamburger Institut für Sozialforschung)

12. April 2005

Buchvorstellung im Rathaus

der FZH in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung (Hamburg) und des Dölling und Galitz Verlages:

Christiane Berth

„Die Kindertransporte nach Großbritannien 1938/39. Exilerfahrungen im Spiegel lebensgeschichtlicher Interviews“

Grußwort: Dr. Reiner Schmitz, Staatsrat der Behörde für Bildung und Sport

25. April 2005

Öffentlicher Vortrag

von Thomas Ekman Jørgensen (Universität Kopenhagen)

„Kleiner Imperialstaat oder moralische Supermacht? Die Linke und die Nation in Dänemark und Schweden 1956–1980“

27. April 2005

Öffentlicher Vortrag

der FZH in Kooperation mit der Neuen Gesellschaft, dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden und der Buchhandlung Seitenweise von Regina Scheer:

„Im Schatten der Sterne. Eine jüdische Widerstandsgruppe“

28. April 2005

Gedenkveranstaltung im Rathaus

Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg und die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) laden ein:

„Hamburg 60 Jahre nach dem Krieg – Zeit für eine Schlussbilanz? Betrachtungen eines britischen Historikers“

Grußworte: Ole von Beust, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg; Berndt Röder, Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft

Einleitung: Prof. Dr. Axel Schildt, Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Vortrag und Podiumsdiskussion: Prof. Dr. Richard J. Evans, Universität Cambridge; Prof. Dr. Norbert Frei, Universität Jena

Ringvorlesung der FZH im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg im Sommersemester 2005 – Hamburg im „Dritten Reich“

14. April 2005

Prof. Dr. Axel Schildt: Zwischen „Hamburg-Legende“ und „Mustergau-These“. Der lange Weg zur geschichtswissenschaftlichen Erforschung des „Dritten Reichs“ in Hamburg

21. April 2005

Prof. Dr. Ursula Büttner: Die NSDAP auf dem Weg zur Macht in Hamburg. Politische und gesellschaftliche Voraussetzungen des Aufstiegs

12. Mai 2005

Dr. Uwe Lohalm: „...bis in die letzten Kriegstage intakt und voll funktionsfähig“. Hamburgs Verwaltung – ein Garant der nationalsozialistischen Herrschaft

26. Mai 2005

PD Dr. Klaus Weinbauer: Handelsplatz oder Wirtschaftsmetropole? Die Hamburger Wirtschaft während der NS-Herrschaft;
Prof. Dr. Karl Christian Führer: Wohnungsbau in der „Führerstadt“

2. Juni 2005

Dr. Uwe Schmidt/Paul Weidmann: „... das unumstößliche Gedankengut des Nationalsozialismus pädagogisch in die Tat umsetzen“ – Hamburger Schulen im „Dritten Reich“

9. Juni 2005

PD Dr. Rainer Nicolaysen: Die Universität zwischen Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung

16. Juni 2005

PD Dr. Rainer Hering: Die Kirchen – zwischen Begeisterung, Anpassung und Resistenz

23. Juni 2005

Dr. Detlef Garbe: Institutionen des Terrors und der Widerstand der Wenigen

30. Juni 2005

Dr. Frank Bajohr: Verdrängung, Isolation, Deportation. Zur Verfolgung der Hamburger Juden 1933–1945

7. Juli 2005

Joachim Szodrzynski: Das Verschwinden der Volksgemeinschaft im Bombenkrieg

17. und 18. Juni 2005

Tagung

der FZH und des Arbeitskreises Politik und Geschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft im Gästehaus der Universität Hamburg

17. Juni 2005

Begrüßung: Prof. Dr. Dorothee Wierling, stellvertr. Direktorin der FZH
Einführung in das Tagungsthema: Dr. Michael Kohlstruck (Berlin)

Christian Weiß (Montréal): Das historische Argument in den Debatten um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union

Dr. Christian Kühberger (Greifswald): Invented Europe. Zur Instrumentalisierung der Geschichte

Dr. Rüdiger Ritter (Bremen): Europäische Geschichtspolitik und nationales historisches Gedächtnis – Widerspruch oder Ergänzung?

Öffentlicher Abendvortrag: Prof. Dr. Axel Schildt (Hamburg): Memorialkultur und Geschichtspolitik – nationale Dimension, lokale Narrative und europäische Konstruktion

18. Juni 2005

Dr. des. Helmut Heit (Hannover): Identitätspolitische Geschichtskonstruktion in der EU Verfassung

PD Dr. Wolfgang Bergem (Wuppertal): Europas Werte als Grundlage europäischer Identität

Dr. Ingo Haar (Berlin): Vertreibung in Europa. Erinnerungspolitik und Vertriebenenforschung in der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland

24. bis 26. 6. 2005

Tagung

der FZH und der Evangelischen Akademie Loccum in Loccum:

„Die Geschichte des Erfolgsmodells BRD im internationalen Vergleich.“

Tagungsleitung: Prof. Dr. Jörg Calließ, Evangelische Akademie Loccum; Prof. Dr. Axel Schildt; Dr. Detlef Siegfried

Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt (European University Institute, Florenz):

Was heißt es für die Geschichte, sich auf eine vergleichende Perspektive einzulassen? Wie müsste eine Europäisierung der Zeitgeschichte aussehen?

Podiumsdiskussion mit einführenden Thesen: Was leistet deutsche Zeitgeschichte und wie wird die Geschichte der BRD in einen internationalen Vergleich gestellt?

Moderation: Prof. Dr. Axel Schildt, FZH

Dr. Daniela Münkel (Universität Hannover)

Dr. Winfried Süß (Universität München)

Dr. Gabriele Metzler (Universität Tübingen)

Podiumsdiskussion mit einführenden Thesen: Wie europäisch ist die deutsche Zeitgeschichte?

Moderation: Dr. Detlef Siegfried, FZH

Thomas Ekman Jørgensen (Kopenhagen)

Dr. Nick Thomas (University of Nottingham)

Krijn Thijs (Amsterdam)

Corine Defrance (CNRS, Paris)

Parallel tagende Arbeitsgruppen:

AG 1: Vergangenheitspolitik

Leitung: Prof. Dr. Axel Schildt (FZH Hamburg)

Beiträge: Dr. Lu Seegers (Universität Siegen)
Stephan A. Glienke (Universität Hannover)

AG 2: Politische Kultur und Öffentlichkeit

Leitung: Prof. Dr. Christoph Kleßmann (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam)

Beiträge: PD Dr. Ulrich Pfeil (Deutsches Historisches Institut, Paris)

AG 3 Wertewandel, Sozialkultur und Alltag

Leitung: Dr. Detlef Siegfried (FZH Hamburg)

Beiträge: Dr. Heidrun Kämper (Institut für Deutsche Sprache, Mannheim)
Dr. Patrick Bernhard (Institut für Zeitgeschichte, München)

AG 4 Demokratieentwicklung und Reform von Staat und Gesellschaft

Leitung: Dr. Arnd Bauerkämper (FU Berlin)

Beiträge: Michael Sturm (Leipzig)
Dr. Thomas Etzemüller (Universität Oldenburg)

AG 5 Sozialer Wandel, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik

Leitung: Prof. Dr. Lutz Raphael (Universität Trier)

Beiträge: Dr. Till Kössler (Universität München)

AG 6 Bildungsoffensive, Hochschulreform und Studentenbewegung

Leitung: Dr. Daniela Münkel (Universität Hannover)

Beiträge: Dr. des Frank Renken (Centre Marc Bloch, Berlin)
Matthias Kirchner (Heidelberg Center for American Studies)
Carola Dietze (Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen)

17. und 18. September 2005

Tagung

der FZH in Kooperation mit der TU Hamburg-Harburg und der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) „Wachsende und schrumpfende Städte. Geschichte – Gegenwart – Zukunft“

(Die Tagung wurde gefördert von der Fritz Thyssen Stiftung.)

Koordination: Prof. Dr. Axel Schildt (FZH), PD Dr. Dirk Schubert (TU Hamburg-Harburg, Städtebau und Quartiersplanung)

Begrüßung: Prof. Dr. C. Zimmermann, GSU (Universität Saarbrücken)

Prof. Dr. Axel Schildt (FZH)

Prof. Dr. Michael Koch, Dekan Studiengang Stadtplanung (TU Hamburg-Harburg)

Einführungsvortrag: Prof. Dr. Axel Schildt, (FZH): „Wachsende Stadt Hamburg – Historische Visionen und Realitäten“

Themengruppe 1: Ungleichzeitigkeiten von Wachstum und Schrumpfung

Diskussionsleitung: Prof. Dr. C. Zimmermann (Universität Saarbrücken)

Prof. Dr. Ursula von Petz, (Universität Dortmund, Institut für Raumplanung): Siedlungswachstum, Schrumpfung und Regionalplanung im Kontext der Nordwanderung des Ruhrgebietes

Dr. phil. Christian Heppner (Isernhagen): Garbsen – Stadtgründung und Wachstum im suburbanen Raum bei Hannover

Dipl. Ing. Carsten Benke (TU-Berlin ISR): Kleine Städte im 19. Jahrhundert zwischen Modernisierung und Provinzialisierung:

Wachstum und Schrumpfung unter dem Einfluss von Eisenbahn und Industrialisierung

Themengruppe 2: Zur Planungsgeschichte des Umgangs mit Schrumpfung

Diskussionsleitung: PD. Dr. Chr. Bernhardt (IRS Erkner/Berlin)

PD Dr. Thomas Bohn (Friedrich-Schiller-Universität Jena): Das „Minsker Phänomen“ – Wachstumsphasen und Planung einer „sozialistischen Stadt“

Dr. Manfred Kühn (Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Berlin/Erkner): Wachstum, Schrumpfung und Revitalisierung in märkischen Mittelstädten.

Dr. Brigitta Ziegenbein (Bauhaus-Universität Weimar): Halle: Von der Schwere der Leere oder „Wissen“ als Entwicklungsmotor

Dipl. Ing. Celina Kress (TU-Berlin): Wachstum und Schrumpfung in der Region Merseburg

Dr. Frank Betker (RWTH Aachen): Rostock und Halle – Paradoxien von Wachstum und Schrumpfung in der DDR

Themengruppe 3: Planungs(geschichte) und Umgang mit Wachstum ‚anderswo‘

Diskussionsleitung: Prof. Dr. Harald Bodenschatz (TU-Berlin)

Prof. Dr. Axel Prieb (Region Hannover/Universität Kiel): Kopenhagen: Persistenz und Wandel planerischer Leitbilder für wachsende Stadtregionen

PD Dr. Dirk Schubert (TU Hamburg-Harburg): London – Wachstum und Schrumpfung mit und ohne Pläne

Dr. Gerd Kuhn (Universität Stuttgart): Changing Shanghai – Wachstumsprozesse zwischen Modernisierung und Erhalt

Dipl. Ing. Barbara Schöning (TU Berlin): Daniel Burnhams Erben. Zivilgesellschaft und Regionalplanung in Chicago

Themengruppe 4: Zur Relevanz planungshistorische Leitbilder – Kontinuitäten und Brüche

Prof. Dr. Jürgen Pietsch (TU Hamburg-Harburg): Schrumpfung von Städten und industriegesellschaftliche Wachstumsparadigmen
Abschlussdiskussion: Wachstumsgenerierbarkeit und Steuerbarkeit auf städtischer Ebene

Prof. Dr. Axel Schildt (FZH)

PD. Dr. Chr. Bernhardt (IRS Erkner/Berlin)

Prof. Dr. C. Zimmermann (Universität Saarbrücken)

Prof. Dr. H. Bodenschatz (TU Berlin)

10. November 2005

Buchvorstellung

der FZH in Kooperation mit der Heinrich Heine Buchhandlung

Prof. Dr. Peter Reichel, Dr. Harald Schmid: „Von der Katastrophe zum Stolperstein Hamburg und der Nationalsozialismus nach 1945“ (Dölling und Galitz Verlag 2005)

Moderation: Prof. Dr. Axel Schildt

Vortragsreihe der FZH im Wintersemester 2005/2006:

Versuchung, Verführung und andere Vergnügungen. Beiträge zu einer Geschichte von Genuss und Luxus im 20. Jahrhundert

27. Oktober 2005

Prof. Dr. Karl-Christian Führer (Universität Hamburg): Populäre Unterhaltung und künstlerisches Vorbild: Hollywoodfilme im „Dritten Reich“ (siehe auch den Beitrag auf S. 65)

17. November 2005

Dr. Angelika Epple (Universität Hamburg): Die zarteste Versuchung seit es Zuckerrüben gibt. Schokolade zwischen Medizin, Luxus- und Massenware

8. Dezember 2005

Dr. Habbo Knoch (Universität Göttingen): Versuchung und Krise. Grandhotels als Sinnmaschinen der Klassischen Moderne

26. Januar 2006

Prof. Dr. Julia Sneeringer (City University of New York): Hamburg bei Nacht. Hamburg and the Reeperbahn in Tourist Literature of the 1950s and 1960s

16. Februar 2006

Prof. Dr. Elizabeth Heineman (University of Iowa): Das Wirtschaftswunder im Schlafzimmer. Sexualkonsumkultur in den 1950er Jahren

23. November 2005

Zusätzliche Veranstaltung in Kooperation mit dem Buchladen Osterstraße:

Prof. Dr. Dagmar Herzog (City University of New York) stellt ihr Buch vor: „Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.“ (Siedler Verlag 2005)

5. Kooperationsbeziehungen

Mit der Universität Hamburg ist die FZH satzungsgemäß verbunden:

Der Direktor der FZH ist zugleich Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH erbringen in jedem Semester mindestens vier Semesterwochenstunden Lehre im Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft.

Prof. Dr. Ursula Büttner lehrt als Professorin nach § 17 des Hamburgischen Hochschulgesetzes am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (seit 1.10.2005 im Historischen Seminar).

Die Universität ist durch zwei Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter der Universität ist Mitglied im Kuratorium.

Sonstige institutionelle Kooperationsbeziehungen:

a) Mitarbeit in Vereinigungen von Historikerinnen und Historikern

Mitglied des Arbeitskreises „Unternehmer und Unternehmen im Nationalsozialismus“ der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (Dr. Frank Bajohr).

Mitglied im Vorstand des Verbandes Historiker und Historikerinnen Deutschlands (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bochum (Prof. Dr. Axel Schildt).

Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (Prof. Dr. Axel Schildt).

b) Mitarbeit in Gremien zeithistorischer Institute und anderer Einrichtungen

Mitglied der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in der BRD (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Mitglied der Kommission der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Mitglied im Kuratorium des Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig (Dr. Uwe Lohalm).

Mitglied der Hamburgischen Akademie der Wissenschaft (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Göttingen (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Juristische Zeitgeschichte an der Fernuniversität Hagen (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Archivs der deutschen Jugendbewegung Burg Ludwigstein (Dr. Detlef Siegfried).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Zeithistorische Forschungen (Prof. Dr. Dorothee Wierling).

c) Mitarbeit in Gremien öffentlicher Einrichtungen

Mitglied der Expertenkommission „Technik und Verantwortung“ der Hansestadt Rostock. Untersuchungsauftrag: Ernst Heinkel und die Heinkel-Werke in Rostock im Nationalsozialismus (Dr. Frank Bajohr).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Projekts: „Deutschsprachige evangelische Märtyrer im 20. Jahrhundert“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Vorsitzender des Internationalen Fachbeirats zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Projekts „Hamburgische Gemeinden im Dritten Reich“ des evangelischen Kirchenkreises Alt-Hamburg (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des von NDR, WDR, Staatsarchiv Hamburg u. a. getragenen Projekts „Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR)“ (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat „100 Jahre Deutsches Jugendherbergswerks“ zur Vorbereitung des Jubiläums 2009 (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mit der Katholischen Akademie Hamburg und mit der Evangelischen Akademie Loccum ist die FZH über gemeinsame Tagungen und Publikationen verbunden.

d) Mitarbeit in Gremien privater Stiftungen

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, die sich auf dem Gebiet der Exil- und Remigrationsforschung engagiert (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Prof. Dr. Axel Schildt, Prof. Dr. Dorothee Wierling).

Mitglieder der Zentraljury des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Prof. Dr. Axel Schildt, Prof. Dr. Dorothee Wierling).

e) Mitarbeit in Gremien historischer bzw. zeitgeschichtlicher Zeitschriften

Mitglied des Advisory Board des Leo Baeck Institute Yearbook (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Mitglied in Herausgeberkreis und Redaktion der Informationen zur modernen Stadtgeschichte (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift Zeithistorische Forschung/Studies in Contemporary History (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift Hamburger Wirtschafts-Chronik. Neue Folge (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift Prague Papers on History of International Relations des Instituts für Weltgeschichte an der Karls-Universität Prag (Prof. Dr. Axel Schildt).

Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift Historische Anthropologie (Prof. Dr. Dorothee Wierling).

Mitglied des Herausgeberkreises der Zeitschrift WerkstattGeschichte (Prof. Dr. Dorothee Wierling).

Verbindungen, die sich aus situativen Arbeitskontakten oder einfachen Mitgliedschaften von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH in Vereinigungen ergeben, sind nicht aufgeführt.

6. Bibliothek

Die Bibliothek wächst weiter im Tempo der letzten Jahre. Hinzu kamen 2974 Titel, davon 1595 als Geschenk. Der Buchbestand beträgt damit 76822 Titel. Eine letzte Platzerweiterung für ca. 6000–7000 Bände wurde durch das Aufbringen von Metallbügeln auf den Regaldächern geschaffen.

Eine weiter steigende Zahl von Ausleihvorgängen (2004: 4961), die in der Regel mehrere Bücher umfassen, zeichnete sich für 2005 ab. Bis zum 17.10.2005 wurden 4629 Ausleihvorgänge registriert. Durch die Schließung der Bibliothek infolge des Brandschadens vom 18.10.–14.12 erhöhte sich die Zahl aber nur noch auf 4832 und liegt damit unter dem Stand der beiden letzten Jahre, aber immer noch weit über dem Stand bis 2002. Die Zahl der Anfragen von Forschern und Journalisten, etwa der ZEIT oder des SPIEGEL, die mit größerem Rechercheaufwand des Bibliothekars verbunden sind, ist weiter angestiegen. Der Bibliothekar, der im Berichtsjahr u. a. die Einarbeitung eines großen Bestands „erotischer Literatur“ des 20. Jahrhunderts (Schenkung zweier Bibliotheken) zu leisten hatte, wurde auch 2005 zeitweise von einer Halbtagskraft unterstützt.

7. Archiv

In diesem Jahr arbeiteten 50 Benutzer/innen mit unseren Archivunterlagen weniger als 2004 (71), wobei auch hier die Beeinträchtigung durch den Brand im Oktober als ein Grund zu nennen ist. Die Zahl der Anfragen stieg hingegen leicht an auf 161 (2004: 148). Unter den Benutzern waren zwei Doktoranden, die umfangreiche Bestände auswerteten: zum einen für eine Dissertation zum Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront, zum anderen zur Hamburger Erinnerungskultur an Bombenkrieg und Kriegsende. Außerdem wurden einzelne Sammlungen für Aufsätze und Vorträge ausgewertet. Das gilt besonders für das Beate-Uhse-Archiv (siehe auch den Beitrag auf Seite 81).

Wie im Vorjahr wurde auch 2005 das Projekt des ASB-Hamburg „Sozial macht Schule“ unterstützt. Billstedter Hauptschüler/innen recherchierten für einen „Stolperstein“ in ihrem Stadtteil und sammelten Informationen über einen italienischen Jungen, der in der Schule Bullenhuser Damm am 20.4.1945 ermordet wurde und an den ein Gedenkstein auf dem Öjendorfer Friedhof erinnert.

Zuarbeit leistete das Archiv für die neuen ständigen Ausstellungen der Gedenkstätte Neuengamme und der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg.

Zahlreiche neuerworbene oder schon länger vorhandene Sammlungen konnten geordnet und verzeichnet werden. Als wichtigste sind zu nennen:

Archiv des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften: Die Ordnungsarbeiten an diesem umfangreichen Bestand sind jetzt abgeschlossen; der Gesamtumfang beträgt 35 lfm.

Sammlung Bengelsdorf zu den deutschen Konsumgenossenschaften und der Hamburger „Produktion“.

Sammlung zur Tätigkeit des SPD-Kreises IV (Hamburg-Nord) 1947 bis 1989. Dieser Bestand umfasst 4,5 lfm und gibt einen guten Einblick in die Arbeit einer sehr aktiven Gliederung der Hamburger SPD.

Sammlung zum DGB-Reisebüro „Nach Feierabend“ 1953 bis 1972.

Sammlung Landesschulrat Wolfgang Neckel.

Materialien zur parteipolitischen Jugendarbeit der CDU und FDP (eines Journalisten, der über einen längeren Zeitraum die Hamburger Jugendpolitik beobachtet hat und für den Hamburger Jugendring/Landesjugendring aktiv war).

Sammlung der Hamburger Bezirksabgeordneten Gerda Kohn (SPD).

Sammlung zur Frühgeschichte der NSDAP in Schleswig-Holstein.

In allen Archivgruppen waren umfangreiche Zugänge zu verzeichnen. Besonders wichtig sind die laufenden Ergänzungen im Archiv der Kommunistischen Parteiopposition (KPO-Archiv). Dieses Archiv wird im Jahr 2006 im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Am 18. Februar 2005 verstarb Herr Josef Bergmann im Alter von 91 Jahren in Hamburg, der in der KPO aktiv gewesen war und 1934 nach Schweden fliehen musste, von wo er 1946 nach Hamburg zurückkehrte. Die von ihm zusammengetragenen Sammlungen zur Geschichte der KPO und aus seiner Verbindung zu Heinrich Brandler werden nach und nach an die FZH abgegeben. Weitere Teile der Sammlung sind von Prof. Dr. Theodor Bergmann (Stuttgart) in Aussicht gestellt worden, nachdem eine erste Lieferung zu August und Berta Thalheimer seit einigen Monaten geordnet und verzeichnet in unserem Archiv steht.

Darüber hinaus gelangten 2005 mehrere Privatnachsätze in unser Archiv, wobei die Sammlung einer Gastwirtsgattin aus dem Hamburger Schanzenviertel, der unmittelbaren räumlichen Umgebung der FZH, von besonderem Interesse ist. Wir erhielten auch die Abschrift der Lebenserinnerungen von Julius Gilcher, der in den Siedlungsbewegungen in Hamburg-Sasel und im heutigen Norderstedt aktiv war.

Die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hamburg lieferte einen weiteren Teil ihres Archivs an die FZH ab.

Durch Materialien der Hamburger Pensionsverwaltung wurde das Archiv des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) ergänzt.

Im Dezember 2005 erhielten wir eine umfangreiche Nachlieferung für das Beate-Uhse-Archiv von der Beate-Uhse-Stiftung zu Flensburg. Durch diese Materialien wird auch der persönliche Teil der Sammlung ergänzt.

Die Digitalisierung des Tonbandbestands im Archiv der FZH wurde im Dezember 2005 abgeschlossen. Die Texte aller Tonbänder sind jetzt auf externen Festplatten gespeichert. Besonders interessant sind der ZdK-Bestand zur Konsumgeschichte und der KPO-Bestand mit zahlreichen unveröffentlichten Vorträgen von Heinrich Brandler.

Abgegeben haben wir eine Presseauschnitt-Sammlung zum holländischen Bankenwesen an das Zentrum für Niederlande Studien in Münster und einige Titel plattdeutscher Belletristik an die Carl Toepfer Stiftung in Hamburg.

Auch 2005 besuchten einige geschichtswissenschaftliche Einführungsseminare an der Universität Hamburg das Archiv der FZH, am 24.9.2005 war der Arbeitskreis der Gedenkstätten-Bibliothekare/innen zu Gast.

8. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE)

Anfragen und Benutzer: Die Anfragen des Jahres 2005 an die WdE wurden sehr zielgerichtet gestellt, ein Zeichen dafür, dass die WdE in der Öffentlichkeit mittlerweile gut bekannt ist (siehe auch den Beitrag auf S. 11). Von den insgesamt 97 Anfragen führten 45 zur Einsicht in die Interviews, ein großer Teil der Anfragen ließ sich nach hausinternen Recherchen schriftlich beantworten.

Auffallend viele nutzten die lebensgeschichtlichen Quellen für Dissertationen und Magisterarbeiten. Aber auch Schülerinnen und Schüler von Hamburger Gymnasien und Gesamtschulen verwendeten Interviews für ihre Unterrichtsprojekte. Daneben diente die WdE Journalisten (u.a. Geo Epoche, BBC, sowie einigen freiberuflichen Journalisten, die für die FAZ und den NDR tätig sind) und Museumsmitarbeitern als Ansprechpartnerin. Die Ausstellung „Zuwanderungsland Deutschland. Migrationen 1500–2005“ des Deutschen Historischen Museums (22. Oktober 2005 bis 12. Februar 2006) präsentiert Auszüge

aus einem Interview der WdE als Tondokument. Eine Kuratorin aus dem Jüdischen Museum Prag recherchierte hier für eine Ausstellung über die Deportationen nach Weissrussland. Der Theaterpädagoge des Thalia-Theaters nutzte ein Interview als Grundlage für ein Theaterprojekt über das Leben einer Hamburger Jüdin.

Nicht nur die Interviews, auch die wissenschaftliche Kompetenz der WdE wird verstärkt genutzt. Mehrere Wissenschaftler, die Forschungsprojekte planen und dazu Interviews führen möchten, wandten sich im vergangenen Jahr an die WdE, um ihre Konzepte vorzustellen, aber vor allem auch, um sich über den Umgang mit Zeitzeugen, Fragen der Anbahnung von Interviews und ihrer Durchführung, technische Bedingungen der Aufnahme sowie juristische Fragen der Archivierung zu informieren. Anfragen dieser Art stellten sowohl Privatpersonen, private Initiativen, lokale Vereine und Journalisten als auch Kollegen aus Gedenkstätten und Geschichtswerkstätten in- und außerhalb Hamburgs. Die Werkstatt der Erinnerung unterstützte ein Gemeinschaftsprojekt der Willi-Bredel-Gesellschaft, der St. Lukas-Kirchengemeinde und des Gymnasiums Alstertal zur Verlegung von Stolpersteinen in Erinnerung an ermordete Juden in Fuhsbüttel. Die WdE leistete dabei u. a. Hilfestellung bei der Recherche nach überlebenden Angehörigen.

Zunehmend wenden sich auch Lehrer aus Hamburger Schulen an die WdE, die mit ihren Schülern Interviewprojekte planen. Zwei Schulklassen haben in der WdE eine Einführung in die Techniken von lebensgeschichtlichen Interviews erhalten. Auch für Journalisten und Fernsehproduktionsfirmen auf der Suche nach Zeitzeugen war die WdE häufig die erste Adresse.

Die Werkstatt der Erinnerung wurde zwei Proseminaren (Prof. Dr. Dorothee Wierling) und einer Gruppe von Austauschstudierenden des Smith College, Northampton USA, (PD Dr. Rainer Nicolaysen) vorgestellt. Darüber hinaus wurde sie den Teilnehmern des Arbeitskreises der Gedenkstättenbibliotheken und Mitarbeiterinnen der Aktion Sühnezeichen bekannt gemacht.

Auf der Kuratoriumssitzung am 15. April sowie auf der Sitzung des Freundes- und Fördererkreises der FZH am 13. Juni wurden die Sammlungsschwerpunkte, die aktuelle Arbeit und die zukünftigen konzeptionellen Planungen der Werkstatt der Erinnerung präsentiert. Die Vorstellung stieß auf großes Interesse und wurde rege diskutiert.

Bestandserweiterung und -pflege: Im Jahr 2005 gelangten 33 Interviews neu in den Bestand. Für das Projekt „Schülerbewegung“ entstanden 17, im Rahmen des Besucherprogramms des Hamburger Senats für die ehemaligen jüdischen Bürger Hamburgs zehn, für das Projekt „Sturmflut“ zwei Interviews. Vier Interviews wurden uns extern zur Verfügung gestellt. Darunter sind jene mit den Söhnen der Hamburger Kinobesitzer Streit und Urich-Sass sowie mit dem Sohn des Schauspielers Julius Kobler besonders hervorzuheben, die zu Beginn der 1990er Jahre von Jens Meyer in den USA geführt wurden.

94 überwiegend mehrstündige Interviews wurden im Jahr 2005 von externen Schreibkräften in schriftliche Form gebracht. 120 Interviews wurden für die Nutzung vorbereitet, indem detaillierte Zusammenfassungen mit Seitenangaben der Transkripte angefertigt und Kurzbiografien der Interviewpartner angelegt wurden.

Auch mit der Digitalisierung der Videointerviews wurde begonnen. Da einige Videointerviews aus der „Frühzeit“ der Werkstatt der Erinnerung sich bereits aufzulösen drohen, ist dies eine besonders wichtige Aufgabe. Die Umwandlung von allen Tonbändern der WdE, insgesamt 67 mit 60 mehrstündigen Interviews, die thematisch die Bremer Räterepublik, die 20er Jahre, die Flucht nach 1945 und die 50er Jahre berühren und die in den 1980er Jahren geführt wurden, ist abgeschlossen. Dadurch werden die Aufnahmen nicht nur bewahrt, sondern auch wieder hörbar gemacht, da es Abspielgeräte für diese Art von Bändern kaum noch gibt.

Vier Interviewpartner stellten ihre Dokumentensammlungen zur Verfügung. Dabei handelt es sich um persönliche Sammlungen aus der Zeit der Schülerbewegung. Der größte, 15 Aktenordner umfassende Bestand des ehemaligen Landesschulrates Wolfgang Neckel, wurde an das Archiv der FZH abgegeben.

Kooperationen: eine Kooperation zwischen dem UKE und der FZH ergab sich aus mehreren Beratungsgesprächen mit Prof. Lamparter und Dr. Wiegand-Grefe vom Universitätsklinikum Eppendorf über ein oral-history-basiertes Forschungsprojekt zur familiären Tradierung von traumatischen Erfahrungen am Beispiel des Hamburger Bombenkriegs. Anträge auf Finanzierung eines dreijährigen interdisziplinären Projekts mit Bearbeitern aus der FZH und dem UKE wurden an die Gerda-Henkel und die Lotte-Köhler-Stiftung gestellt.

Die Werkstatt der Erinnerung unterstützte den Verein zur Erforschung der Juden in Blankenese bei ihrem Projekt Children of Blankenese. Vom 26. September bis zum 3. Oktober waren 40 Personen zu Gast, die sich als Kinder im Warburg Children Health Home am Kösterberg aufgehalten hatten. Die WdE bot eine Interviewerschulung an, stellte ein Aufnahmegerät zur Verfügung und die studentische Hilfskraft der WdE nahm am gesamten Einladungsprogramm teil.

Die Werkstatt der Erinnerung kooperierte mit der Neuen Gesellschaft bei zwei Veranstaltungen. Regina Scheer stellte ihr Buch „Im Schatten der Sterne“ über die jüdische Widerstandsgruppe um Herbert Baum in Zusammenarbeit mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden am 27. April vor. Der Historiker Helmuth Bauer präsentierte am 25. Juni zwei Filme, die im Zusammenhang des von ihm geleiteten Jugendmedienprojekts im Ökumenischen Zentrum Berlin-Spandau entstanden und das Leben von KZ-Häftlingen nach dem Überleben thematisieren.

Auch im Jahr 2005 konnte die WdE auf Einladung der Senatskanzlei an dem drei mal für jeweils eine Woche stattfindenden Besucherprogramm für die ehemaligen jüdischen Bürger Hamburgs teilnehmen.

9. Veröffentlichungen der FZH

Hamburg im „Dritten Reich“. Hg. von der FZH, Göttingen (Wallstein-Verlag) 2005. (Redaktionelle Betreuung: Dr. Josef Schmid)

In der Reihe Hamburger Zeitspuren im Dölling und Galitz Verlag:

Christiane Berth

Bd. 3: „Die Kindertransporte nach Großbritannien 1938/39. Exilerfahrungen im Spiegel lebensgeschichtlicher Interviews“

Peter Reichel/Harald Schmid (Redaktionelle Betreuung):

Joachim Szodrzynski

Bd. 4: „Von der Katastrophe zum Stolperstein. Hamburg und der Nationalsozialismus nach 1945“

10. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH (ohne Rezensionen, Artikel und Interviews in Presse, Radio und Fernsehen)

Volker Ackermann

Artikel „Ausländische Wohnbevölkerung“, „Aussiedler“, „Bevölkerung“, und „Gastarbeiter“ in: Axel Schildt (Hg.), *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon*, München 2005.

Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und die Entwicklung im Konzern 1945 bis 1990, in: Peter Danylow/Ulrich S. Soénius (Hg.): *Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik*, München: Siedler-Verlag 2005, S. 297–383.

Linde Apel

Schülerunruhen – das Walddorfer-Gymnasium im Jahr 1968, in: *75 Jahre Walddorfer-Gymnasium in Hamburg, Jubiläumsschrift*, Hamburg 2005, S. 20–21.

Eigensinniger Überlebenswille. Das Zeugnis der Nadine Heftler, in: Petra Fank/Stefan Hördler (Hg.), *Der Nationalsozialismus im Spiegel des öffentlichen Gedächtnisses. Formen der Aufarbeitung und des Gedenkens*, Berlin 2005, S. 155–165.

Judenverfolgung und KZ-System. Jüdische Frauen im KZ Ravensbrück, in: Gisela Bock (Hg.), *Genozid und Geschlecht. Jüdische Frauen im nationalsozialistischen Lagersystem*, Frankfurt/Main 2005, S. 44–65.

(zus. mit F. Bajohr) Die Deportation von Juden sowie Sinti und Roma vom Hannoverschen Bahnhof in Hamburg 1940–1945, in: *Zeitgeschichte in Hamburg 2004*, Hamburg 2005, S. 21–63.

Frank Bajohr

The Holocaust and Corruption, in: Gerald D. Feldman/Wolfgang Seibel (eds.), *Networks of Nazi Persecution. Bureaucracy, Business and the Organization of the Holocaust*, New York/Oxford 2005, S. 118–138.

„Nur deutsch will ich sein“. Jüdische Populärkünstler, antijüdische Stereotype und heutige Erinnerungskultur. Das Beispiel der Hamburger Volkssänger „Gebrüder Wolf“, in: Marion Kaplan/Beate Meyer (Hg.), *Jüdische Welten. Juden in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart*. Festschrift für Monika Richarz, Göttingen 2005, S. 373–396.

Zwischen Wunschenken und Realität. Die Berichte des britischen Generalkonsuls über die Judenverfolgung in Hamburg 1938/39, in: *Aus den Quellen. Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte*. Festschrift für Ina Lorenz zum 65. Geburtstag, Hg. von Andreas Brämer, Stefanie Schüler-Springorum, Michael Studemund-Halévy, Hamburg 2005, S. 325–333.

Die Reihen fest geschlossen? Zur Erosion der „Volksgemeinschaft“ 1943–1945, in: *Kriegsende in Deutschland*, Hamburg 2005, S. 194–205.

(zus. mit L. Apel) Die Deportation von Juden sowie Sinti und Roma vom Hannoverschen Bahnhof in Hamburg 1940–1945, in: *Zeitgeschichte in Hamburg 2004*, Hamburg 2005, S. 21–63.

Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Hamburg im „Dritten Reich“, Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2005, S. 69–121.

Von der Ausgrenzung zum Massenmord. Die Verfolgung der Hamburger Juden 1933–1945, in: Hamburg im „Dritten Reich“, Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2005, S. 471–518.

Schlussbetrachtung. Meister der Zerstörung, in: Hamburg im „Dritten Reich“, Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2005, S. 687–691.

Artikel „Ahnenerbe“, „Altonaer Blutsonntag“, „Amt Rosenberg“, „Arierparagraph“, „Boxheimer Dokumente“, „Gau“, „Gauleiter“, „Madagaskarplan“, „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“, „Nürnberger Gesetze“, „Potempa-Mord“, „Reichskristallnacht“, „Sturmabteilungen“, „Völkischer Beobachter“, in: Axel Schildt (Hg.), Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon, München 2005.

Bäder-Antisemitismus 1933–1945, Text- und Dokumentenmappe der Reihe „Drittes Reich Dokumente“, Braunschweig 2005.

Die trügerische Ruhe vor dem Sturm, in: Carola Rönneburg, Abenteuer 1927 – Sommerfrische, Köln 2005, S. 7–15.

Ursula Büttner

„Gegen den Bürgerkrieg – für die Verfassung“. Ein Plan Max Warburgs zur Sammlung der verfassungstreuen Mitte um eine Tageszeitung, in: Andreas Brämer/Stefanie Schüler-Springorum/Michael Studemund-Halévy (Hg.), Aus den Quellen. Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte. Festschrift für Ina Lorenz, Hamburg 2005, S. 221–233.

Der Aufstieg der NSDAP, in: Hamburg im „Dritten Reich“. Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, S. 27–64.

Von Kopenhagen bis Schanghai. Aus Hamburg ins Exil, ebenda, S. 573–608.

„Gomorrha“ und die Folgen. Der Bombenkrieg, ebenda, S. 613–632.

Karl Christian Führer

Artikel „Arbeiter“, „ARD“, „Bild-Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Lizenzpresse“, „Medien und Öffentlichkeit“ sowie „Springer-Konzern“ in: Axel Schildt (Hg.), Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon, München 2005.

Meister der Ankündigung. Nationalsozialistische Wohnungsbaupolitik, in: Hamburg im „Dritten Reich“. Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, S. 432–444.

Tino Jacobs

„Expansion“ und „NS-Zeit“ (zwei Überblickstexte) verfasst für die Foto-Ausstellung „Rauchzeichen. Das historische Fotoarchiv der Reemtsma Cigarettenfabriken“, veranstaltet vom Museum der Arbeit (21.4.–3.7.2005), www.fotoarchiv-reemtsma.de

Axel Schildt

Rebellion und Reform. Die Bundesrepublik der sechziger Jahre, Bonn 2005.

Einleitung, in: Hamburg im „Dritten Reich“. Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, S. 9–23, 693–697.

Jenseits der Politik? Aspekte des Alltags, in: ebd., S. 249–304, 723–733.

Die Kriegsfolgen für die Gesellschaft in Ost und West, in: Der Krieg und seine Folgen. 1945. Kriegsende und Erinnerungspolitik in Deutschland, hg. von Burkhard Asmuss u. a., Bönen 2005, S. 40–49.

Deutschland 1945 bis 1949, in: Der Neubeginn. Deutschland zwischen 1945 und 1949, Hamburg 2005, S. 38–63.

Lieschen Müller als untaugliches Objekt kultureller Veredelung, in: Ludwig Fischer (Hg.), Programm und Programmatik. Kultur- und medienwissenschaftliche Analysen, Konstanz 2005, S. 314–328.

Hg.: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon, München 2005.

Darin Verf. der Artikel: „Abendland“, „Adel“, „Amerikanisierung“, „Bundesrepublik Deutschland“, „Deutsche Partei“, „Deutscher Herbst“, „Formierte Gesellschaft“, „Jahrhundertwende“, „Konservative Revolution“, „Wilhelminische Gesellschaft“.

Hg. (mit Detlef Siegfried), *European Cities, Youth and the Public Sphere in the 20th Century*, Aldershot (UK)/Burlington (USA) 2005 (darin eine gemeinsame Einleitung der Hg., S. 1–7).

(mit Ulrich Herbert): Kriegsende in Deutschland und Europa, in: *Kriegsende in Deutschland*, Hamburg 2005, S. 24–41.

„Schlafende Höllenhunde“. Reaktionen auf die antisemitische Schmierwelle 1959/60, in: *Aus den Quellen. Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte*, hg. von Andreas Brämer u. a., Hamburg 2005, S. 313–321.

Detlef Siegfried

European Cities, Youth and the Public Sphere in the Twentieth Century (Hg., mit Axel Schildt), Aldershot: Ashgate 2005 (Historical Urban Studies). S. 162

Spurensucher. Ein Praxisbuch für historische Projektarbeit (Hg. mit Lothar Dittmer), überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2005, S. 384.

„Turn On, Tune In, Drop Out“. Gegenkulturen und Massenkultur in der westdeutschen Konsumgesellschaft der 60er Jahre, in: *Deutschland-Archiv*, 38. Jg., 2005, H. 1, S. 64–70.

Das Flugzeug, in: Alexa Geisthövel/Habbo Knoch (Hg.), *Orte der Moderne. Erfahrungswelten des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/New York 2005, S. 47–56.

„Achtundsechziger Bewegung“, „Alltags- und Massenkultur“, „Außerparlamentarische Opposition (APO)“, „Deutsche Kommunistische Partei (DKP)“, „Extremistenbeschluss (1972)“, „Halbstarke“, „Jugendkulturen“, „K-Gruppen“, „Neue Soziale Bewegungen“, „Olympische Spiele 1972“, „Ostermarsch“, „Rote Armee Fraktion“, „Spiegel-Affäre“, in: Axel Schildt (Hg.), *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon*, München 2005.

Introduction (mit Axel Schildt), in: Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.), *European Cities, Youth and the Public Sphere in the Twentieth Century* (mit Axel Schildt), Aldershot: Ashgate 2005 (Historical Urban Studies), S. 1–8.

„Don't Trust Anyone Older Than 30?“ Voices of Conflict and Consensus between Generations in 1960s West Germany, in: *Journal of Contemporary History*, Jg. 40, 2005, H. 4, S. 727–744.

Unsere Woodstocks. Rockmusik und gesellschaftlicher Wandel um 1968, in: Bernd Lindner (Hg.), *Rockszenen BRDDR. Jugendkultur und Rockmusik im Ost-West-Vergleich*. Begleitbuch einer Ausstellung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Leipzig 2005.

Joachim Szodrzynski

Die „Heimatfront“ zwischen Stalingrad und Kriegsende, in: *Hamburg im „Dritten Reich“*, Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, S.633–685.

Der Nachrichtendienst und sein Dichter – Carl Zuckmayers „Geheimreport“. Überlegungen zu einem deutschen Intellektuellen, in: Markus Joch/Christian Wolf (Hg.): *Text und Feld. Bourdieu in der literaturwissenschaftlichen Praxis*, Tübingen 2005, S. 335–351.

Dorothee Wierling

Sechzig Jahre danach: Vergangenheitspolitik, Gedenkkultur und Erinnerungen in Nachkriegsdeutschland, in: *Außerschulische Bildung. Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 1-2005, S. 18–26.

Sebnitz. Eine Geschichte in ihrer Zeit, in: Jürgen John, D. v. Laak, J. v. Puttkamer (Hg.): *Zeit-Geschichten. Miniaturen in Lutz Niethammers Manier*, Essen, S. 321–326.

Leben im geteilten Deutschland, in: *Praxis Geschichte* 3-2005, S. 4–10.

Zus. mit Doris Bergen, Volker Berghahn, Robert Moeller, Dirk Moses: *The Changing Legacy of 1945 in Germany: A Round Table Discussion*, in: *German History*, vol. 23, (4-2005), S. 519–546.

„Anti-Baby-Pille“, „Bund Deutscher Mädel“, „Gauck-Behörde“, „Hitler-Jugend“, „Trümmerfrauen“, in Axel Schildt (Hg): *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon*, München 2005.

Meik Woyke

Die „Generation Schumacher“, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.), *Generationen in der Arbeiterbewegung*, München 2005 (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 12), S. 87–105.

11. Vorträge und Leitung von Tagungen (bzw. Panels) durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH

Linde Apel

Jewish Women in Ravensbrück Concentration Camp: Position in the Camp, Agency and Interrelations with Non-Jewish Prisoners. The Third International Conference: Women

and the Holocaust, Gender Issues in Holocaust Studies, Beit Berl College, Beit Terezin, Ghetto Fighters House, Israel, 5.–7. September 2005.

Pädagogische Aspekte in der Gedenkstättenarbeit, Tagung der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis, Fürstenberg/Havel, 2.10.2005.

Frank Bajohr

„Raub, Enteignung und Rückerstattung des Vermögens von Juden in Mitteleuropa. Fragen zur Kontinuität und Diskontinuität jüdischen Lebens 1930–1960.“ Sektionsleitung und Kommentar auf der Konferenz „Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik. Die Jahre 1920–1960 in vergleichender Perspektive“ des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte in Münster, 22.1.2005.

„Jetzt plagt sie das Gewissen, und sie haben Angst“. Die deutsche Bevölkerung und die Deportationen 1938–1945. Vortrag im Kolloquium der Forschungsstelle für Zeitgeschichte und des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 27.1.2005.

„Die Schimanskis – historisch betrachtet. Zur Geschichte der ‚Ruhrpolen‘ 1871–1945“, Vortrag in der Galerie Morgenland, Hamburg, 1.2.2005.

„Nur deutsch will ich sein.“ Jüdische Populärkünstler und antijüdische Stereotype. Das Beispiel der Hamburger Volksänger ‚Gebrüder Wolf‘.“ Vortrag im Kolloquium zu Ehren von Monika Charzar im Jüdischen Museum Berlin, 13.2.2005.

„Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg 1933–1945“. Vortrag im Buchladen Osterstraße, Hamburg, 19.5.2005.

„Die Deutschen und die Deportationen“, Vortrag im Jüdischen Museum Frankfurt, 14.6.2005.

„Hamburg 1933–1945. Zustimmungsdiktatur in einem ‚Notstandsgebiet‘.“ Sektionsleitung und Vortrag auf der Tagung „Gegensätze. Deutungen des Nationalsozialismus in Norddeutschland“ des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte in der Akademie Sankelmark, Flensburg, 18.6.2005.

„Verdrängung, Isolation, Deportation. Zur Verfolgung der Hamburger Juden 1933–1945“, Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung der FZH „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg, 30.6.2005.

„Korruption in der NS-Zeit als Spiegel des nationalsozialistischen Herrschaftssystems.“, Vortrag auf der Tagung „Kriminalität der Mächtigen“ der Gesellschaft für interdisziplinäre wissenschaftliche Kriminologie an der Universität Bielefeld, 2.12.2005.

Ursula Büttner

Jüdischer Alltag und Feiertag in Bildern von Ilex Beller. Vortrag (mit Dias) in der Kirchengemeinde Halstenbek, 9.3.2005.

„Die NSDAP auf dem Weg zur Macht in Hamburg. Politische und gesellschaftliche Voraussetzungen des Aufstiegs“. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung der FZH „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg, 21.4.2005.

Kommissionssitzung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte in Hannover, 20./21.5.2005.

„Und es sind die finstern Zeiten in der andren Stadt ...“ Flucht und Vertreibung aus Hamburg während der NS-Diktatur. Vortrag bei der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS) in Hamburg, 18.8.2005.

Kommissionsitzung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte in München, 24.10.2005.

Jubiläumstagung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte: „Protestantismus und soziale Bewegungen in den 60er und 70er Jahren“, Evangelische Akademie Tutzingen, 25./26.10.2005.

Karl Christian Führer

„Geschichte in der Tageszeitung“, vor dem Forum Lokaljournalismus, veranstaltet von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bremerhaven, 27.1.2005.

„Radiogeschichte und Unternehmensgeschichte“, vor dem Arbeitskreis Mediengeschichte der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, Frankfurt/Main, 4.2.2005.

„Bürgerliche Erwartungen an die Kunst“, auf der Tagung „Bürgerkultur im 20. Jahrhundert“, veranstaltet von der Zeit-Stiftung, Hamburg 19. bis 21.5.2005.

„Wohnungsbau in der ‚Führerstadt‘, in der Vortragsreihe „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg, 26.5.2005.

Tino Jacobs

„Marketing with Clausewitz: Reemtsma and the Creation of Cigarette Brands in Germany, 1920–1932“. Vortrag auf der Tagung „Serving Consumers? The Emergence of Consumerism and the Rise of Modern Consumer Industries in the 20th Century“, veranstaltet vom Centre for International Business History der University of Reading (CIBH) und dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Göttingen, Reading (GB), 14.–16.10.2005.

Axel Schildt

Modernisierung im Wiederaufbau. Die deutsche Gesellschaft in den 1950er Jahren. Vortrag auf der Tagung „L'Allemagne et les conséquences de la politique d'occupation: de l'effondrement à la reconstruction“, veranstaltet vom Deutschen Historischen Institut in Paris, 8./9.1.2005.

Moderation der Buchvorstellung von Götz Aly „Hitlers Volksstaat“ in der Heinrich-Heine-Buchhandlung, Hamburg, 31.3.2005.

Moderation der Gedenkveranstaltung „Hamburg 60 Jahre nach dem Krieg – Zeit für eine Schlussbilanz?“, veranstaltet von Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg und der FZH, Hamburg, 28.4.2005.

Hamburgs Umgang mit seiner NS-Vergangenheit. Vortrag vor dem Rotary Club (Dammtor), Hamburg, 19.5.2005.

Freizeit- und Konsumkultur in der frühen Bundesrepublik. Vortrag auf der Tagung „Bürgerkultur und Bürgerlichkeit im 20. Jahrhundert“, Hamburg, 19.–21.5.2005.

Zwischen „Hamburg-Legende“ und „Mustergau-These“. Der lange Weg zur geschichtswissenschaftlichen Erforschung des „Dritten Reichs“ in Hamburg. Vortrag im

Rahmen der Ringvorlesung der FZH „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg, Hamburg, 14.4.2005.

Hamburgischer Alltag im „Dritten Reich“. Vortrag auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten und des Gymnasiums Allee, Hamburg, 6.6.2005.

Soviel Anfang war nie ... Der Wiederaufbau der deutschen Städte nach dem Zweiten Weltkrieg. Vortrag im Rahmen der Vorlesung „Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg“ im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg, 9.6.2005.

Memorialkultur und Geschichtspolitik – nationale Dimension, lokale Narrative und europäische Konstruktion. Vortrag auf der Tagung „Die europäische Dimension von Geschichtspolitik“ des Arbeitskreises Politik und Geschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und der FZH in Hamburg, 12.6./13.6.2005.

Leitung der Podiumsdiskussion „Die Geschichte des Erfolgsmodells BRD im internationalen Vergleich“ im Rahmen der Tagung „Die Geschichte des Erfolgsmodells BRD im internationalen Vergleich“ der Evangelischen Akademie Loccum und der FZH in Loccum, 24.–26.6.2005.

Die Konzeption des Lexikons „Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert“. Vortrag im Forschungskolloquium von Prof. Dr. Christoph Cornelißen, Universität Kiel, 29.6.2005.

Mediengeschichte als Sozialgeschichte. Vortrag im Rahmen der Summer School „Mass Media and Mass Cultures in 20th Century Germany“ (veranstaltet von Prof. Dr. Eric Weitz, University of Minneapolis; Prof. Dr. Martin H. Geyer, Universität München; Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), Berlin 20.7.2005.

Rede zur Eröffnung der Wanderausstellung „Deutsche Jugendherbergen 1945–1955“ des Deutschen Jugendherbergswerks in Kiel, 5.8.2005.

Leitung der Arbeitsgruppe „Antidemokratisches und antikonstitutionelles Denken in der Weimarer Republik“ der Sommerakademie der Studienstiftung des deutschen Volkes, La Villa (Italien), 28.8.–10.9.2005.

Von kämpferischem Aktivismus zu elegischer Innerlichkeit. Deutscher Konservatismus in der Zwischenkriegszeit und in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Vortrag im Rahmen der Sommerakademie der Studienstiftung des deutschen Volkes, La Villa (Italien), 31.8.2005.

Teilnahme an der Podiumsdiskussion zum Abschluss der 44. deutschen Gedenkstädtentagung, veranstaltet von der Bundeszentrale für politische Bildung, Stiftung Topographie des Terrors und der KZ Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg, 23.9.2005.

Wachsende Stadt Hamburg – Historische Visionen und Realitäten. Vortrag auf der Tagung „Wachsende und schrumpfende Städte. Geschichte – Gegenwart – Zukunft“ veranstaltet von der FZH in Kooperation mit der TU Hamburg-Harburg und der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU), Hamburg, 17./18.9.2005.

Europe as a visionary Idea. The European Discourse in West Germany in the Decade after the Second World War. Vortrag auf der Tagung „1945 – Back to Normal or a new

Beginning? Expectations and Conceptions for a Post-war Europe“, veranstaltet von der Copenhagen Business School, Kopenhagen, 29./30.9.2005.

Leistung und Gemütlichkeit. Zu Stereotypen des „deutschen Charakters“. Vortrag für die Tagung „Was ist deutsch?“ des Germanischen Nationalmuseums, Nürnberg, 20./21.10.2005.

Moderation der Buchvorstellung Prof. Dr. Peter Reichel/Dr. Harald Schmid „Von der Katastrophe zum Stolperstein. Hamburgs Umgang mit dem Nationalsozialismus“ in der Heinrich-Heine-Buchhandlung, Hamburg, 10.11.2005.

Im Kern gesund? Die deutschen Universitäten 1945. Vortrag auf der Veranstaltung des Akademischen Senats der Universität Hamburg zum 60. Jahrestag der Wiedereröffnung der Hamburger Universität nach dem Zweiten Weltkrieg, 10.11.2005.

Leitung der Sektion „Mitgefühl und moralische Vergangenheitspolitik“ im Rahmen der Tagung „Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren“ des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Göttingen 15./26.11.2005.

Diskutant im Workshop „Intellektuelle im 20. Jahrhundert“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 2.12.2005.

Detlef Siegfried

„Akteure des Wertewandels. Jugendliche, Konsum und Politik in der Bundesrepublik der 60er Jahre“. Vortrag im Zeitgeschichtlichen Kolloquium der Ludwig-Maximilian-Universität, München (Prof. Dr. Hans Günter Hockerts). 26.1.2005.

„Das befreite Elmshorn im Mai 1945“. Vortrag bei einer Veranstaltung der SPD Elmshorn im Rahmen einer Reihe „60 Jahre Befreiung“. 7.5.2005.

„Summing Up“. Vortrag auf der Konferenz „The ‚Other‘ Alliance. Political Protest, Intercultural Relations, and Collective Identities in West Germany and the United States“ in Heidelberg (Belinda Davis, Martin Klimke, Carla MacDougall, Wilfried Mautbach). 22.5.2005.

„Das Private ist politisch? ‚Lifestyle Revolution‘ und Politik im westdeutschen ‚Underground‘ der späten 60er Jahre“. Vortrag auf der German Studies Association Annual Conference 2005 in Milwaukee. 1.10.2005.

„Superkultur. Authentizität und politische Moral in linken Subkulturen der frühen 70er Jahre“ Vortrag auf der Konferenz „Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren“ in Göttingen (Zeitgeschichtlicher Arbeitskreis Niedersachsen). 26.11.2005.

Diskutant im Workshop „Intellektuelle im 20. Jahrhundert“ in Hamburg (Hamburger Institut für Sozialforschung). 2.12.2005.

Joachim Szodrzynski

„Will man nicht 70 Millionen ausmerzen oder kastrieren ...“. Politisch-literarische Überlegungen zur Zukunft Deutschlands 1938-1949. Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Deutschland 1945: (Alb-)Träume der ersten Stunde“ in der Galerie Morgenland, Hamburg, 23.06.2005.

Das Verschwinden der Volksgemeinschaft im Bombenkrieg. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung der FZH „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg, 7.7.2005.

Dorothee Wierling

Tagungsleitung „Generationen in der Geschichte“, FZH in Kooperation mit der Katholischen Akademie, 21.1.2005.

Heimat finden. Lebensgeschichten von Deutschen, die aus Russland kommen, Buchvorstellung, Landeszentrale für Politische Bildung, Wiesbaden 27.1.2005.

Eine Familie im Krieg. Lily, Otto und Heinrich Braun 1914–1918, Forschungskolloquium Geschichte, Universität Braunschweig, 9.2.2005.

Heimat finden ... Buchvorstellung Landeszentrale für Politische Bildung NRW, Düsseldorf, 10.2.2005.

Leitung Workshop: Im Einzelnen das Ganze finden. Warum brauchen wir Lebensgeschichten?, im Rahmen der Tagung: Integration – Zuhören – Engagement, Körber-Stiftung, Hamburg 17.2.2005.

Kommentar im Rahmen der „Interdisziplinäre(n) Konferenz zur französischen DDR- und Transformationsforschung“, Centre Marc Bloch, Berlin 17.3.2005.

Heimat finden ... Buchvorstellung, Wismar 20.4.2005.

Kaffee-Welten. Vom Kauf und Verkauf einer Kolonialware, Jahrestagung der Zeitschrift Historische Anthropologie, Bochum 27.5.2005.

How do the 1929ers and the 1949ers differ? Vortrag auf der Tagung: „Playing the Rules – or Normalisation of Rule? Towards a critique of the state-society dichotomy in the GDR, 1961–1979, Universität Erfurt, 9.6.2005.

Die Historikerin als ZuhörerIn. Über die Verfertigung von Geschichte aus Erinnerung, Vortrag auf dem Kongress: Grenzen. Psychotherapie und Identität in Zeiten der Globalisierung, Weimar, 2.7.2005.

Gender und Oral History, Vortrag auf der Konferenz: Alltagsgeschichte: a German-Korean Exchange, Hanyang University Seoul, Südkorea, 24.6.2005.

Die Kinder von Golzow – ein biographisches Filmprojekt in der DDR, Vortrag auf der Sommerschule Wust, 27.7.2005.

Teilnahme am Podium: „Perspektiven der deutschen Zeitgeschichtsforschung nach 1945“ im Rahmen der „1. Promovierendentage zur deutschen Zeitgeschichte“, Stiftung Leucorea, Martin Luther-Universität, Wittenberg, 28.7.2005.

Unifications. East German Letters to Beate Uhse, Vortrag im Rahmen der German Studies Association Jahrestagung, Milwaukee 1.10.2005.

Kommentar Konferenz: Oral History und postsozialistische Gesellschaften, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 5.11.2005.

Die Generation der Nachkriegsgeborenen in der DDR als Eltern, Vortrag im Rahmen der Tagung: Generationen im Osten Deutschlands und Europas – zwischen Systemumbruch

und Generationswechsel (SFB 580: Gesellschaftliche Entwicklung nach dem Systemumbruch), Universität Jena 12.11.2005.

Oral History und Generationengeschichte. Vortrag und Seminar im Rahmen des Graduierten-Kollegs „Generationen“ der Universität Göttingen, 16.11.2005.

Die Politisierung der Lust. Geschichte der Sexualität im 20. Jahrhundert, Autoren-Gespräch mit Dagmar Herzog und Buchvorstellung in der Buchhandlung Osterstraße, Hamburg, 23.11.2005.

The Beat Goes On – Musik und Generation in der DDR, Universität Leipzig, 30.11.2005.

DiskutantIn im Workshop „Intellektuelle im 20. Jahrhundert“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 2.12.2005.

Gesprächsleitung zum Film: „Forgiving Dr. Mengele“ mit Eva Kor, Cheri Pugh und Bob Hercules, Körber-Forum, Hamburg, 6.12.2005.

Meik Woyke

„Wohnen im Grünen“? Siedlungsbau und suburbane Lebensstile im nördlichen Umland von Hamburg von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren. Vortrag auf einer Tagung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Universität Konstanz, 7./8.10.2005.

12. Medienecho, Auftritte und Beiträge von Mitarbeitern der FZH in Funk und Fernsehen (Auswahl)

WDR: Mitarbeit an der WDR-Fernsehdokumentation „Das Erbe der Väter. Wie der Otto-Wolff-Konzern ‚arisch‘ wurde.“, gesendet am 18.4.2005 (Dr. Frank Bajohr).

NDR: Spaltungen der SPD. Die Erfahrung der Weimarer Republik. Rundfunk-Interview mit Hubert Rübsaat, gesendet am 25. und 26. 6. 2005 (Prof. Dr. Ursula Büttner).

Radio FSK: Die Deportationen von Sinti und Roma sowie Juden vom Hannoverschen Bahnhof 1940–1945, gesendet am 25.9.2005 (Dr. Linde Apel/Dr. Frank Bajohr).

NDRInfo: Porträt der FZH in der Reihe „Das Forum“, Thema Zeitgeschichte, von Hubert Rübsaat, gesendet am 15. und 16.10.2005 (Dr. Linde Apel/Prof. Dr. Axel Schildt/Dr. Meik Woyke).

13. Lehrveranstaltungen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der FZH

Universität Hamburg, Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaft (seit WS 05/06: Fakultät für Geistes-, Kultur- und Sprachwissenschaften)

Prof. Dr. Volker Ackermann

Klassiker der deutschen Geschichtsschreibung. Von Chladenius bis Koselleck (18. bis 20. Jahrhundert). Vorlesung im Sommersemester 2005.

Dr. Frank Bajohr

Die Deportation der Juden aus Deutschland 1938-1945. Ergebnisse neuerer Forschungen (Forschungskolloquium mit Dr. Beate Meyer; Wintersemester 2004/05).

Prof. Dr. Axel Schildt

Stadt und Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert (Vorlesung, Wintersemester 2004/05).

Die Weimarer Republik (Einführung in die Geschichtswissenschaft, Teil II, Wintersemester 2004/05).

Die Niederlage als Chance? Intellektuelle Deutungsmuster der deutschen Niederlagen 1918 und 1945 (Hauptseminar, Sommersemester 2005).

Hamburg im „Dritten Reich“ (Vorlesung, Sommersemester 2005).

Intellektuelle Strömungen in der Ära Adenauer (Hauptseminar, Wintersemester 2005/06).

Kulturgeschichte der Moderne, Teil I: 1880–1930 (Vorlesung, Wintersemester 2005/06).

Neuere Forschungen einer sozial- und kulturhistorisch orientierten Zeitgeschichte (Oberseminar, Wintersemester 2004/05, Sommersemester 2005, Wintersemester 2005/06).

Prof. Dr. Dorothee Wierling

Zusammenbruch und Aufbau, Besatzung und Parteiherrschaft – die SBZ/DDR 1945 – 1955 (Hauptseminar, Wintersemester 2004/05).

Die deutsche Gesellschaft und die Welt der Kolonien (Einführungsseminar Erster Teil, Sommersemester 2005).

Die deutsche Gesellschaft und die Welt der Kolonien (Einführungsseminar Zweiter Teil, Wintersemester 2005/06).

Die deutsche Gesellschaft und der Alltag der Judenverfolgung I: 1933–1938 (Vorlesung, Sommersemester 2005).

**Universität Hamburg, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,
Fachbereich Sozialwissenschaften (seit WS 05/06 in: Fakultät für Geistes-,
Kultur- und Sprachwissenschaften)**

Prof. Dr. Ursula Büttner

Die deutsche Gesellschaft und der Alltag der Judenverfolgung I: 1933–1938 (Vorlesung, Sommersemester 2005).

Die deutsche Gesellschaft und der Alltag der Judenverfolgung II: 1938–1945 (Vorlesung, Wintersemester 2005/06).

